

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, April 1984

Einzelheft 4,- DM

XXIV. Jahrgang

D 3476 E

4/84

Der 1. Mai 1984 steht ganz im Zeichen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Als die internationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1890 den 1. Mai zum Kampftag erklärte, stand ab diesem Datum die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag und einer Verkürzung des Arbeitstages. Heute, mehr als 90 Jahre später, ist angesichts von rund 3 Millionen offenen und versteckten Arbeitslosen, fortwährenden Reallohnverlusten und Abbau von Sozialleistungen sowie einer wachsenden Kriegsgefahr durch atomare Mittelstreckenraketen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aktueller denn je.

Während der heißen Phase der Tarifaueinandersetzung der IG Metall, der IG Druck und Papier und anderer Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche muß gerade der 1. Mai zu einem Höhepunkt des Kampfes werden. Die möglicherweise in dieser Zeit streikenden oder von den Unternehmern willkürlich ausgesperrten Arbeiter und Angestellten bedürfen der entschlossenen Solidarität der gesamten arbeitenden Klasse. Jahrzehntelang haben die vom großen Geld beherrschten Massenmedien den Lohnabhängigen weiszumachen versucht, daß es hierzulande keinen Kapitalismus mehr gebe, sondern eine soziale Markt-

wirtschaft existiere, die keine Klassenunterschiede mehr kenne und der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nur in den Köpfen dogmatischer Marxisten existiere. Die reale Wirklichkeit des krisengeschüttelten Kapitalismus hat diese Unternehmerideologien wie Seifenblasen platzen lassen. Die „Sozialpartner“ ohne Eigentum an Produktionsmitteln werden maßlos geschröpft und Millionen, vor allem die Arbeitslosen, in die Armut getrieben, während andererseits die Besitzer der Produktionsmittel sich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten maßlos bereichern, ja geradezu eine Profitexplosion

Kampftag 1. Mai: 35-Stunden-Woche, Arbeit und Frieden

stattfindet. Dabei erkennen immer mehr, insbesondere im Zuge der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, daß Unternehmer und Regierung eine Allianz gegen die über große Mehrheit der Bevölkerung bilden. Dieser Unternehmerregierung in Bonn muß von den Gewerkschaften der Kampf angesagt werden. Das widerspiegelt sich auch im Mai-Aufruf des DGB (siehe S. 2). Zu begrüßen ist, daß unter der Generallosung „Arbeit für alle“ die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung an der Spitze steht. Allerdings äußern viele Gewerkschafter Kritik, weil in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Tarfbewegung um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich im Mai-Aufruf unerwähnt bleibt.

Hervorzuheben ist auch die Feststellung im Mai-Aufruf: „Wichtiger als alles andere ist die Erhaltung des Friedens in der Welt.“ Jedoch reicht es nicht aus, lediglich zu beschreiben, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen „den Frieden unsicher gemacht“ habe. Wie bei den Ostermärschen der Atomwaffengeegner, zu denen auch die DGB-Jugend und zahlreiche Gewerkschaftsgliederungen aufgerufen haben, sollte am 1. Mai vielmehr auch dafür demonstriert werden, daß die Stationierung von Cruise-Missiles und Pershing-II-Raketen gestoppt und wieder rückgängig gemacht sowie über die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion – beispielsweise eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa – ernsthaft verhandelt wird.

Aus dem Inhalt:

DGB-Aufruf zum 1. Mai: „Arbeit für alle!“	2
Der Kampf um die 35-Stunden-Woche tritt jetzt in die heiße Phase	4
Zur Bonner Privatisierungswelle Kontrapositionen aufbauen!	8
DJU für Mediengewerkschaft jetzt Appell zur 35-Stunden-Woche	10
7. HBV-Bundesjugendkonferenz: „Wir haben den Dreh raus“	11
Wir dürfen nicht ruhen, bis Europa frei von Massenvernichtungsmitteln ist/Interview mit Siegfried Pommerenke, DGB-Landesvorsitzender Baden-Württemberg	12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

35 Stunden sind genug. Thesen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit	
Beschlüsse der ÖTV zur Arbeitszeitverkürzung	13–24
15. Bundesjugendkonferenz der ÖTV: 35 Stunden sind genug!	25
Schriftstellerkonferenz unter Druck –Solidarisch für 35-Stunden-Woche	27
Memorandum widerlegt dummes Gerücht vom „Blauen Montag“ und „Freitag“	29
Konflikthintergrund in England: Gewerkschaftsfeindlichkeit der Tories	32
Chiles Gewerkschaftsbewegung bereitet nationalen Streik vor	33

DGB-Aufruf zum 1. Mai: „Arbeit für alle!“

Mitte März veröffentlichte der DGB den Aufruf zum 1. Mai 1984. Im Mittelpunkt stehen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sowie die gewerkschaftlichen Forderungen zu ihrer Überwindung. Der Aufruf zum 1. Mai 1984, der unter dem Motto „Arbeit für alle“ steht, hat folgenden Wortlaut:

Die höchste Zahl von Arbeitslosen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist eine schwere Belastung unseres Sozialstaates und eine politische und moralische Herausforderung. Arbeitslosigkeit ist mehr als ein begrenzter Einkommensverlust. Sie drängt die Betroffenen an den Rand der Gesellschaft. Auch die in diesem Jahr sichtbare Wirtschaftsbelebung wird wenig am Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit ändern. Davon sind auch diejenigen betroffen, die einen Arbeitsplatz haben. Die Arbeitslosigkeit wird als politisches Druckmittel mißbraucht:

- In den Betrieben ist das Erreichte in Gefahr. Materielle Ansprüche werden zurückgeschritten. Streß und Kontrollen nehmen zu.

- Die Arbeitgeberverbände erklären gewerkschaftliche Forderungen, wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, zum Tabu. Sie verweigern in einer zentral gesteuerten Aktion ernsthafte Tarifverhandlungen.

- Die Bundesregierung schränkt die Schutzrechte der Arbeitnehmer ein und baut Ansprüche auf Sozialleistungen ab. Sogenannte Denkanstöße konservativer Politiker gehen noch weiter: Sie nehmen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ins Visier und wollen die bindende Wirkung von Lohn- und Gehaltstarifen auflösen.

Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer kann von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Deshalb fordert der DGB:

- Die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Ohne eine Umverteilung der Arbeit gibt es keine Chance zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Arbeitszeitverkürzungen sind deshalb das zentrale Kampfziel der Gewerkschaften.

- Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß gesichert und ausgebaut werden — zum Schutz der elementaren Arbeitnehmerinteressen und zur demokratischen Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das gilt für alle Ebenen: Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen, Gesamtwirtschaft.

- Der Staat darf sich seiner Verantwortung für die Beschäftigung nicht entziehen. Das bedeutet: Staatliche Beschäftigungsprogramme zur Förderung des qualitativen Wachstums und eine aktive und

vorausschauende Arbeitsmarktpolitik sind dringlicher denn je.

- Der private Verbrauch der Arbeitnehmer und der Sozialeinkommensbezieher darf durch Sozialabbau nicht weiter reduziert werden.

- Der technische Wandel muß im Interesse der Arbeitnehmer sozial verträglich gestaltet werden.

- Die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen ein Schritt zu einem Europa der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit werden.

An die Bundesregierung appelliert der DGB zum 1. Mai 1984:

- Geist, Inhalt und Auftrag unserer Verfassung dürfen nicht verfälscht werden. Der in der Nachkriegszeit mit großen Anstrengungen und vielen Opfern der Arbeitnehmer aufgebaute Sozialstaat darf in der wirtschaftlichen Krise nicht zur Demontage freigegeben werden.

- Weniger Staat soll für den einzelnen mehr Freiheit bringen. Die Wirklichkeit ist: Weniger Staat bedeutet weniger öffentliche Investitionen und weniger Dienstleistungen für den Bürger.

- Die sogenannte Politik der Wende rich-

tet sich gegen die wirtschaftlichen und sozialen Lebensinteressen der Arbeitnehmer. Sie richtet sich auch gegen Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger und ihre Familien: gegen den wirtschaftlich und sozial schwächsten Teil der Bevölkerung.

Der DGB setzt dagegen:

- Solidarität statt Ellenbogengesellschaft und Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen!

- Solidarität zwischen den Generationen!

- Solidarität zwischen Männern und Frauen!

- Solidarität mit den ausländischen Arbeitnehmern!

Am 1. Mai 1984 erinnert der DGB aber auch daran: Wichtiger als alles andere ist die Erhaltung des Friedens in der Welt. Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen im vergangenen Jahr ebenso wie die Existenz von auf Europa gerichteten sowjetischen Waffen dieser Art haben den Frieden unsicherer gemacht. Wirkliche Sicherheit ist nur durch ein Höchstmaß an gegenseitigem Vertrauen möglich. Die Stockholmer Konferenz für Abrüstung und Entspannung in Europa muß zu einem Neubeginn des friedenspolitischen Dialogs zwischen den Blöcken führen. Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands haben ein existentielles Interesse daran.

Der DGB ruft alle Arbeitnehmer auf, sich an den Kundgebungen zum 1. Mai 1984 zu beteiligen, für ihre gemeinsamen Interessen zu demonstrieren und die Gewerkschaften zu stärken. Überall auf der Welt demonstrieren Arbeitnehmer am 1. Mai, am Tag der Arbeit: für das Recht auf Arbeit — gegen soziale Demontage, für starke Gewerkschaften — gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten, für eine Welt des Friedens — gegen Hunger und Unterdrückung.

im weichen Sessel ein „neues Verständnis von Sozialpolitik“ vermitteln lassen. Etwa für die behinderte Nachbarin einzukaufen oder — wo die Gemeinden kein Geld mehr für den Schulbus haben — die Kinder in Fahrgemeinschaft zur Schule zu bringen. Denn der mündige, freie Bürger muß ja nicht immer auf den Versorgungsstaat warten.

Wer gar am besten mithilft, dem Staat zu Gunsten von Herrn Wörners Pershing-Kasse Sozialausgaben zu ersparen, der kann einen Preis gewinnen. Den 20 besten Sozial-Schotten des Landes Niedersachsen winkt der 1. Preis: ein gemeinsames Kaffeetrinken mit Ministerpräsident Albrecht.

Ein Sparpreis, versteht sich. Mit nur fünf Mark (einem halben Pfund Kaffee) ist Albrecht dabei. Und die muß er von seinem sechststelligen Jahreseinkommen nicht einmal selber zahlen.

Internationaler Frauentag — einst verpönt, jetzt anerkannt

Es ist erst vier Jahre her, als der DGB-Bundesvorstand, geschüttelt von „Berührungängsten“, in einer knappen 16-Zeilen-Anordnung den DGB-Kreisen lange zuvor geplante Veranstaltungen zum 8. März, dem Internationalen Kampftag für die Gleichberechtigung der Frauen, strikt untersagte. Und auch ein Jahr später — 1981 — wurden Veranstaltungen zwar in Einzelfällen genehmigt, aber an einschränkende unzumutbare Bedingungen geknüpft. Trotzdem — und das muß gesagt werden — fanden zahlreiche Veranstaltungen statt.

Wie bei den Ostermärschen und anderen Friedensaktivitäten zwang die Entwicklung den DGB-Bundesvorstand zum Umdenken. Schließlich taten die Proteste der gewerkschaftlichen Basis sowie entsprechende Beschlüsse mehrerer bedeutender Gewerkschaftstage wie der IG Metall, Druck und Papier und HBV ein übriges, den 8. März mit seinen roten Nelken und den Forderungen nach Gleichberechtigung in den Gewerkschaftshäusern zu etablieren.

Und so fanden in diesem Jahr unter dem Motto „Arbeitszeit verkürzen — Arbeitsplätze schaffen — Frieden sichern“ wie auch schon 1982 und 1983 — in allen DGB-Kreisen Veranstaltungen statt, vielerorts begleitet von Demonstrationen: für das Recht auf Arbeit und die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Bekräftigt wurde die ablehnende Haltung zur Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles sowie die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Aber auch in Regierungskreisen ist der 8. März, erstmals verpönt als kommunistischer Gedenktag, seit 1984 up to date. Selbst Bundesfamilienminister Geißler sprach, obwohl er die richtige Bezeichnung nicht über die Lippen brachte, vom Tag der Frau. Er hatte auch ein spezielles „Geschenk“ parat, eine Stiftung als „Baustein einer neuen Politik für Familien und Frauen“, so der Minister am 8. März auf einer Pressekonferenz. Die Mittel — 25 Millionen DM in diesem Jahr — sind dazu bestimmt, Frauen von einem Schwangerschaftsabbruch abzuhalten und sie letztendlich zu Kindern, Küche, Kirche, Kleibern zu verbannen.

Gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung meldeten sich ebenfalls am 8. März in Bonn Mitglieder der Initiative „Aktion Muttertag“ zu Wort. Sie stellten einen bisher von 230 Frauen aus verschiedenen Parteien, Gewerkschaften, der Frauenbewegung und den Kirchen unterzeichneten Aufruf mit dem Titel vor: „Nicht nur Blumen — Rechte fordern wir.“ Sprecherinnen kündigten auf dieser Pressekonferenz Protestaktionen anlässlich des Muttertages am 12. Mai an. Kritisiert wur-

de Geißlers „Geschenk“ zum 8. März und betont, es sei zynisch, die Stiftung für den Schutz des ungeborenen Lebens hochzujubeln, während auf der anderen Seite Hilfen für das geborene Leben drastisch gekürzt wurden.

Nicht nur die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag haben gezeigt, daß die Herrschenden mit den Frauen, die nicht mehr bereit sind, ein Heimchen-am-Herd-Dasein zu führen, rechnen müssen. Das beweisen auch die bisher stattgefundenen Warnstreiks für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. G.M.

Friedensliste

Der vielbeschworene „europäische Gedanke“ erlebt gegenwärtig nicht gerade Hochzeiten. Um so bunter fällt dafür die Werbung aus, mit der das Wahlvolk in den EG-Staaten für den 17. Juni an die Wahlurnen gelockt werden soll zur Wahl des 2. europäischen Parlaments. Seine Befugnisse erstrecken sich allerdings auf nicht viel mehr als reden.

Auch der DGB hat nun seine Mitglieder aufgefordert, wählen zu gehen. In der Tat brächte einfache Verweigerungshaltung nichts ein. Erst recht, da sich diesmal eine Alternative zur Wahl anbietet, die zudem die großen Themen, für die auch der DGB eintritt, auf ihre Fahnen geschrieben hat. Am 18. März verabschiedete in Bonn ein breites Personenbündnis, bestehend aus Aktivisten der Friedensbewegung, Vertretern aus den Bereichen Wissenschaft, Kirche und Kunst, aus Betrieben und Gewerkschaften, von Parteilosen, Angehörigen verschiedener Parteien und politischer Strömungen (darunter DS, DFU, DKP, Liberale, Alternative und Sozialdemokraten), ihr Wahlprogramm und die Kandidatenliste, die von der Theologin Uta Ranke-Heinemann angeführt wird. Ebenso wie die SPD haben sich auch die Grünen als Partei aus egoistischen Gründen nicht zum Verzicht auf eine eigene Liste entschließen können.

Die Friedensliste sieht ihren Wahlkampf als ein Gleis der Fortsetzung des Kampfes gegen die Stationierung neuer US-Raketen in Europa. Sie tritt zugleich an gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, für die 35-Stunden-Woche und weitere wichtige Forderungen im Interesse der überwiegenden Mehrheit unseres Landes. Zusammen mit der Volksabstimmung gegen die US-Raketen sind dies zwei ganz gewichtige Gründe, am 17. Juni an die Wahlurnen zu gehen. beka

Rüsselsheimer Erklärung

„... Wir können nicht länger warten! Statt Arbeitslosigkeit für viele — Arbeitszeitverkürzung für alle. Deshalb:

- Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

- Früher in Rente mit einer sozial gerechten Vorruhestandsregelung.

Wir müssen das Tabu der Arbeitgeber brechen. Der hessische DGB mit seinen 17 Einzelgewerkschaften schließt einen Pakt der Solidarität zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung auch für den Fall von Kampfmaßnahmen!“

Diese „Rüsselsheimer Erklärung“, unterschrieben vom geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstand und den Vorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften in Hessen, verlas DGB-Landesbezirksvorsitzender Jochen Richert zum Abschluß der Konferenz seiner Organisation „Solidarität für Arbeitszeitverkürzung“ am 24. März vor rund 600 Funktionären in der Rüsselsheimer Stadthalle. Ziel dieser Solidaritätsveranstaltung und der Erklärung war es, den derzeit geforderten Gewerkschaften in ihrem Kampf um Arbeitszeitverkürzung „Mut zu machen und mit allen Mitteln beizustehen“, so Richert, der zugleich die Umverteilungsaktivitäten des Staates zugunsten der Kapitalgewinne und großen Vermögen anprangerte.

Die IG Metall kann sich „eindeutig auf die Solidarität des DGB und aller Einzelgewerkschaften verlassen“, betonte Michael Geuenich, DGB-Landesbezirksvorsitzender von NRW, als Resümee von fünf Regionalkonferenzen mit ehren- und hauptamtlichen Funktionären in seinem Landesbezirk. Geuenich stellte Ende März vor der Presse fest, daß die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder wesentlich höher sei als dies in Umfragen zum Ausdruck komme. Angesichts des kategorischen Neins der Unternehmer zu den gewerkschaftlichen Forderungen sei eine wachsende Verbitterung unter den Mitgliedern zu verzeichnen, ihre Kampfbereitschaft und Geschlossenheit nähmen ständig zu.

In Rüsselsheim hatten zur Demonstration der Geschlossenheit als Hauptredner die Bezirksleiter der IG Metall und der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hans Pleitgen und Werner Jordan, gesprochen. Jordan erklärte wörtlich: „Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist keine Alternative zur 35-Stunden-Woche“, und er fügte an anderer Stelle hinzu: „Ohne Kampf werden wir keine Form der Arbeitszeitverkürzung durchsetzen können; weder die Verkürzung der Lebensarbeitszeit noch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden.“ B. K.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche tritt jetzt in die heiße Phase

Bei Redaktionsschluß waren die Verhandlungen der IG Metall um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in allen Bezirken abgebrochen. In fünf Verhandlungsrunden hatten die Unternehmer auf Zeit gespielt, wichen aber kein Jota von ihrem starren Nein ab. Begleitet wurden die Verhandlungen von zahlreichen Warnstreiks. An ihnen beteiligten sich nach Angaben der Gewerkschaft über 200 000 Metallarbeiter in rund 620 Betrieben.

In die Warnstreiks wurden viele neue Ideen eingebracht. Beispielsweise demonstrierten in Gelsenkirchen als Roboter verkleidete Metallarbeiter durch die Straßen der Stadt. Auf mitgeführten Plakaten stand: „Wir sind niemals krank“. „Wir arbeiten rund um die Uhr“. „Wir sind mit den Unternehmern gegen die 35-Stunden-Woche“. In mehreren Betrieben der Küstenregion und Baden-Württembergs wurde die 35-Stunden-Woche bereits praktiziert. Eine Stunde, bevor ansonsten die Fabriksirenen heulten, gingen Vertrauensleute mit Trillerpfeifen durch die Abteilungen, kündigten so den Feierabend an und demonstrierten auf diese Weise, wie die 35-Stunden-Woche aussehen könnte.

Verhandlungen gescheitert

Die Schlichtungsverhandlungen der IG Druck und Papier am 2. und 3. April in München sind gescheitert. Damit ist auch die Friedenspflicht erloschen. Einstimmig gab die Große Tarifkommission am Abend des 3. April ihren Verhandlungsauftrag zurück. Nunmehr wird der erweiterte Hauptvorstand am 6. April – nach Umbruch dieser Ausgabe – über weitere Maßnahmen beschließen.

Kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe, am 9. April, wird der IG-Metall-Vorstand sein weiteres Vorgehen abstimmen.

In ihrem Kampf kann sich die IG Metall auf die Solidarität weiterer DGB-Gewerkschaften stützen. Vorbildlich in dieser Hinsicht ist der „Pakt der Solidarität zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung auch für den Fall von Kampfmaßnahmen“, den alle 17 hessischen DGB-Gewerkschaften am 24. März in Rüsselsheim abgeschlossen haben (siehe Seite 3). In dieselbe Richtung zielt das Ergebnis von fünf Regionalkonferenzen des nordrhein-westfälischen DGB.

Unterstützt wird die IG Metall in ihrem Kampf von zahlreichen Initiativgruppen und Solidaritätskomitees in den Stadtteilen, die an eigenen Informationsständen auf das Anliegen der Gewerkschaft aufmerksam machen und so ein Stück Gegengewicht zur „Bild“-Zeitung und ande-

ren Massenmedien aufbauen. In Frankfurt hat der DGB bereits begonnen, diese Initiativen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Aktiv wie noch in keiner Tarifrunde hat sich die Bundesregierung in die Tarifausschließung eingeschaltet. Die Aussage von Bundeskanzler Kohl, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sei „dumm und töricht“, blieb keine einmalige Entgleisung. Die Bundesminister Lambsdorff und der Nachgewerkschafter Blüm schlugen in die gleiche Kerbe. So erklärte Lambsdorff Mitte März zur Eröffnung der Handwerksmesse wörtlich: „Sobald der Knochen Stationierung abgenagt ist, wird der Knochen 35-Stunden-Woche herausgeholt“, und Blüm sprach wider besseren Wissens davon, daß die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich gegen die Arbeitslosen gerichtet sei.

Unterstützt werden die Unternehmer und ihre politischen Handlanger durch inszenierte Umfragen, wovon die eine so wertlos sei wie die andere. Das erklärte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, zu einer Mitte März im „stern“ veröffentlichten Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie der Noelle-Neumann. Solche Meinungsumfragen, so Janßen am 26. März in Bonn, „werden durch die Warnstreiks der Metallarbeiter widerlegt. Die Mitglieder der IG Metall werden, wenn ihnen keine andere Wahl bleibt, bei der Ur-

abstimmung ihre Meinung zur 35-Stunden-Woche nachdrücklich deutlich machen.“

Ein weiteres Mittel, um die Arbeiter und Angestellten zu verunsichern, ist die Propagierung von Arbeitszeitmodellen wie von BMW, über das die „Bild“-Zeitung am 13. März folgende Überschrift setzte: „BMW 4-Tage-Woche“. Dieses Modell, mit dem wir uns in unserer nächsten Ausgabe beschäftigen werden, bedeutet nichts anderes als eine verstärkte Auslastung der Maschinen und damit eine weitere Gefahr für die Arbeitsplätze. Vom Betriebsrat des Dingolfinger BMW-Werkes werden folgende gravierende Nachteile herausgestellt: Aus dem 8-Stunden-Tag würde ein 9-Stunden-Tag und aus dem Samstag ein normaler Produktionstag. Alle drei Wochen müsse eine „6-Tage-Woche mit einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden gefahren werden“.

Zur Verunsicherung der gewerkschaftlichen Basis tragen aber auch solche Äußerungen bei, wie die des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 30. März. In einem Interview zeigte er sich einem Spitzengespräch mit den Metallunternehmern nicht abgeneigt. Es hätte jedoch nur einen Sinn, wenn dabei deutlich würde, daß die wöchentliche Arbeitszeit unter 40 Stunden sinke. Wörtlich erklärte er: „Die 40-Stunden-Woche muß fallen, sonst können wir das Ganze bleiben lassen.“

Schon mehrfach hatte die IG-Metall-Spitze ihre Kompromißbereitschaft signalisiert, was zur Kritik in Gewerkschaftskreisen führte. So erklärte Werner Pfennig, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg, auf einem vom DGB und sechs Einzelgewerkschaften veranstalteten Solidaritätsfest Mitte März in Ulm unter dem Beifall von 3500 Gewerkschaftern laut „35-Stunden-Nachrichten“ der IG Metall Baden-Württemberg: „Wer jetzt ohne Not von Stufenplänen oder Verzicht auf vollem Lohnausgleich bei der 35-Stunden-Woche redet, der schwächt unsere Kampfkraft und stärkt den Gegner.“ Gisela Mayer

GTB-Beiratstagung: Mehr Lohn und Verkürzung der Lebensarbeitszeit

Zwei Forderungen hat die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) für die bevorstehende Tariffbewegung erhoben: die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sowie die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Vorruhestandsregelungen. Das Gesamtvolumen soll 6 Prozent, bezogen auf das Tarifniveau, betragen. Dies hat der Beirat der Gewerkschaft, das höchste Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, auf seiner Tagung am 9. und 10. März 1984 in Bad Kissingen beschlossen.

Fraglich ist allerdings, wie mit dieser Gesamtforderung von 6 Prozent der vom GTB-Beirat selbst formulierte Anspruch erfüllt werden soll: „Die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen soll zur Sicherung und Steigerung der Kaufkraft, des privaten Verbrauchs und der Inlandsnachfrage sowie zur Abwehr einer weiteren Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Einkommensverteilung beitragen.“ Schon die Forderungshöhe geht davon aus, daß neben der Preissteigerungsrate nur ein geringer Teil des Produktivitätszuwachses beansprucht werden soll. Jeder weitere Verzicht bei einem Tarifaufschluß würde aber zu einer „weiteren Benachteiligung“ der Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie führen.

Bemerkenswert ist die Haltung der GTB in der Arbeitszeitfrage. Priorität wird der geforderten Vorruhestandsregelung eingeräumt. Der Beirat fordert jedoch, daß die gesetzliche Grundlage dafür „schnellstens“ und „ausreichend“ geschaffen wird. „Schnellstens“, weil die GTB eine Tarifrunde noch in der diesjährigen Tarifrunde vereinbaren möchte, und „ausreichend“, weil bestimmte Ansprüche an den Gesetzesrahmen erfüllt sein sollen. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge in der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden in den meisten Tarifgebieten zum 30. April gekündigt; in den übrigen sind Kündigungen zum 31. Mai bzw. 31. August möglich. Vorsorglich hat die Gewerkschaft zum 30. April auch die Arbeitszeitabkommen gekündigt. Der Grund: „Sollte es an den geeigneten Rahmenbedingungen fehlen, sind Hauptvorstand und Beirat entschlossen, die Zielsetzungen in der Arbeitszeitpolitik auf der Grundlage der vorsorglich gekündigten Arbeitszeitvereinbarungen auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu richten.“

Die GTB begrüßt die von der Bundesregierung beabsichtigte Senkung der Altersgrenze auf 58 Jahre für eine Vorruhestandsregelung, lehnt jedoch die ebenfalls geplante Verringerung des Zuschusses öffentlicher Mittel von 40 bis 35 Prozent ab. Auch macht sie ihre Zustimmung von einer Anhebung des Vorruhestandsgeldes von 65 Prozent des letzten Bruttoverdienstes (Blüm-Regelung) auf „mindestens 75 Prozent“ abhängig. Das jedenfalls erklärte

in einer Pressekonferenz in Bad Kissingen der GTB-Tarifsekretär Schumacher. Die Entscheidung für ein eventuelles Umschwenken von der Forderung nach Vorruhestandsregelungen auf Wochenarbeitszeitverkürzung will der GTB-Hauptvorstand nach Beratungen mit den Bezirkstarifkommissionen fällen. Dazu erteilte ihm der Beirat in Bad Kissingen die Vollmacht.

Nach einem Referat des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), das dieser in Vertretung von Minister Blüm vor

dem Beirat hielt, und in dem er den Sozialabbau rechtfertigte, gab es eine sehr kritische Diskussion. Die Bundesregierung wolle „Stück für Stück Verhältnisse schaffen, wie sie zu Beginn der Industrialisierung bestanden“, sagte einer der Redner. Ein anderer zog das Fazit, indem er feststellte: „Empören reicht nicht aus, um das Erreichte zu erhalten, wir müssen uns stärker wehren!“ Der stellvertretende Vorsitzende Hans Pfister setzte sich mit der Kanzler-These „Leistung muß sich wieder lohnen“, auseinander. „Wer leistet eigentlich mehr“, fragte er, „der Kuponabschneider oder der Akkordarbeiter?“

Das Vogt-Referat strotzte nur so von Widersprüchen. Einerseits forderte er „die Bürger“ auf, sie sollten ihre „Zurückhaltung bei der Kaufkraft aufgeben“, weil nur Investitionen und Wachstum „die Nummer eins einer arbeitsplatzschaffenden Politik“ seien. Andererseits mahnte er die Gewerkschaften zur „Zurückhaltung in der Tarifpolitik“, weil das Wachstum jetzt an Schwung gewinne und nicht gefährdet werden dürfe. Dann wiederum wandte er sich gegen Arbeitszeitverkürzungen, weil davon die Rentner nichts hätten. Diese brauchten Lohnerhöhungen, weil davon ihre Rentenhöhe abhängen. – Wie man sieht, ist den Bonner Politikern nichts zu dumm, wenn es ihnen nur ins Konzept paßt.

Gerd Siebert

Ausbildungsvergütungen nicht weiter abkoppeln lassen

In einem Artikel des vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung herausgegebenen „Bundesarbeitsblattes“ (Nr. 3, März 1984), analysiert Lothar Clasen die Entwicklung der „Arbeitsbedingungen 1983“. Bei den Ausbildungsvergütungen stellte er eine neue Entwicklung fest. Während die tarifvertraglichen Ausbildungsvergütungen in den vergangenen Jahren oft stärker angehoben worden seien als die Löhne und Gehälter im allgemeinen, würden in vielen Bereichen die Ausbildungsvergütungen entweder gar nicht oder nur in geringerem Ausmaß als Löhne und Gehälter aufgestockt.

In der Metallindustrie wurden die Ausbildungsvergütungen 1983 nur um einheitlich 15 Mark erhöht. Das entspricht einer Steigerungsrate von 1,9 bis 2,8 Prozent, während der Tarifaufschluß für die Arbeiter und Angestellten zum 1. Februar 1983 3,2 Prozent betrug.

Im Baugewerbe wurde 1983 zum 1. April 1984 die Bezugsgröße für die Berechnung der Ausbildungsvergütungen verändert. Damit werde voraussichtlich eine Senkung der Beträge um rund 5 Prozent verbunden sein.

Im privaten Bankgewerbe und im privaten Versicherungsgewerbe wurden die Ausbildungsvergütungen um 20 Mark angehoben (2,1 bis 2,8 Prozent). Die Gehälter stiegen hingegen um 3,3 bzw. 3,2 Prozent.

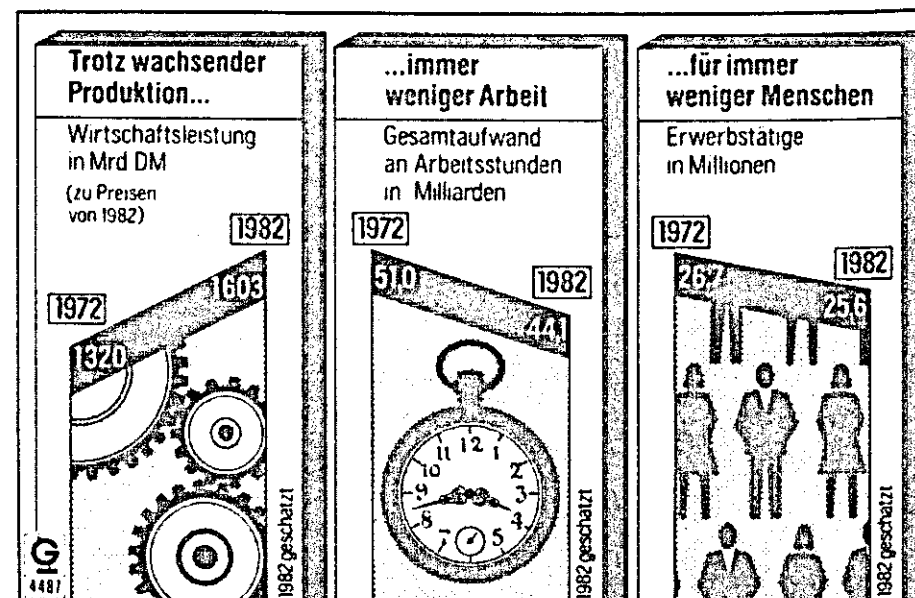
Auch in anderen Wirtschafts- und Dienstleistungszweigen, so im Nahrungsmittel-

gewerbe und im Bereich Steine und Erden hätten, so Clasen, die Tarifvertragsparteien ähnlich verfahren.

Im Durchschnitt aller Tarifbereiche betrugen die Grundbeträge der monatlichen Ausbildungsvergütungen nach dem Stand vom 31. Dezember 1983 im 1. Ausbildungsjahr 555 Mark, im 2. Ausbildungsjahr 640 Mark, im 3. Ausbildungsjahr 732 Mark und im 4. Ausbildungsjahr 775 Mark.

Die Spanne zwischen den verschiedenen Tarifverträgen ist aber außerordentlich groß. So sehen die Tarifverträge für das Damenschneiderhandwerk im 1. Ausbildungsjahr 163 Mark vor, dagegen erhält ein Auszubildender zum Bergmann unter Tage im 1. Ausbildungsjahr 955 Mark. Dem niedrigsten Betrag im 3. Ausbildungsjahr von 220 Mark stehen 1257 Mark für gewerbliche Auszubildende im Baugewerbe gegenüber.

H. Sch.



Schutz von Einkommen und Arbeitsplätzen

Den Bemühungen der Gewerkschaft ÖTV um eine Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen im öffentlichen Dienst vor Rationalisierungsfolgen ist bislang kein Erfolg beschieden. Nachdem ein entsprechender Tarifvertragsentwurf bereits seit längerer Zeit vorlag, wären die öffentlichen Unternehmer durch die Schlichtung in der Tarifrunde 1983 verpflichtet gewesen, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Ihre bisherigen Initiativen laufen aber im Gegenteil - so eine Stellungnahme der Gewerkschaft - auf Verschlechterungen gegenüber den Rationalisierungsschutzverträgen von 1970/71 hinaus. Die Große Tarifkommission der ÖTV hat daher - bereits Ende Februar - dem geschäftsführenden Hauptvorstand den Abbruch der Tarifverhandlungen zur Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung vorgeschlagen.

Weitere Punkte des Beschlusses lauten: „Tarifpolitische Schwerpunkte sind 1984 Arbeitszeitverkürzung und Einkommensverbesserung. Alle Kraft der Gewerkschaft ÖTV wird auf die Durchsetzung dieser tarifpolitischen Ziele konzentriert.“ Und: „Die tariflichen Bestimmungen zur Arbeitszeit sind unverzüglich mit Wirkung

zum 30. Juni 1984, die Lohn- und Vergütungstarifverträge sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.“ Die Haltung der Unternehmer in Sachen Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung wertet die Gewerkschaft als einen Teil der Strategie, tarifliche Schutzvorschriften zu beseitigen und gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Lohn- und Sozialabbau durchzusetzen. In den Diskussionen zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages mußte der geschäftsführende Hauptvorstand allerdings besonders auf dem Feld der Tarifpolitik harte Kritik der Mitglieder einstecken. Und es bleibt sicherlich zu fragen, ob den öffentlichen Unternehmen die Entschiedenheit der gewerkschaftlichen Forderungen tatsächlich deutlich gemacht wurde. In der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der ÖTV selbst, ist es um die konkreten Forderungen nach tariflichem Rationalisierungsschutz doch recht still gewesen. Auf den Konferenzen der vergangenen Wochen wurde immer wieder betont, daß auch die öffentlichen Unternehmer jeglicher gewerkschaftlichen Reformforderung hartnäckigen Widerstand entgegensetzen, daß nur Kampfwille sie überzeugen kann.

R. B.

GEW: „Beifahrerrolle“ aufgeben!

Dieter Wunder, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), hat auf einer wissenschaftlichen Konferenz zur 35-Stunden-Woche am 22. und 23. März in Frankfurt vor rund 100 Funktionären seiner Organisation aus der gesamten Bundesrepublik die Länderregierungen vor dem Versuch gewarnt, durch eine vorzeitige Verlängerung des Moratoriums über die Lehrerarbeitszeit, Lehrer erneut von Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft auszuschließen. Durch ein solches Moratorium waren zuletzt 1974 die Beschäftigten des Bildungswesens von Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst abgekoppelt worden.

Ein derartiges Vorgehen bedeute die Aufkündigung des Arbeitsfriedens an den Schulen, erklärte Wunder, der zudem in einem Pressegespräch nicht ausschließen mochte, daß Lehrer in Warnstreiks treten, wenn die Gewerkschaft ÖTV, die für den öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle habe und deren Erfolg Vorbedingung für Lehrerarbeitszeitverkürzung sei, zu Arbeitskämpfmaßnahmen gezwungen werde. Die Übertragung der Arbeitszeitverkürzung auf Beamte und nicht zuletzt auf Lehrer verlange von der GEW darüber hinaus, „aus ihrer tarifpolitischen Beifahrer-

rolle herauszutreten und eigenständiges, aktives gewerkschaftliches Handeln“ zu entwickeln. Die Zeit der vornehmen Zurückhaltung sei endgültig vorbei. Wunder appellierte erneut an die Mitglieder der GEW, Solidarität zu üben mit den Gewerkschaften, die in diesen Wochen für eine beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung kämpfen.

Heinz Putzhammer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der GEW und für Tarifpolitik zuständig, begründete vor den Funktionären die ablehnende Haltung seiner Gewerkschaft zu der von einigen Bundesländern unter dem Begriff „Reduktionsmodell“ eingeführten Form von Arbeitszeitflexibilisierung im Lehrerbereich. Dieses Modell sieht die individuelle Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vor. Ähnlich den früher von der GEW angebotenen Teilzeitregelungen zur Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Lehrer, würde damit aber in der Regel den Landesregierungen das Geschäft des Planstellenabbaus erleichtert. Für die GEW gebe es keine Alternative zur 35-Stunden-Woche. Teilzeitmodelle mit Lohnverzicht, die bewußt als Alternative dazu ins Spiel gebracht würden, „haben nicht die Funktion, die Arbeitslosigkeit ernsthaft zu bekämpfen“.

B. K.

Schachzug 58

Wenn der Bundesrat am 6. April (nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe) den Blümchen Gesetzentwurf zur sogenannten Vorruhestandsregelung absegnen, so ging ihm die am 29. März erfolgte Zustimmung der Koalitionsfraktionen des Bundestages voraus. Hinter dem Gesetz, das am 1. Mai in Kraft treten soll, steht die Absicht, jenen Gewerkschaften, die jetzt nicht nach der 35-Stunden-Woche streben, eine tarifpolitische „Alternative“ gegen die anderen Gewerkschaften zu bieten. Denn sowohl die Unternehmer als auch die Regierung Kohl/Genscher favorisieren - wie die IG Chemie, die IG Bergbau, die IG Bau, die Gewerkschaft NGG und die Textil-Gewerkschaft - eine Vorruhestandsregelung.

Das Interesse von Bundesregierung und Unternehmensverbänden, den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu erschweren und zu spalten ist so groß, daß sie den ursprünglichen Plan, eine derartige Regelung erst mit 59 Jahren greifen zu lassen, auf 58 Jahre korrigierten. Damit kam sie einer Forderung der genannten Gewerkschaften entgegen. Gleichzeitig wurde im Gesetzentwurf die ursprünglich vorgesehene Zuschußhöhe aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit von 40 auf 35 Prozent abgesenkt. Dies stößt nun aber wieder bei Unternehmern und Gewerkschaften gleichermaßen auf Ablehnung.

Der DGB lehnte in zwei Erklärungen (9. und 20. März) den Gesetzentwurf aus fünf Gründen ab: Der öffentliche Zuschuß sei jetzt zu niedrig; die Wiederbesetzung freigerwordener Arbeitsplätze sei nicht sichergestellt; die Rentenversicherungsbeiträge müßten vom letzten Einkommen und nicht vom geringeren Vorruhestandsgeld gezahlt werden; es dürfe keine Ausnahmeregelung (Gültigkeit nur für höchstens 5 Prozent der Beschäftigten eines Betriebs) geben; der öffentliche Dienst dürfe nicht ausgeklammert werden. Dagegen hat der DGB offenbar an der geringen Höhe des Vorruhestandsgeldes von nur etwa 65 Prozent des vorherigen Bruttoverdienstes nichts einzuwenden.

Eine neue Variante der Dienstbarkeit gegenüber Unternehmerwünschen hat sich in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Bankgewerbe die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) einfallen lassen. Sie fordert eine Vorruhestandsregelung nur für Beschäftigte, die 20, 25 oder 30 Jahre dem Unternehmen angehören. Und das Rentenalter soll nicht mit 58 Jahren, sondern - je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit - mit 62, 61 und 60 Jahren beginnen. Obgleich der letzte DAG-Kongreß die 35-Stunden-Woche forderte, will der Vorstand die Organisation offenbar sowohl gegen die DGB-Gewerkschaften ausspielen, die die Wochenarbeitszeit verkürzen wollen, als auch gegen jene, die die Vorruhestandsregelung ab 58 Jahren anstreben.

G. S.

DPG setzte „Signale“ mit Autokorso

Nach wie vor weigert sich Bundespostminister Schwarz-Schilling, über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu verhandeln. Gegen diese Verweigerungshaltung führte die Deutsche Postgewerkschaft Frankfurt am 29. März einen Autokorso mit rund 100 Autos durch. Auf einer Abschlussskundgebung erinnerte DPG-Bezirkssekretär Herbert Reitz vor den 300 Teilnehmern an den Schichtdienststreik und erklärte: „Wir stehen heute wieder hier wie vor dreieinhalb Jahren beim Schichtdienststreik und setzen Signale. Wenn Bundespostminister Schwarz-Schilling seine Verweigerungstaktik fortsetzt, muß er mit Arbeitskämpfen rechnen.“

Kompromißbereitschaft wird nicht honoriert

Kurz nach Redaktionsschluß, während im Metallbereich Tausende von Arbeitern und Angestellten ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Nachdruck verliehen, schloß die IG Bau-Steine-Erden am 2. April einen neuen Tarifvertrag ab, der unter bestimmten Bedingungen die Wochenarbeitszeit bis 1988 auf 40 Stunden festschreibt. Voraussetzung dafür ist ein Kompromiß auf der Basis des Vorruhestandsgesetzes. Diese Kompromißbereitschaft wurde bei der Lohnrunde jedoch nicht honoriert: denn die Erhöhung beträgt für die rund eine Million Beschäftigten ab 1. April 3,3 Prozent. Auch die Nebenforderungen, wie verbessertes Weihnachtsgeld, wurden nicht erfüllt.

1983: Gewinne stiegen - Löhne sanken erneut

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) des DGB hat Mitte März Angaben über die Entwicklung von Gewinnen und Löhnen im vergangenen Jahr veröffentlicht. Einem Nettogewinnanstieg um 13,2 Prozent standen um knapp 1 Prozent reduzierte Nettoeallöhne gegenüber.

3,4 Prozent bei Papierverarbeitung

Für die rund 110 000 Beschäftigten der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie wurde von der zuständigen IG Druck und Papier am 9. März ein neuer Lohn- und Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Neben Strukturverbesserungen erhalten die Beschäftigten um 3,4 Prozent erhöhte Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen. Die Unternehmer woll-

ten unter 3,2 Prozent bleiben. Es bedurfte Warnstreiks in mehreren Betrieben, um zu diesem minimalen Ergebnis zu kommen.

Kultur und Zeitungen im Dienst der 35 Stunden

Seit einiger Zeit bildet die Kampagne der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung auch einen Schwerpunkt in der gewerkschaftlichen Kulturarbeit. Die Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand hatte die gewerkschaftlichen Kulturgruppen und professionelle Künstler aufgerufen, künstlerische Beiträge zu schaffen, die im Kampf um die 35-Stunden-Woche eingesetzt werden können. Der Aufruf des DGB fand ein breites Echo. Bereits mehrere Programme zum Thema Arbeitszeitverkürzung haben der Nürnberger Gewerkschaftschor + Die Vaterlandslosen auf Lager. Für Abrüstung und Arbeitszeitverkürzung agiert der Kölner Gewerkschaftschor in einem 100-Minuten-Programm, und unter dem Motto „Es gibt ein Leben vor der Rente“ haben die in Gewerkschaftskreisen bekannten Künstler Renate Fresow, Margit Heer, Vera Sebastian, Bernd Köhler (Schlauch), Einhart Klucke und Erich Schaffner eine Revue zusammengestellt, die sich für Betriebsversammlungen ebenso eignet wie für Saalkundgebungen.

Mit einem anderen Medium, der „35-Stunden-Zeitung“, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erschienen ist, versuchen sechs Gewerkschaften zu erreichen, „daß die Bürger aus Düsseldorf und Umgebung alle Informationen bekommen, um sich ein klares Bild über das Thema ‚35-Stunden-Woche‘ zu machen“. In Hannover wurde die Friz (Friedenszeitung) zur Hoz - Höchste Zeit für Arbeitsverkürzung. Die Zeitung wird verkauft, wobei der Erlös der Finanzierung der nächsten Ausgabe dient.

Arbeitskampf im Holzgewerbe beendet

Rückwirkend zum 1. Januar 1984 erhalten die Beschäftigten der Holzindustrie, des Tischlerhandwerks und der Möbel-Hübnerr-Gruppe in Westberlin Lohnerrhöhungen zwischen 2,6 und 2,7 Prozent. Außerdem wurden bessere Urlaubsregelungen vereinbart. Selbst dieses insgesamt doch recht magere Ergebnis konnte erst durch einen Arbeitskampf durchgesetzt werden, in den vom 27. Februar bis 5. März 18 Schwerpunktbetriebe einbezogen wurden. Die Unternehmer hatten ursprünglich nur zwischen 2,24 und 2,47 Prozent angeboten und alle Urlaubsverbesserungen rundweg abgelehnt. In der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wird der Streik als Teilerfolg eingeschätzt, weil er zur Stärkung des Kraftbewußtseins der Beschäftigten beigetragen hat und neue Mitglieder gewonnen wurden.

H. P.

TARIFKALENDER

Die Lohn und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Zahlen entsprechen dem neuesten Stand. Sie wurden dem Tarifbericht des WSI entnommen.

30. April - 2,3 Mill.

Einzelhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Limburg-Oberlahn, Rheinland-Pfalz, Bayern (768 000); Groß- und Außenhandel Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Rheinhausen, Pfalz (270 000); Textilindustrie Bundesgebiet und Westberlin - ohne Saarland (239 100); Bekleidungsindustrie Bundesgebiet - ohne Gesamtvereinigung Niedersachsen, Bremen, Saarland, Westberlin - (166 600); Steinkohlenbergbau Ibbenbüren, Ruhr, Aachen, Saar (180 000); Volkswagen AG Niedersachsen (199 000); Maler- und Lackiererhandwerk Bundesgebiet und Westberlin (106 600); Gebäudereiniger Baden-Württemberg und Westberlin (48 000); Dachdeckerhandwerk Bundesgebiet und Westberlin (44 300); Bäckerhandwerk Hamburg, Rheinhausen/Pfalz, Baden-Württemberg (30 200); Friseurhandwerk Bayern (23 000).

31. Mai - 0,4 Mill.

Gebäudereinigerhandwerk Rheinhausen-Pfalz, Saarland, Bayern (78 600); Groß- und Außenhandel Schleswig-Holstein und genossenschaftlicher Groß- und Außenhandel Rheinland-Pfalz/Saarland (76 500); Architektur- und Ingenieurbüros Bundesgebiet und Westberlin (35 000); Eisen- und Stahlindustrie Saarland (25 100); Energieversorgung einiger Bereiche in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg (35 900); Schrottwirtschaft Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (18 600); Hotel- und Gaststätten-gewerbe Westfalen (18 000).

30. Juni - 0,7 Mill.

Chemische Industrie Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz (273 900) Kautschukindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (51 400); Einzelhandel Westberlin (84 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (50 000); Energieversorgung E-Werk Wesertal, GWE-Bereich, Elektromark Hagen (45 400); Kfz-Gewerbe Bremerhaven, Hessen (35 300); Ersatzkassen - ohne Technikerkrankenkasse - Bundesgebiet (28 500).

31. Juli - 0,3 Mill.

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (218 100); Hauswirtschaft Hamburg, Baden-Württemberg (68 000); Friseurhandwerk Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (36 900).

Zur Bonner Privatisierungswelle Kontrapositionen aufbauen!

Mit dem im Januar dieses Jahres begonnenen Verkauf eines knappen Drittels ihres Aktienpaketes an der Veba AG hat die Bundesregierung eine neue Privatisierungswelle in Gang gesetzt. Noch steht zwar nicht offiziell fest, welche Unternehmen folgen sollen, doch in den bürgerlichen Medien werden bereits verschiedene Namen gehandelt: Die Lufthansa, der VW-Konzern sowie der Bahn- und Postbusbetrieb werden am häufigsten genannt, aber auch andere Bundesunternehmen sind im Gespräch.

Grundlage für die angekündigten Privatisierungsbeschlüsse ist die Entscheidung des Bundeskabinetts vom 26. Oktober letzten Jahres, die Privatisierung in allen jenen Unternehmen einzuleiten bzw. fortzuführen, wo dies „ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange“ möglich sein soll. Daß sich dieses Kriterium nicht auf die Auswirkungen am Arbeitsmarkt beziehen soll, haben führende Bonner Politiker allerdings bereits angekündigt. Eine mögliche Arbeitsplatzvernichtung soll sogar eingestandenermaßen hingenommen werden. Ein Gesamtkonzept zur Privatisierung von Bundesunternehmen will die Regierung bereits in der nächsten Zeit vorlegen.

Daß die anstehenden Privatisierungen von den Gewerkschaften abgelehnt werden, ist inzwischen schon fast eine Selbstverständlichkeit geworden. Zu viele Erfahrungen aus der Vergangenheit belegen, daß Privatisierungen sowohl für die betroffenen Beschäftigten als auch für die Bürger nachteilig sind. Bestenfalls kurzzeitig sind Vorteile zu vermelden, wenn Unternehmer und Politiker sich in der Öffentlichkeit für ihre Privatisierungsbestrebungen rechtfertigen müssen.

Die drohende Vernichtung von Arbeitsplätzen, zu erwartende forcierte Rationalisierungsmaßnahmen, eine Einschränkung der Mitbestimmungsrechte und zu befürchtende neue Belastungen für die Bürger sind die wichtigsten Argumente der Gewerkschaften gegen Privatisierungen. Zu Recht wird aber von den Gewerkschaften kritisiert, daß diese Argumentation nicht ausreicht: Auch in Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, würden Arbeitsplätze vernichtet, zu Lasten der Beschäftigten (und oftmals auch der Bürger) gehende Rationalisierungsmaßnahmen durchgesetzt. Mitbestimmungsrechte ignoriert und die Bevölkerung über die Preis- und Tarifpolitik geschröpft.

Um längerfristig erfolgreicher gegen Privatisierungsversuche vorgehen zu können, müßte nach Meinung engagierter Gewerkschafter genauer die jetzige und die von den Gewerkschaften anzustrebende Aufgabenstellung dieser Unternehmen bestimmt werden. Bislang spielt diese Diskussion jedoch in den Gewerkschaften noch keine große Rolle, und entsprechen-

de Forderungen sind erst ansatzweise entwickelt worden.

Im Antrag A 85 forderte der 12. ordentliche DGB-Bundeskongreß (Mai 1982) „die verstärkte Nutzung öffentlicher Unternehmen als Instrument der Marktregulierung, insbesondere der Rohstoff- und Energieversorgung“. Ausdrückliches Ziel ist „die Ausweitung des staatlichen Handlungsspielraums gegenüber Kapitalinteressen“ zur Verwirklichung einer Wirtschaftsordnung, „die den Interessen der arbeitenden Menschen dient“. Und auch das ein Jahr zuvor verabschiedete DGB-Grundsatzprogramm machte klar: „Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar.“

Diese konsequenten Aussagen im Antrag 85 und die zitierten Passagen aus dem DGB-Grundsatzprogramm werden im gleichen Programm wieder eingeschränkt, denn danach soll die „Gemeinwirtschaft... Bestandteil einer am Gesamtwohl ausgerichteten Wirtschaftsordnung“ sein, die auf ein angeblich mögliches

„Gleichgewicht“ von Kapital und Arbeit abstellt.

Tatsächlich notwendig wäre jedoch die Orientierung auf Gegenmachtpositionen. Mit jeder Privatisierung werden die Möglichkeiten verringert, über politische Veränderungen in Bonn und Überall in der Bundesrepublik die staatliche Beteiligung an Unternehmen nutzen zu können, um Gegenmachtpositionen gegen die privaten Konzerne errichten zu können. Hingegen vergrößert jede Privatisierung die Macht dieser Konzerne.

Wann immer Unternehmer oder Politiker in den vergangenen Jahren die Mär von „Gewerkschaftsstaat“ oder der „Gewerkschaftsmacht“ aufzitschten, haben die Gewerkschaften – völlig zu Recht – das Gegenteil nachgewiesen. Verbunden war und ist dies aber häufig mit der Verunsicherung, es solle nur die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit hergestellt werden, wozu der Staat seinen Beitrag zu leisten habe. Von der Notwendigkeit, daß die Macht der Konzerne zurückgedrängt werde und die Arbeiterklasse Machtpositionen erringen muß, ist dagegen nicht die Rede.

Angesichts der gegenwärtigen „konservativen Wende“ mögen Forderungen nach der Erringung von Gegenmachtpositionen im ersten Moment wenig zeitgemäß erscheinen, doch die in verschiedenen Gewerkschaften laufenden Diskussionen über Alternativen zur derzeitigen Entwicklung zeigen, daß nur eine klare Orientierung eine Wende nach vorn bringen kann. Noch deutlicher gemacht werden muß, daß mit der neuen Privatisierungswelle unter anderem die „konservative Wende“ der CDU/CSU/FDP-Koalition ökonomisch und machtpolitisch abgesichert werden soll.

Heinz Pahlke

SPD-Wende in der Medienpolitik Kniefall vor dem Kommerz

Die Entscheidung der SPD-Medienkommission, entgegen allen bisherigen Verlautbarungen künftig kommerzielle Fernsehprogramme in der Bundesrepublik zuzulassen, ist sowohl bei zahlreichen SPD-Landesverbänden wie von Seiten der Gewerkschaften auf entschiedenen Protest gestoßen. Die maßgeblich von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz initiierte Wende läßt überdies die Vermutung zu, daß die früheren Bekenntnisse zur öffentlich-rechtlichen Struktur von Funk und Fernsehen nur verbaler oder taktischer Natur waren. Ganz anders sieht dies offenbar die SPD-Basis, die eine offensive Verteidigung des bestehenden Rundfunksystems – eine Beseitigung von Mängeln eingeschlossen – für gerechtfertigt hält. Ohnehin war es die SPD, die schon vor Jahren noch unter Regierungsverantwortung dem Kapitaldruck nachgab und dem Ausbau der auch zur Kommerzialisierung

notwendigen Infrastruktur überstürzt zustimmte, wohlwissend, daß die herkömmliche Trennung von sogenannter Individual- (Privat- und Geschäftsverkehr) und Massenkommunikation durch neue Techniken ad absurdum geführt und nicht zuletzt von den Unternehmern in allen Bereichen zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen benutzt werden wird.

Von der CDU erwartet niemand etwas anderes. Der Empfehlung Detlef Henschkes an die SPD in seinem Kommentar „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ bleibt insofern nichts hinzuzufügen: „Merke: Die Wende bekämpft man nicht dadurch, daß man sich anpaßt und eigene Prinzipien über Bord wirft. Opportunismus hat sich noch nie ausgezahlt. Es ist zu hoffen, daß der Kniefall der Medienkommission vom Parteitag im Mai dieses Jahres korrigiert wird.“ (druck und Papier, Nr. 5/84) B. K.

Bauernlegen

Bei den jüngst zum zweiten Mal gescheiterten EG-Verhandlungen spielte die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. Das System der Preis- und Einkommensregulierungen der Landwirtschaft verschlingt den Löwenanteil der EG-Mittel; Einschränkungen sollen durchgesetzt werden. Diese Einschränkungen treffen in erster Linie die Landwirte und in zweiter Linie die Verbraucher. Es gehört daher zu den Stereotypen der Massenmedien, die „subventionsgeschwängerten“ Bauern gegen die Verbraucher auszuspielen.

Ein Blick auf die Statistiken zeigt allerdings, daß von „den“ Bauern nicht gesprochen werden kann. Selbst bei Vollerwerbsbetrieben sind die Einkommensunterschiede enorm: In den siebziger Jahren verdiente eine Familienarbeitskraft im ertragsreichsten Viertel der Betriebe das Sechs- bis Siebenfache der in den am wenigsten ertragsreichen Betriebe erzielten Einkommen. In den achtziger Jahren hat sich diese Schere noch weiter geöffnet. Die Landwirtschaftspolitik ist daher darauf gerichtet, die kleinen und weniger ertragsreichen Betriebe zu vernichten: Dies ist ein Ziel der restriktiven Preispolitik. Diese soll „sozial“ durch Betriebsaufgabenerenten, ergänzende Sozialprogramme usw. „erträglich“ gemacht werden. Das funktioniert allerdings angesichts einer Arbeitslosigkeit von tatsächlich mehr als 3 Millionen nicht; denn in den letzten Jahren hat sich die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten nicht weiter verringert.

Auch ein weiteres Merkmal, die starken jährlichen Einkommensschwankungen, betreffen vor allem die kleinen und einkommensschwachen Betriebe. Das oberste Viertel verzeichnet seit 1975/76 eine maximale Schwankungsbreite von knapp 9000 DM, beim unteren Viertel lag diese über 10000 DM, wobei rein rechnerisch 1980/81 sogar Verluste entstanden sind.

Ganz überwiegend konnten die landwirtschaftlichen Betriebe seit 1975 ihre Real-einkommen nicht halten. Selbst wenn man Extremjahre wie 1975/76 und 1983/84 ausklammert, liegen die landwirtschaftlichen Erträge sogar nominal niedriger als Mitte der siebziger Jahre.

Das teure Subventionssystem hat also in mehrfacher Hinsicht versagt. Es ist nicht gelungen, die landwirtschaftliche Produktion von der Last dauernder Überschüsse zu befreien; und es ist nicht gelungen – was allerdings in bezug auf die kleinen Betriebe auch nicht beabsichtigt war –, die Einkommen zu sichern.

Letzteres hängt u. a. mit der Preisentwicklung zusammen. Die Landwirte sehen sich auf den Märkten für Vorleistungen – also Landmaschinen, Düngemittel usw. – wenigen großen Konzernen gegenüber, die die Preise bestimmen. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise aber steigen kaum bzw. sind oft über längere Zeit rückläufig.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	Januar 1984	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Dezember 1983	Januar 1983
Produktion	89,4	- 7,8	+ 6,7
Auftragseingänge ¹	117,5	+ 2,1	+ 7,2

¹ nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	Februar 1984	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Januar 1984	Februar 1983
Lebenshaltung	137,1	+ 0,3	+ 3,1
Industriepreise ¹	118,0	+ 0,2	+ 2,6
Landw. Erzeugerpreis ²	108,3	+ 0,3	- 1,5
Importpreise ^{1 2}	119,8	+ 1,1	+ 3,7
Exportpreise ^{1 2}	110,8	+ 0,4	+ 2,9

¹ Index 1980 = 100

² Dezember 1983

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Februar 1984	Veränderung in 1000 gegenüber	
		Januar 1984	Februar 1983
Arbeitslose	2 537	- 2	+ 1
Kurzarbeiter	644	+ 78	- 504
Offene Stellen	80	+ 10	+ 11

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Landwirtschaftliche Einkommen

Gewinn je Familienarbeitskraft ¹	Betriebe insgesamt	Veränderung in 1000 gegenüber	
		oberstes Viertel	unterstes Viertel
1975/76	25 263	58 687	9 860
1979/80	24 309	57 823	7 586
1980/81	21 245	49 740	- 638
1981/82	22 890	52 839	1 196
1982/83	26 282	56 988	2 810
1983/84 ²	20 500	-	-

¹ In DM je Wirtschaftsjahr der Vollerwerbsbetriebe, Gewinn = Unternehmensertrag minus Unternehmensaufwand

² Schätzung

(Quelle: Agrarberichte der Bundesregierung, lfd.)

5. Preise in der Landwirtschaft¹

	1979/1976	1983/1979
Landwirtschaftliche Endprodukte	- 1,4	+ 2,8
Landwirtschaftliche Vorleistungen	+ 0,4	+ 5,6

¹ Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 11/1984, S. 125)

Die Landwirte geraten in die Klemme steigender Vorleistungs- und sinkender Verkaufspreise, aus der sie sich einerseits durch zusätzliche Subventionsanforderungen, andererseits durch Rationalisierung

und Produktionssteigerung zu befreien suchen. Beides vergrößert die Grundprobleme der EG-Agrarpolitik, die Überschüsse und die Subventionslasten.

J. G.

DJU für Mediengewerkschaft jetzt Appell zur 35-Stunden-Woche

Am 25. März veranstaltete die Deutsche Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier eine außerordentliche Bundeskonferenz in Frankfurt. Ihre Aufgabe war es, anstelle des jetzt bei der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) hauptamtlich tätigen Medienreferenten, Dieter Brumm, einen neuen stellvertretenden DJU-Bundesvorsitzenden zu wählen. Einziger Kandidat war der 42-jährige Bonner Journalist Rolf-Henning Hintze, der 38 der 44 Delegiertenstimmen erhielt. Neben der einmütigen Verabschiedung eines umfangreichen Arbeitspapiers zur Betriebsarbeit der DJU nahm die Konferenz auch zu aktuellen Fragen Stellung.

Einstimmig billigte die Konferenz im Namen von 7000 organisierten Journalisten einen „Appell der Medienschaffenden für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“. Für dieses Ziel will die DJU im Bereich der Presse und der elektronischen Medien Unterschriften sammeln. Die Journalisten in den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sowie in den Rundfunkanstalten werden aufgefordert:

- „Informieren Sie sich über die Hintergründe, warum die Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche fordern.“

- Diskutieren Sie mit Ihren Kollegen in den Redaktionen am Arbeitsplatz darüber.

- Bemühen Sie sich um faire Berichterstattung. Wir wissen, das erfordert Mut. Von jedem einzelnen.

- Solidarisieren Sie sich mit Kollegen, die für die Arbeitszeitverkürzung streiken. Beteiligen Sie sich bei Streiks nicht an der Herstellung von „Notzeitungen“ der Unternehmer.“

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war die neueste Entwicklung zur Bildung der Mediengewerkschaft. Hauptvorstandsmitglied Hajo Frenzel (IG Druck und Papier) und der stellvertretende RFFU-Vorsitzende Dieter Klein bedauerten, daß der berufsständische Deutsche Journalisten-Verband (DJV) unter fadenscheinigen Gründen sich nicht mehr an der Bildung der Mediengewerkschaft beteiligen will und sich aus der Kommission Mediengewerkschaft zurückgezogen hat.

Das gleiche gilt für die beiden Verbände der Gewerkschaft Kunst im DGB, der „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger“ und der „Deutschen Orchester-Vereinigung“, deren Vorstände kürzlich mit ihrem Austritt aus der Gewerkschaft Kunst den DGB verlassen haben. Die Entscheidung der beiden Verbände ist nach Dieter Klein von den Vorständen ohne Mitgliederbefragung getroffen worden. Alle drei Verbände hätten bisher immer versucht, die Bildung der Mediengewerkschaft entsprechend dem Industriegewerkschaftsprinzip hinauszuzögern beziehungsweise ganz zu blockieren. Angesichts des Ein-

stiegs der privaten Medienkonzerne in Funk und Fernsehen sowie dem verstärkten Konzentrationsprozeß sei jetzt ohne Verzögerung die baldige Gründung der IG Medien und Kultur dringend erforderlich, betonte auch der DJU-Vorsitzende Eckart Spoo.

In ähnlicher Weise setzte sich der Vorsit-

zende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, auf dem am 26. März stattgefundenen ersten Journalistentag der DJU für die Mediengewerkschaft ein. Wörtlich führte er aus: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst halten an ihrem Ziel der Mediengewerkschaft fest. Ich möchte es jedem versichern: Die Mediengewerkschaft kommt! Auch wenn der Deutsche Journalistenverband vor wenigen Tagen leider seinen Austritt aus der gemeinsamen Mediengewerkschaftskommission erklärt hat. Dies ist für uns kein Grund, die Mediengewerkschaft nicht zu gründen. Im Gegenteil!“

Nach Ansicht der DJU sei es jetzt an der Zeit, daß sich die Journalisten, die sich bereits jetzt industriegewerkschaftlich organisieren wollen, ihren Weg in die IG Druck und Papier und die RFFU finden. Die Verhandlungen innerhalb der Kommission Mediengewerkschaft sollen so schnell wie möglich fortgesetzt werden, damit bald für die Diskussion in der Mitgliedschaft ein Satzungsentwurf vorgelegt werden kann.

Werner Petschick

Erschreckende Perspektiven für Meinungs- und Pressefreiheit

Nachrichtenunterdrückung, Zensur, die Schere im Kopf, mangelnde Berufsausbildung, mittelalterlich anmutende Praktiken zur Ausbeutung eines angeblich freien Berufsstandes und die zunehmende Technisierung des Berufsfeldes der Journalisten mit großen Gefahren für Presse- und Meinungsfreiheit – das waren nur einige der Themen des 1. Journalistentages der Deutschen Journalisten-Union im Anschluß an ihre Bundeskonferenz in Frankfurt. Daran beteiligten sich dann mehr als 100 Angehörige der „schreibenden Zunft“ aus allen Teilen der Bundesrepublik und Westberlins.

Schon der Begriff „schreibende Zunft“ könnte – um nur ein Beispiel aus den Referaten und der Diskussion herauszugreifen – bereits in absehbarer Zeit endgültig der Vergangenheit angehören, wenn die mit den neuen Medientechnologien beabsichtigte Rationalisierungswelle voll zum Tragen kommt. Prof. Dr. Bernd-Peter Lange von der Universität Osnabrück wies in seinem Referat zum Thema „Neue Kommunikations- und Informationstechnologien und ihre gesellschaftspolitischen Folgen“ darauf hin, welche Wirkungen die Integration von Datenbe- und -verarbeitung sowie -übermittlung in allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch im Journalistenberuf, hat. Allein mit dem Bildschirmtext-Verfahren (Btx) ließe sich ein großer Teil bisheriger Tätigkeit des Redakteurs durch den Abruf von fertigen Texten aus den Datenbanken von Agenturen ersetzen.

Was Lange den Zuhörern eindringlich verdeutlichte, war die Tatsache der zunächst

schleichenden Durchsetzung des Mediums Btx, das seine verheerende Arbeitsplatzvernichtende Wirkung erst dann offenbare, wenn die Technik nach der Einführungsphase, in der herkömmliche Technik neben der neuen noch weiter betrieben werden müsse, voll zum Einsatz komme. Für Btx gelte dies erst weit nach 1990. Gewerkschaftliche Gegenstrategien, ein integriertes System von Maßnahmen, das Langes Ansicht nach nicht nur am Arbeitsplatz greifen dürfe, sondern insgesamt Einfluß auf die Rahmenbedingungen der Einführung und Anwendung der neuen Techniken zu nehmen habe, müßten heute ansetzen. Deshalb sei die 35-Stunden-Woche als eine Maßnahme auch heute notwendig.

Konkrete Folgen neuer Informations- und Kommunikationstechniken für die Qualität journalistischer Arbeit zeigte u.a. Erwin Ferlemann in seinem Referat auf. „Die Zunahme der technischen Aufgaben bedeutet eine Beschneidung der inhaltlichen Ar-

7. HBV-Bundesjugendkonferenz: „Wir haben den Dreh raus“

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) ist sich der Bedeutung ihres Nachwuchses wohl bewußt. Das zeigte die 7. Bundesjugendkonferenz am 31. März und 1. April in Willingen, an der der gesamte geschäftsführende Hauptvorstand sowie sämtliche Landesbezirksvorsitzende teilnahmen. Ein weiteres Indiz dafür ist, daß fast alle Anträge der 6. Bundesjugendkonferenz wenige Monate später zur Beschlußlage der gesamten Organisation wurden. In Willingen selbst vertraten 135 Delegierte und Gastdelegierte rund 75 000 jugendliche Mitglieder.

Zum Motto der Konferenz war der Slogan ausgesucht worden: „Wir lernen im Vorwärtsgang“. Zu diesem Lernen gehörte für die jungen Delegierten die einmütige Verurteilung des Treffens der SS-Division Totenkopf am 31. März in Oberaula, verbunden mit einer Warnung vor Alt- und Neonazis. Andererseits gehörte zu diesem Lernen auch ein Grußtelegramm an das zum gleichen Zeitpunkt in Dortmund stattfindende Treffen betrieblicher Friedensinitiativen.

In seiner Begrüßungsrede übte HBV-Vorsitzender Günter Volkmar scharfe Kritik am „Abbau von Schutzgesetzen, fehlenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen, betrieblichen Sozialabbau und steigenden Rüstungslasten“. Das alles treffe die Jugend mit noch größerer Härte, „weil sie die Zukunft noch vor sich“ habe. Er rief dazu auf, bei allen Problemen folgendes nicht zu vergessen: „Es war immer die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die gesellschaftlichen Fortschritt durchgesetzt und dafür gesorgt hat, daß die Gesellschaft als Ganze eine Zukunft hat: alle Menschen, die in ihr leben.“

Zu den Schwerpunkten der Konferenz gehörte der Kampf gegen Pershing II, Sozial-

abbau, Massenarbeitslosigkeit und Berufsbildungsmisere einerseits sowie andererseits für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Aussagen dazu zogen sich quasi wie der vielgerühmte „rote Faden“ durch die Reden des Vorsitzenden Günter Volkmar sowie des für Jugendarbeit zuständigen geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglieds Christian Götz.

Als Voraussetzung für Erfolge nannte HBV-Bundesjugendsekretär Detlev Schmidt die Werbung neuer Mitglieder: „Jeder unorganisierte Beschäftigte ist ein unternehmerisches Argument gegen uns.“ Und Erfolge sind möglich. Schließlich gibt es im HBV-Organisationsbereich 300 000 Auszubildende, wovon erst ein Bruchteil gewerkschaftlich organisiert ist.

Und nicht nur auf diesem Gebiet gibt es ermutigende Zeichen. So konnten die Hessen berichten, daß in einer Werbekampagne „Wir haben den Dreh raus“, 451 neue Mitglieder gewonnen wurden. Ähnliche Erfolge gibt es auch in Nordrhein-Westfalen. Dabei geht die HBV-Jugend mit viel Fantasie die Probleme an; schließlich soll Gewerkschaftsjugendarbeit auch Spaß machen. Jedenfalls bekamen die Teilnehmer in Willingen davon einen Vorgeschmack, beispielsweise durch

Arbeit und damit die Gefahr der Dequalifizierung.“ Schon heute sei in einigen Verlagen die Abteilung Textkorrektur abgeschafft worden, die Arbeit müsse von Redakteuren am Bildschirm mit übernommen werden. Die Erweiterung des Aufgabenfeldes bringe sie aber noch mehr als heute unter Zeitdruck. Damit verbleibe dann weniger Zeit zur Recherche, und die Neigung zur Übernahme vorgefertigter Agenturmeldungen wachse. Dies werde, so Ferlemann, noch begünstigt durch die neuen Übertragungsverfahren. „Der kostenbewußt denkende Verleger kann mit personell ausgedünnter Redaktion in Zukunft noch mehr Zeitungsseiten zusammenstellen lassen. Allerdings auf Kosten inhaltlicher Eigenständigkeit.“

Die Horrorvisionen eines noch viel stärker uniformierten, gleichgeschalteten Verlautbarungsjournalismus, bei dem Sie mens unter Umgehung aller bisherigen journalistischen Instanzen seine Presseer-

klärung gleich selbst in die Zeitungen lanciert, scheint damit nicht mehr allzu fern. Auch Orwells „1984“ nähme konkretere Gestalt an. Ferlemann: „Hinzu kommt noch, daß das elektronische Redaktionssystem jederzeit der Redaktionsspitze den Zugriff auf die Arbeiten des einzelnen Redakteurs erlaubt. Mit einem Knopfdruck kann jeder Beitrag auf den Bildschirm des Chefredakteurs geholt werden. Neben der inhaltlichen ist auch eine mengenmäßige Kontrolle möglich.“

Eine wichtige Aufgabe der schnellstmöglich zu schaffenden Mediengewerkschaft wird es daher auch sein, dem mit den vielfältigsten neuen Technologien einhergehenden Angriff auf die Presse- und Informationsfreiheit Pflocke entgegenzusetzen, wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier ausdrücklich in einer den Journalistentag abschließenden Podiumsdiskussion mit bekannten Publizisten von Presse und Fernsehen betonte. B. Keßeler

Sketsche, die so manchen Diskussionsbeitrag wirkungsvoll ergänzten.

Den Delegierten lagen 70 Anträge, mehrere Initiativanträge sowie acht Entschlüsse vor. In einem Initiativantrag „begrüßt und unterstützt“ die HBV-Jugend die Volksbefragung gegen den Raketenstationierungsbeschluß der Bundestagsmehrheit. Alle HBV-Mitglieder werden aufgerufen, „die Friedensinitiativen bei der Organisation und Durchführung der Abstimmungen zu unterstützen“. In einem weiteren Antrag wurden „gewerkschaftliche Kernforderungen zu Frieden und Abrüstung“ beschlossen. Tenor und Aufga-

Allemaal lieber

Wer, wie Lambsdorff, die IG Druck und Papier angreift, greift uns alle an. Eine Gewerkschaft, die von Lambsdorff als marxistisch bezeichnet wird, muß uns allemaal lieber sein, als eine Gewerkschaft, die von der BILD-Zeitung als pragmatisch angesehen wird.

(Dieter Steinborn, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft HBV, auf der 7. Bundesjugendkonferenz)

benstellung dieses umfangreichen Antrags sind die Entwicklung verstärkter eigenständiger gewerkschaftlicher Aktivitäten im Rahmen des Zusammenhangs „Rüstung – Sozialabbau – Arbeitslosigkeit“. Es müßten „alle gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten – wie Kundgebungen und Protestmärsche bis hin zu Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen – im Kampf für Frieden und Abrüstung eingesetzt werden“. Daß dazu auch die Teilnahme an Aktivitäten der Friedensbewegung zählt, wie z. B. am Ostermarsch, ist für die Jugend der Gewerkschaft HBV selbstverständlich.

In einem weiteren Beschluß sprach sich die HBV-Bundesjugendkonferenz für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus, auch, um Barrieren gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufzurichten. Damit im Zusammenhang und in Anspielung auf den Lehrstellenmangel forderten die jungen Delegierten „die Beseitigung der alleinigen Verfügungsgewalt der Unternehmer über das Ausbildungsplatzangebot“.

Großgeschrieben wurde in Willingen die internationale Solidarität. Neben Solidaritätserklärungen für Nicaragua wurde materielle Hilfe geleistet und von der Konferenz 2700 Mark gespendet bzw. durch die amerikanische Versteigerung einer Strickjacke erreicht. Träger dieser Jacke mit dem 35-Stunden-Symbol ist unser Redakteur Bernhard Keßeler, der bei der Summe von 1300 DM den Zuschlag erhielt. In unserer Mai-Ausgabe werden wir einige Beschlüsse der Bundeskonferenz dokumentieren. Gisela Mayer

Wir dürfen nicht ruhen, bis Europa frei von Massenvernichtungsmitteln ist

Interview mit Siegfried Pommerenke,
DGB-Landesbezirksvorsitzender Baden-Württemberg

Der Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche hat begonnen. Täglich werden aus Betrieben des Metallbereichs und aus Druckereien Warnstreiks gemeldet. Wir wollten wissen, welche Möglichkeiten der DGB sieht, diesen Kampf zu unterstützen. Dazu beantwortete Siegfried Pommerenke, DGB-Landesbezirksvorsitzender in Baden-Württemberg, unserer Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen. Ein weiteres Thema unseres Interviews ist der Kampf um die Erhaltung des Friedens.

NACHRICHTEN: Die IG Metall und andere Gewerkschaften wollen den Kampf um die 35-Stunden-Woche aufnehmen. Ist mit der Unterstützung des DGB zu rechnen, und haben Sie schon bestimmte Vorstellungen, wie diese Hilfe und Unterstützung aussehen kann?

Siegfried Pommerenke: Selbstverständlich unterstützt der DGB seine Mitgliedsge-



werkschaften im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, weil damit ein wirksamer Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Humanisierung der Arbeitswelt und zur Verbesserung der Lebensqualität getan werden kann.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Wochenarbeitszeit — die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche — zu ihrer zentralen Aufgabe erklärt, weil sie den größten Beschäftigungseffekt mit sich bringt, nämlich 1,4 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Hinter dieser Forderung stehen alle DGB-Gewerkschaften, also auch jene, die in ihrem Bereich jetzt die Verkürzung der Lebensarbeitszeit befürworten. Die Gewerkschaften werden sich nicht auseinanderdividieren lassen und all jenen gemeinsam entgegenzutreten, die Verhandlungen über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit verweigern.

Wer angesichts Millionen Arbeitsloser behauptet, wir könnten uns eine Verkürzung

der Arbeitszeit nicht leisten, unterschlägt die Tatsache, daß Arbeitslosigkeit die unmenschlichste und teuerste Form einer Arbeitszeitverkürzung ist. Der Kampf der Industriegewerkschaft Metall zur Verwirklichung der 35-Stunden-Woche wird daher ein Kampf aller 17 im DGB vereinten Einzelgewerkschaften sein. Der DGB wird dabei seinen Gewerkschaften eine wirkungsvolle Stütze bei ihren Auseinandersetzungen und Aktivitäten sein, in den Betrieben und Verwaltungen, auf der Straße und in der Öffentlichkeit.

NACHRICHTEN: Gegen den Willen der Gewerkschaften hat die Mehrheit des Bundestages der Raketenstationierung zugestimmt. Wie schätzen Sie die Situation jetzt ein?

Siegfried Pommerenke: Zweifellos haben die Gewerkschaften durch die Abstimmung im Bundestag bei der Raketenstationierung ihr Ziel nicht erreicht. Der Bundestag hat damit nicht nur die Lehren aus unserer Geschichte ignoriert, er hat auch den Willen des Volkes mißachtet, denn 61 Prozent der Bevölkerung haben sich nachweislich gegen die Stationierung von Atomraketen ausgesprochen. In diesem Bundestagsbeschluß sehen wir darüber hinaus auch einen Bruch des obersten Grundsatzes deutscher Nachkriegspolitik, nämlich nie wieder die Voraussetzung zu schaffen, daß von deutschem Boden ein Krieg ausgehen kann.

Dennoch dürfen wir jetzt nicht resignieren. Unser Nahziel haben wir nicht erreicht, aber wir haben dazu beigetragen, nicht zuletzt durch unseren jahrzehntelangen Kampf gegen Militarisation und Aufrüstung, breite Schichten der Bevölkerung für diese Fragen zu sensibilisieren und für unsere politischen Forderungen zu gewinnen.

Diesen Weg müssen wir im Interesse der Arbeitnehmer auch 1984 weitergehen. Vor allem gilt es, in der Öffentlichkeit klarzumachen, daß eine Regierung, die eine solche Rüstungspolitik betreibt, gar nicht anders kann, als den Sozialabbau immer rigoros zu betreiben.

NACHRICHTEN: Sehen Sie Möglichkei-

ten, den Kampf um die Friedenssicherung fortzusetzen?

Siegfried Pommerenke: Der DGB wird seine friedenspolitischen Aktivitäten im Rahmen seiner Möglichkeiten fortsetzen. Wir dürfen nicht ruhen, bis wir ein von Massenvernichtungsmitteln freies Europa haben. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Abrüstung müssen noch populärer gemacht werden. Der Druck auf die Bundesregierung ist zu verstärken; sie muß mehr friedenspolitische Aktivitäten entfalten als bisher. Vor allem geht es aber darum, das Thema Frieden bereits in den Schulen zum untrennbaren Bestandteil der Erziehung unserer Kinder zu machen.

Voraussetzung für unseren Erfolg ist die Geschlossenheit unserer Kolleginnen und

Gewerkschaftsjugend beim Ostermarsch

Der Bundesjugendausschuß des DGB hat am 8. März die Gewerkschaftsjugend aufgerufen, sich an den Ostermärschen zu beteiligen, die „gewerkschaftlichen Positionen zu Frieden und Abrüstung einzubringen und zu vertreten“. Die Sicherung des Friedens, so wird im Aufruf formuliert, „ist ein zentrales Ziel der Gewerkschaften. Dieses Ziel ist tief in der gewerkschaftlichen Tradition verankert.“ In einer Zeit des beschleunigten Wettrüstens und der wirtschaftlichen und sozialen Belastungen „ist das entschlossene Eintreten für eine umfassende Sicherung des Friedens notwendiger denn je“.

Kollegen. Der Weg vor uns ist holprig und steinig. Wir haben die Entwicklung dieser Gesellschaft niemals sich selbst überlassen. Niemand wird uns davon abbringen. Weiterhin für eine Welt des Friedens, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu kämpfen.

NACHRICHTEN: Sie haben sich in der Vergangenheit für die Ostermarschbewegung engagiert. Wie ist es in diesem Jahr?

Siegfried Pommerenke: Angesichts der politischen Entscheidungen im eigenen Land und der weltweiten Entwicklung sehen wir keinen Anlaß, unsere Einstellung zu den Ostermärschen zu revidieren. Zweifellos wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Stopp des Sozialabbaus 1984 im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aktivitäten stehen. Untrennbar damit verbunden bleibt unsere Forderung nach Abrüstung. Deshalb wird der DGB-Bundesvorstand zur Teilnahme an den Ostermärschen aufrufen und somit einen Beitrag zur Unterstützung der Friedensbewegung leisten.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

35 Stunden sind genug Thesen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit

In der „Stimme der Arbeit“, „Zweimonatsblatt evangelischer Arbeitnehmer und evangelischer Industrie- und Sozialarbeit“ Nr. 1/84 sind sieben Thesen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit veröffentlicht. Verfasser ist Klaus Lang, Tarifexperte der IG Metall. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von „Stimme der Arbeit“ und des Autors dokumentieren wir die Thesen nachfolgend im Wortlaut.

1. Massenarbeitslosigkeit droht weiter rapide zu steigen

Ohne die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen durch entsprechende wirtschafts-, beschäftigungs- und tarifpolitische Maßnahmen werden wir bis Ende dieses Jahrzehnts zwischen sechs und acht Millionen Menschen haben, die Arbeit suchen. Dies umfaßt sowohl die Zahl der dann registrierten Arbeitslosen als auch die Zahl der resignierten oder frustrierten Arbeitssuchenden, die sich bei Arbeitsämtern nicht mehr melden, weil sie die Hoffnung auf eine Arbeitsplatzvermittlung aufgegeben haben.

Nach der „Arbeitsmarktbilanz Perspektiven 1968 bis 2000“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) war 1980 ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 3 bis 3,5 Prozent notwendig, um die Nachfrage nach Arbeitskräften konstant zu halten, während schon bei einem jahresdurchschnittlichen Wachstum bei 2 bis 2,5 Prozent die Nachfrage nach Arbeitskräften auf 24.640.000 zurückgegangen wäre. Die Beschäftigungslücke im Jahre 1990 hätte dann zwischen 2,2 und etwa 4 Millionen gelegen. Die Annahme, mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 4 bis 4,5 Prozent bis 1990 wird hierbei als unrealistisch außer acht gelassen.

Mittlerweile ist aber eine gegenüber den Annahmen negativere Entwicklung bei den Wachstumsraten eingetreten. Wir hatten 1981 eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von minus 0,2 Prozent, 1982 von minus 1,1 Prozent. Dementsprechend müssen die Annahmen weiter hochgerechnet werden. Bei einem jahresdurchschnittlichen Wachstum bis 1990 von null Prozent (Untergrenze

der möglichen Entwicklung) und weiteren Produktivitätssteigerungsraten von jahresdurchschnittlich 2,5 Prozent müssen wir mit acht Millionen Menschen rechnen, die Arbeit suchen und nicht finden. Bei einer Annahme von einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von drei Prozent (Obergrenze der möglichen Entwicklung) und einer dann entsprechend höheren Produktivitätssteigerung von jahresdurchschnittlich vier Prozent müssen wir immerhin noch mit sechs Millionen Arbeitslose (registrierten und nicht registrierten) rechnen.

2. Massenarbeitslosigkeit – politische und soziale Katastrophe

Eine derart hohe Arbeitslosigkeit trifft nicht nur das Schicksal von Millionen von Arbeitnehmern und ihren Familien, sondern bedroht auch die Substanz unseres Sozialstaates und der politischen Demokratie. Denn worauf alle gesellschaftlichen Gruppen in der Vergangenheit stolz waren, nämlich die soziale Sicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Alter, wird bei steigender Arbeitslosigkeit immer schwerer finanzierbar sein. Es besteht sogar die Gefahr, daß es dann nicht mehr nur um sogenannte Einschränkungen bei Arbeitslosen, Kranken und Rentnern von einigen Prozent und um entsprechende Realeinkommensverluste gehen wird, sondern um die massive Senkung des Lebensstandards der Arbeitnehmer und die Beseitigung des Sozialstaats auf kaltem Wege. Da Ausweitung der Nettokreditaufnahme ebenso abgelehnt wird wie eine aktive Beschäftigungspolitik, bleibt bei Fortschreitung der gegenwärtigen Entwicklung die Beseitigung des Sozialstaats als einziger Ausweg.

3. Gängige Rezepte reichen nicht aus

In der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion beteuern alle Gruppen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und beseitigen zu wollen. Von den Konservativen und den Arbeitgebern werden – mit unterschiedlicher Akzentuierung – drei Rezepte angeboten:

- Gewinne – Investitionen – Arbeitsplätze
- Sparen bei den öffentlichen Haushalten
- Wachstumspolitische Offensive.

Die erste Überlegung geht davon aus, daß durch steigende Gewinne höhere Investitionen und damit sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wird umgekehrt unterstellt, daß die zu geringen Gewinnmargen, und damit auch die zu hohen Lohn- und Gehalts- bzw. Arbeitskosten, die entscheidende Ursache der Wirtschaftskrise und Beschäftigungskrise seien.

Die Wirklichkeit selbst widerlegt eindrucksvoll die diesem Rezept zugrunde liegenden Annahmen. Die Gewinne sind auch in den letzten Jahren gestiegen, der Anteil der Investitionen dagegen ist gefallen. Das beste Beispiel dafür ist die Entwicklung von 1980 bis 1982. Der Anteil der Nettoinvestitionen an den Nettogewinnen ist von über 50 Prozent auf 36 Prozent zurückgegangen. Statt jeder zweiten Gewinnmark wird nur mehr jede dritte „Gewinnmark“ investiert. Aussagen von Unternehmern selbst bestätigen immer wieder: Investieren muß sich lohnen. Wenn die Rendite für festverzinsliche Wertpapiere und für Geldanlagen im Ausland besser ist als für Investitionen, wird eben die beste Renditemöglichkeit gewählt. Bei weiterhin sinkender Nachfrage und Umverteilung zugunsten der Gewinne werden lediglich zusätzliche Geldmittel nach diesen Renditeaspekten, nicht aber um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, angelegt.

Im übrigen sind unter den Bedingungen sinkender Nachfrage Investitionen in immer stärkerem Maße Rationalisierungsinvestitionen

Inhaltsverzeichnis:

Beschlüsse der ÖTV zur Arbeitszeitverkürzung	15
Berufsverbote in der Bundesrepublik berühren Frankreichs Gewerkschafter	
Interview mit Jacques Tregaro, Leiter der Europa-Abteilung der CGT	18
„Doppelverdiener“ – kein neues Wort	19
Unternehmer auf dem Prüfstand	21

und keine Erweiterungsinvestitionen. Nach Ergebnissen von Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts werden heute 46 Prozent der investierten Mittel in Rationalisierungsinvestitionen angelegt. Nach einem von der Commerzbank veröffentlichten Branchenbericht über Mikroelektronik wird sich die Substitutionsrate Maschinen- bzw. Technikeinsatz zu Lasten von Arbeitsplätzen nicht verlangsamen, sondern beschleunigen.

Das Rezept „Gewinne steigern – Investitionen erhöhen“ führt daher nicht zur Sicherung, sondern unter den gegebenen Bedingungen zur Vernichtung zusätzlicher Arbeitsplätze. Gleiche und eine ständig steigende Produktionsmenge kann mit immer weniger Arbeitskräften bei gleichbleibender Arbeitszeit hergestellt werden. In der politischen Diskussion wird vor allem das Sparen bei den öffentlichen Haushalten als entscheidendes Heilmittel gegen die Krise ausgegeben. Mit dieser Begründung ist durch die Operationen 82, 83 und 84 bei Sozialleistungen und Renten insgesamt ein Betrag von 118,5 Milliarden DM eingespart worden. In Wirklichkeit ist diese Sparpolitik aber nichts anderes als die Todesspirale in steigende Arbeitslosigkeit. Denn damit werden nicht nur die sozial Schwachen und Schwächsten in eine Situation gebracht, die nicht mehr den Prinzipien unseres Sozialstaats entspricht, damit wird nicht nur Armut ausgebreitet, sondern damit wird jenen Bevölkerungsschichten Geld entzogen, die überhaupt keine andere Wahl haben, als es unmittelbar in Form von Nachfrage und Kaufkraft wirksam werden zu lassen.

Wenn das Niveau der materiellen und sozialen Sicherung beibehalten werden soll, werden durch solche Politik weder Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, noch die Staatshaushalte konsolidiert, sondern die Höhe der Verschuldung wird immer zunehmen müssen, wenn eine größere Zahl von Arbeitslosen „finanziert“ werden muß. Die Unternehmer schließlich propagieren nach wie vor die „wachstumspolitische Offensive“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist aber Illusion, auf Wachstumsraten von sechs und sieben Prozent zu spekulieren, die notwendig wären, um allein durch Wachstum Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Solche hohen Wachstumsraten sind weder möglich noch wünschenswert. Selbst wenn das Versorgungsniveau gleich hoch bleibt, bedarf es eben heute zur Herstellung einer gleichen Anzahl von Gütern und Dienstleistungen nur wesentlich geringerer Wachstumsraten als noch vor einem oder zwei Jahrzehnten, weil das Ausgangsniveau höher geworden ist.

Selbst wenn die Arbeitgeberverbände auf die Erfahrungen rückliegender Jahre verweisen, daß nämlich durch ein jahresdurchschnittliches Wachstum von drei Prozent innerhalb dreier Jahre eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden, so bestätigt das im Grunde genommen nur, daß durch Wachstum alleine Arbeitslosigkeit nicht entscheidend zu bekämpfen und schon gar nicht zu beseitigen ist. Denn wir werden erstens kaum jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von drei Prozent haben, noch reichen eine Million zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten, wenn gleichzeitig geburtenstarke Jahrgänge kommen, und durch weitere Rationalisierung auf der anderen Seite Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Hohe Wachstumsraten, wie in den fünfziger und sechziger Jahren, sind aber auch nicht wünschenswert, weil damit zusätzlich Umwelt und Rohstoffe belastet werden.

Die Rezepte der Arbeitgeber und der konservativen Politiker sind daher ungeeignet bzw. reichen nicht aus zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

4. 35-Stunden-Woche – Der richtige und notwendige Schritt

Als einzig wirksam und rasch greifendes Instrument zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Gebiet der Tarifpolitik erweist sich momentan die Durchsetzung umfassender Arbeitszeitverkürzungen für alle Arbeitnehmer. Statt Dauerarbeitslosigkeit für viele Arbeitszeitverkürzung für alle. Die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen ändert nichts daran, daß die Gewerkschaften vom Gesetzgeber beschäftigungspolitische Maßnahmen fordern und eine soziale Kontrolle der Produktivitätsentwicklung durch Gesetze und Tarifverträge durchsetzen wollen.

Die IG Metall hat sich auf tarifpolitischem Gebiet für den Vorrang der 35-Stunden-Woche entschieden, weil sie vom Volumen der Arbeitszeitverkürzung her das meiste bringt, unmittelbar allen Arbeitnehmern zugute kommt und auch langfristig die größeren Humanisierungswirkungen hat. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit fordert die IG Metall vom Gesetzgeber. Um aber ein vergleichbares Volumen wie bei der 35-Stunden-Woche zu erreichen, müßte die Lebensarbeitszeit für den Bereich der Metallindustrie und der Eisen- und Stahlindustrie auf unter 52 Jahre gesenkt werden. Gleichzeitig werden damit die Ursachen steigender Belastung während des ganzen Arbeitslebens, die zum Beispiel zu Frühinvalidität, geringeren Lebenserwartungen und Sterblichkeit führen, nicht bekämpft.

Darum ist die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze durch den Gesetzgeber zwar sinnvoll, die 35-Stunden-Woche als tarifpolitische Zielsetzung aus beschäftigungspolitischen, humanen und sozialen Gründen aber unerlässlich.

Die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche im Jahre 1984 könnte der Gesamtwirtschaft über 1,5 Millionen Arbeitsplätze sichern und schaffen. Die 35-Stunden-Woche verringert das Arbeitsvolumen um 12,5 Prozent. Wir gehen nicht davon aus, daß im gleichen Umfang Beschäftigungswirkungen sichergestellt werden können. Dies entspräche nämlich drei Millionen gesicherten oder geschaffenen Arbeitsplätzen. Aber selbst wenn nur die Hälfte beschäftigungswirksam wird, weil die andere Hälfte durch zusätzliche Produktivitätssteigerungen kompensiert wird, sind das eben immer noch die 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Alle Erfahrungen der Vergangenheit und neuere wissenschaftliche Untersuchungen belegen, daß mit einer Beschäftigungswirkung von 50 Prozent aber sicher gerechnet werden kann. Es ist unbestritten, daß kürzere Arbeitszeit – auch ohne Leistungsverdichtung – „produktiver“ ist.

Die besten Kronzeugen für den Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung sind die Arbeitgeber selbst. Erst vor wenigen Wochen hat der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall festgestellt, daß die Arbeitszeitverkürzungen der sechziger Jahre Ursache dafür waren, daß Millionen ausländische Arbeitnehmer ins Land geholt werden mußten. Wenn damals die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden dazu führte, daß in ihren Heimatländern arbeitslose Arbeitnehmer bei uns Arbeitsplätze gefunden haben, so kann die 35-Stunden-Woche heute dazu führen, daß deutsche und ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ihre Arbeitsplätze gesichert bekommen oder Arbeitsplätze erhalten, sofern sie schon arbeitslos sind.

Die Arbeitgeber wollen demgegenüber mit Arbeitszeitflexibilisierung die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Unter Arbeitszeitflexibilisierung wird entweder verstanden

- Arbeitszeitverkürzung ohne jeglichen Lohnausgleich und
- Abruf der Arbeitskraft nach dem Wasserhahnprinzip.

Beide Lösungsvorschläge sind unsozial und beschäftigungsunwirksam. Teilzeitarbeit (= Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich) können sich Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen von ca. 1850,- DM nicht leisten. Außerdem würde massenhafte Teilzeitarbeit erst recht den von den Arbeitgebern immer als Folge der Arbeitszeitverkürzung unterstellten Trend zu Zweitarbeitsverhältnissen stärken.

Flexible Arbeitszeiten erhöhen nicht die Selbstbestimmung des Arbeitnehmers über sich und seine Arbeitszeit, sondern erhöhen ausschließlich die Verfügungsgewalt des Unternehmens über den Arbeitnehmer. Sie ermöglichen außerdem, daß der Beschäftigtenstand eines Unternehmens weiter gesenkt wird, weil Produktionsspitzen eben durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit aufgefangen werden können.

5. 35-Stunden-Woche – Voller Lohnausgleich – Mehrarbeit

Die Gewerkschaften fordern die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, weil alles andere unsozial und wirtschaftlich unsinnig wäre. Der volle Lohnausgleich wird gefordert, weil Arbeitneh-

mer nicht auf einen Teil ihres Einkommens verzichten können. Er wird aber auch gefordert, weil aufgrund der Arbeitszeitverkürzung Kaufkraft und Nachfrage der Arbeitnehmerhaushalte nicht verringert werden darf. Der „volle Lohnausgleich“ besagt, daß Arbeitnehmer nach Arbeitszeitverkürzung tariflich nicht weniger verdienen als vorher. Das bedeutet bei Angestellten, daß die Monatsgehälter unverändert bleiben. Das verlangt bei Arbeitnehmern, die mit Stundenlohn bezahlt werden, daß der Stundenlohn entsprechend erhöht wird, damit der Wochen- oder Monatslohn unverändert bleibt. Bei der 35-Stunden-Woche bedeutet das eine Erhöhung der Stundenlöhne um 14,3 Prozent. Diese Zahl ist aber nicht zu verwechseln mit der Kostenbelastung, die durch Arbeitszeitverkürzung entsteht. Sie liegt ganz erheblich niedriger (vgl. Punkt 6).

Die IG Metall will mit der 35-Stunden-Woche auch das tatsächliche Arbeitszeitvolumen insgesamt und pro Arbeitnehmer verringern. Wir fordern daher gleichzeitig eine Begrenzung der zulässigen Mehrarbeit durch Tarifverträge und die Verwirklichung eines Freizeitgleichs für unabsehbare Mehrarbeit. Es kann nicht angehen, daß über zwei Millionen Menschen arbeitslos sind und gleichzeitig ca. zwei Milliarden Überstunden, wie im Jahre 1982, geleistet werden, was rechnerisch 1,2 Millionen Arbeitsplätzen entspricht.

Das ist das Rezept der Arbeitgeber: Mit steigender Arbeitslosigkeit wird das Vollbeschäftigungsziel immer weiter nach unten definiert. Das ist allerdings ebenfalls ein Weg, um Arbeitslosigkeit zumindest definitorisch zu beseitigen.

6. Scheinargumente der Arbeitgeber gegen Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitgeber führen als angebliche Sachargumente die Kostenbelastung, die Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und den verstärkten Rationalisierungsdruck an. Bei der Kostenbelastung, die die Arbeitgeber gleichsetzen mit den Prozenten des Lohnausgleichs, ist folgendes festzustellen: Die 35-Stunden-Woche verursacht nur in dem Maße eine zusätzliche betriebliche Kostenbelastung, wie zur Herstellung der gleichen Produktion Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit ist daher zu schließen, daß sich durch die 35-Stunden-Woche die betriebliche Lohnsumme um etwa 6,25 Prozent erhöht.

Arbeitszeitverkürzungen werden außerdem nicht getrennt von Lohn- und Gehaltsverhandlungen geführt. Es ist daher zu erwarten, daß zumindest im Ergebnis die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche auch zu geringeren Lohn- und Gehaltssteigerungen führt, als es ohne 35-Stunden-Woche der Fall gewesen wäre. Auch von daher ergeben sich für die Unternehmer keine zusätzlichen Kostenbelastungen.

Vor allem aber muß gesehen werden, daß die Arbeitslosigkeit enorme Kostenbelastungen darstellt; nicht nur für die Gesamtwirtschaft, sondern für den einzelnen Arbeitnehmer und für den einzelnen Betrieb. 2,2 Millionen Arbeitslose, das verursacht den öffentlichen Haushalten Kosten – durch Ausgaben und Einnahmeausfälle – in der Höhe von 55 bis 60 Milliarden DM. Durch Beiträge zur Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung und durch entsprechend hohe Steuern muß dies wiederum von Arbeitnehmern und Betrieben erbracht werden. 1,5 Millionen Arbeitslose weniger – das entlastet die öffentlichen Haushalte um 36 Milliarden DM. Statt höhere Beiträge eine Verkürzung der Arbeitszeit, kann hier die Devisen lauten.

Eine Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch kürzere Arbeitszeit wird ebenfalls durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt. Der Exportüberschuß der deutschen Metallindustrie zum Beispiel steigt von Jahr zu Jahr. Der Anteil der deutschen Industrie an der Weltwirtschaft ist nicht geringer geworden, die Weltwirtschaft steht unter größeren Belastungen. Dies aber ist nicht auf die zu hohen Lohn-, Gehalts- und Arbeitskosten in der Bundesrepublik, sondern zuallererst auf die hohen Zinsen zurückzuführen. Sie werden verursacht, z. B. durch wahnwitzige Verschuldung des US-Haushalts und durch Rüstungsausgaben.

Außerdem ist die Bundesrepublik bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht Vorreiter, sondern hat entsprechenden Nachholbedarf.

Und schließlich würden relative Lohnkostenvorteile gegenüber anderen Industrieländern, z. B. Frankreich, Großbritannien, Italien etc. bei freien Wechselkursen umgehend durch eine höhere Bewertung der DM wieder zunichte gemacht, wie heute der entscheidende Grund für die japanischen Wettbewerbsvorteile eine politische Unterbewertung des Yen ist.

Schließlich war und ist Arbeitszeitverkürzung nie die Ursache von Rationalisierungsprozessen gewesen, sondern immer die notwendige Folge.

7. Der Widerstand der Arbeitgeber gegen eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist letzten Endes nicht rational begründet und zu begründen. Die Arbeitgeber lehnen Arbeitszeitverkürzung vielmehr aus den Gründen ab, derentwegen die Arbeitnehmer Arbeitszeitverkürzung wollen. Die Arbeitgeber haben kein Interesse an einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, an einer entscheidenden menschengerechten Gestaltung des Arbeitslebens und an mehr frei verfügbarer Zeit der Arbeitnehmer, z. B. auch für soziale politische Betätigung. Dies macht die Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, weil die Verkürzung der Arbeitszeit immer auch die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die arbeitenden Menschen eingeschränkt hat und weiterhin einschränken soll. Dem haben die Unternehmer auch in der Vergangenheit erbitterten Widerstand geleistet. Letzten Endes führt aber im Rahmen der industriellen Entwicklung kein Weg an kürzerer Arbeitszeit vorbei, wenn es nicht zur sozialen und politischen Katastrophe kommen soll.

Die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeitverkürzung letzten Endes aus politischen Gründen nicht, gerade deshalb, weil sie die Wirkungen befürchten, die die IG Metall damit anstreben will. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so hat ihn die Tagung des „Zentralverbandes der Elektroindustrie“ geliefert und die dort gehaltene Rede des Hauptgeschäftsführers dieses Verbandes, Herrn Schied. Dort wird Vollbeschäftigung dann definiert, wenn eben 95 bis 96 Prozent der Erwerbspersonen Arbeit haben. Und so wird es auch von der sicher nicht gewerkschaftsfreundlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wiedergegeben: Mit einer Arbeitslosigkeit von vier bis fünf Prozent, von einer Million bis 1,3 Millionen, muß gerechnet werden! Dieser Zustand ist normal und wird nun in Zukunft als Vollbeschäftigung definiert. Um diese Vollbeschäftigung zu erreichen, reichen dann – so der Arbeitgebervertreter – entsprechend niedrigere Wachstumsraten.

Beschlüsse der ÖTV zur Arbeitszeitverkürzung

Im Vorfeld des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) vom 17. bis 23. Juni in München fanden im Laufe des Februars die Bezirksdelegiertenkonferenzen sowie Ende Februar die Bundesjugendkonferenz statt. Einer der Schwerpunkte war die Arbeitszeitverkürzung. Dazu wurden Beschlüsse gefaßt. Einige von ihnen dokumentieren wir nachfolgend:

ÖTV-Bundesjugendkonferenz

Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (A 62)

Die Bundesjugendkonferenz spricht sich im Zusammenhang mit der Diskussion über Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit für die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich aus. Dieser Form der Arbeitszeitverkürzung billigt die Bundesjugendkonferenz den höchsten Stellenwert zu, verglichen mit allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Die Bundesjugendkonferenz lehnt Konzepte der „Arbeitszeitflexibilität“ wie z. B. Job-Sharing und den Ausbau der Teilzeitarbeitsplätze als arbeitnehmerfeindlich ab. Langfristig muß das „Bedürfnis“ nach Teilzeitarbeit aus familiären Gründen durch die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs, durch mehr Kinderkrippenplätze, Kindertagesstätten, Kindergärten usw. überflüssig werden.

Die beschäftigungspolitische Wirksamkeit und die psychische und physische Entlastung der Lohnabhängigen durch die Einführung der 35-Stunden-Woche hängt ab von ihrer Einbindung in ein Gesamtkonzept zur Überwindung der ökonomischen Krise und der Massenarbeitslosigkeit. Dieses Gesamtkonzept muß umfassen:

- Beschäftigungspolitische Maßnahmen des Staates durch Ausdehnung der öffentlichen Investitionen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen wie Umwelt, Energie (Fernwärme), öffentlicher Personennahverkehr und

- sozialer Wohnungsbau;

- sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich;

- Erhöhung der Mindesteinkommen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der einkommensschwachen Teile der Bevölkerung und zur Ausdehnung der Massenkaukraft;

- Erweiterung der Rechte der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften zur Beeinflussung von Investitionen, Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen als Schranken gegen die von Kapitalseite und Staatsseite zu erwartenden Versuche, die Wirkungen der 35-Stunden-Woche durch Arbeitsintensivierung und verstärkte Rationalisierung negativ zu beeinflussen;

- um zu verhindern, daß die Arbeitszeitverkürzung von den Arbeitgebern mit zusätzlicher Rationalisierung und weiterer Intensivierung der Arbeit beantwortet wird, ist eine Kampagne zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erforderlich. Diese muß ihr Zentrum in den Betrieben haben, um dort Neueinstellungen durchzusetzen. Sinnvoll wären betriebliche Arbeitskreise von Beschäftigten, Betriebs-/Personalräten, Vertrauensleuten, die entsprechende betriebliche Konzepte entwickeln und mit gewerkschaftlichen Mitteln durchsetzen.

- Eine zeitliche Verlängerung der Ausbildungsdauer ist bei der Einführung der 35-Stunden-Woche zu verhindern;

- hierzu gehören weitgehende Eingriffe in die Investitionsautonomie der Unternehmen bis hin zur Vergesellschaftung von wirtschaftlich wichtigen Bereichen im Sinne einer wirklichen Selbstbestimmung der Arbeitnehmer.

- Um die Diskussion der 35-Stunden-Woche innerhalb der ÖTV offensiv voranzutreiben, muß baldmöglichst Informationsmaterial zur Argumentation für Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte geschaffen werden. Zusätzlich muß die 35-Stunden-Woche Thema von Personal- und Jugendversammlungen sein, damit die dringend nötige Meinungsbildung bei allen Lohnabhängigen hergestellt und forciert wird.

Aus den genannten Gründen muß außerdem auf jeder Schulung der ÖTV dieses Thema diskutiert werden, denn nur so kann das Versäumnis in der bisherigen Diskussion um Arbeitszeitverkürzung für die Zukunft aufgefangen werden. Die Reaktionen der Arbeitgeber machen deutlich, daß wir mit deren härtesten Widerstand rechnen müssen. Die Arbeitgeber lehnen die 35-Stunden-Woche bei vollem (Real-)Lohnausgleich nicht nur ab, weil sie ihre Profite schmälert, sondern zielen politisch auch auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. Sie wissen, daß es wesentlich von dem Ausgang der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche abhängt, ob sie ihre sozialreaktionären Pläne verwirklichen können und haben deshalb eine geschlossene Front hergestellt. Die 35-Stunden-Woche wird nur dann erreichbar sein, wenn alle gewerkschaftlichen Kräfte gemeinsam und konzentriert für ihre Durchsetzung kämpfen. Nur mit der offensiven Vertretung eines wirtschaftlichen Alternativkonzepts können Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau überwunden werden.

ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen

Arbeitszeitverkürzung (A 27)

Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist ein zentrales gewerkschaftliches Thema für das Jahr 1984. Alle Formen, die zu Verkürzung der Arbeitszeit beitragen, sind zu nutzen. Tarifpolitische Priorität hat dabei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich und entsprechender Ausweitung der Stellen. Die Verkürzung der Arbeitszeit führt zu mehr Freizeit für Arbeitnehmer und ist eine Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Weniger Arbeit, bei einer Arbeitszeitverkürzung, führt zu mehr Erholung für Arbeitnehmer und ist ein echter Beitrag zur Humanisierung der Arbeit. Arbeitnehmer erhalten so auch mehr Zeit für ein gesellschaftliches und gewerkschaftliches Engagement.

Ein Mittel zur Bekämpfung der derzeitigen Massenarbeitslosigkeit kann die Arbeitszeitverkürzung sein. Eine Verkürzung der Arbeitszeit kann dazu beitragen, daß die Arbeit auf mehr Arbeitnehmer verteilt wird. Arbeitslose können so wieder Arbeitsplätze erhalten. Die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen durch die Gewerkschaft wird nach der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit wieder leichter möglich sein. Die Arbeitszeitverkürzung in unserem Sinn wird sicherlich nicht nur durch Verhandlungen erreicht werden können.

Die Arbeitszeitverkürzung ist mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen. Geschlossenes Handeln der Gesamtorganisation, gerade im öffentlichen Dienst, ist deshalb zwingend und muß von allen Führungsorganen hergestellt werden. Die Mitgliedschaft ist in jeder Phase der Verhandlung und der Durchsetzung voll einzubeziehen. Nur so kann eine notfalls erforderliche Mobilisierung erreicht werden.

Im Rahmen der Auseinandersetzung zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einzubeziehen. Es kann nicht hingenommen werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit lediglich zu einer größeren Arbeitsanforderung für die Arbeitnehmer führt. Es sind daher alle gewerkschaftlichen und tariflichen Mittel zu nutzen, um Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu bringen. Gerade im öffentlichen Dienst ist es wichtig, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Dienstleistungen erhalten und ausgebaut werden und auch Privatisierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden.

Im Interesse der Arbeitnehmer kann einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich oder mit Rentenabschlägen keinesfalls zugestimmt werden. Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren Reallohnverluste hinnehmen müssen. Eine Absenkung ihres Einkommens oder im Rentenfall ihrer Rente, führt zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Jede Form der Arbeitszeitverkürzung muß deshalb den Einkommensausgleich mit beinhalten. Ohne die gleichwertigen flankierenden Maßnahmen und Forderungen verliert die Arbeitszeitverkürzung ihre Wirkung.

ÖTV-Bezirkskonferenz NRW II

Solidarität im Kampf um die 35-Stunden-Woche (IA 14)

Gegenwärtig stehen fünf Einzelgewerkschaften des DGB im Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie treffen mit ihrer Forderung auf den geschlossenen Widerstand sowohl der Unternehmerverbände als auch der konservativ-liberalen Bundesregierung. Schon heute zeichnet sich für die nächsten Monate eine Auseinandersetzung ab, die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von zentraler Bedeutung sein wird und die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten für dieses Jahrzehnt prägen kann. Es geht nicht um die Frage, welche Form der Arbeitszeitverkürzung mehr Arbeitsplätze sichert oder neue schafft. Unternehmerverbände und Bundesregierung haben ein weiterreichendes Ziel.

Sie wollen der Gewerkschaftsbewegung eine historische Niederlage bereiten, um so erfolgreicher in Zukunft ihre Wendepolitik durchsetzen zu können. Aus diesem Grunde ist die konkrete Solidarität aller DGB-Gewerkschaften eine dringende Notwendigkeit.

Die ÖTV-Bezirkskonferenz fordert daher alle Gliederungen der Organisation zu verstärkter Solidarität auf. Formen dieser Solidarität können sein:

- Finanzielle Zuwendungen am Ort, um die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften zu unterstützen;

- gemeinsame Informationsstände unter Teilnahme zahlreicher ÖTV-Mitglieder;

- Solidaritätssammlungen in den Betrieben und Verwaltungen;

- Einladungen an Vertreter der fünf Gewerkschaften zu Gremiensitzungen der ÖTV bzw. zu Solidaritätsveranstaltungen in den Betrieben und Verwaltungen;

- Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen zur Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen der fünf Gewerkschaften bzw. des DGB.

Die Bezirkskonferenz fordert den Bezirksvorstand auf, zur Unterstützung der Solidaritätsaktionen eigene Flugblätter herauszugeben, um unabhängig von den zukünftigen Forderungen der ÖTV die große gesellschaftspolitische Bedeutung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche zu verdeutlichen. Die Bezirkskonferenz fordert den Hauptvorstand auf, ähnlich wie beim Stahlarbeiterstreik 1978/79 spätestens nach Massenaussperrungen der Unternehmerverbände zu bundesweiten Solidaritätsaktionen auch während der Arbeitszeit aufzurufen.

Beschlüsse von Konferenzen der IG Chemie-Papier-Keramik

In Dortmund fand vom 23. bis 25. Februar 1984 die 10. Bundesfrauenkonferenz und in Hannover vom 8. bis 10. März 1984 die 11. Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik statt. Hier eine Auswahl von Beschlüssen (Beschlüsse der Bundesjugendkonferenz bringen wir im Mai-Heft; siehe die Berichte im März-Heft und in dieser Ausgabe):

Bundesfrauenkonferenz

Förderung von Kolleginnen (A 1)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, alles zu tun, Kolleginnen in der Organisation zu fördern. Dazu gehört insbesondere, daß die Anzahl der weiblichen Sekretäre erheblich gesteigert wird. Außerdem müssen den weiblichen Sekretären mehr Aufstiegschancen innerhalb der Organisation eröffnet werden, auch in nicht frauenspezifischen Bereichen. Dazu ist es erforderlich, freie Sekretärstellen innerhalb der IG Chemie-Papier-Keramik in allen Bezirken und Verwaltungsstellen bekanntzugeben.

Abwehr des sozialen Kahlschlages (A 7)

Die Delegierten der 10. Bundesfrauenkonferenz fordern den Hauptvorstand auf, die Aufklärungs- und Informationsaktivitäten innerhalb und außerhalb der IG Chemie über die mittel- und langfristigen Folgen des sozialen Kahlschlages und der Verwirklichung einer konservativen Gesellschaftspolitik zu intensivieren. Mitgliedern und Öffentlichkeit muß offenkundig werden, daß

- die Konsolidierung des Staatshaushaltes auf dem Rücken der Arbeitnehmer und ihrer Familien vorgenommen wird,

- eine Umverteilung von unten nach oben erfolgt,

- der soziale Friede gefährdet ist.

Vorrangig ist dabei auf die beabsichtigten bzw. schon verwirklichten

- Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich,

- der Rentengesetzgebung,

- den Eingriffen in die Tarifautonomie,

- der restriktiven Finanzpolitik im Bildungsbereich einzugehen.

Aber auch zu den drängenden Fragen wie Ausländerpolitik und Veränderung des Demonstrationsrechtes ist der Hauptvorstand bzw. die Gesamtorganisation gefordert, eine Position, die den Arbeitnehmerinteressen entspricht, zu formulieren und soweit schon geschehen, sie noch nachhaltiger als bisher zu vertreten bzw. zu propagieren.

Kürzung Mutterschaftsurlaubsgeld (A 17)

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik und die Hauptabteilung Frauen werden aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, daß die Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes unverzüglich zurückgenommen wird.

Fortbestehen des Nachtarbeitsverbots (A 32)

Alle verantwortlichen Gremien werden aufgefordert, sich mit aller Macht und Entschiedenheit für den Fortbestand des Nachtarbeitsverbots für Frauen (§ 19 AZO) einzusetzen.

Bundesangestelltenkonferenz

Personalplanung, Datenschutz (A 9)

In Fortschreibung des Antrages Nr. 228 vom 11. ordentlichen Gewerkschaftstag sollte der Hauptvorstand folgende Forderung mit Nachdruck verfolgen:

1. Mitbestimmung des Betriebsrates und der Betroffenen bei der Datenerhebung von personalbezogenen Daten.

2. Mitbestimmung des Betriebsrates und der Betroffenen beim Datenaustausch mit internen und externen Stellen.

3. Zugriffs- und Kontrollrechte des Betriebsrates auf personenbezogene Datenverarbeitung im Betrieb. Zwang der Offenlegung der betrieblichen Datenströme.

4. Ausschluß der Speicherung und Verarbeitung bestimmter sensibler personenbezogener Daten.

5. Definition von zeitlich begrenzten Daten.

6. Zwang zur kostenlosen schriftlichen Information des Arbeitgebers über alle gespeicherten Daten im Betrieb in regelmäßigen Abständen an die Betroffenen.

7. Bestellung des Datenschutzbeauftragten unter Mitbestimmung des Betriebsrates.

8. Verschärfte Strafbestimmungen bei Datenmißbrauch, wobei die Beweispflicht bei der speichernden Stelle liegt.

Berufsverbote in der Bundesrepublik berühren Frankreichs Gewerkschafter

Interview mit Jacques Tregaro,
Leiter der Europa-Abteilung der CGT

Wie wir bereits in der Märzausgabe berichteten, fand am 4. und 5. Februar in Böblingen eine Konferenz „Stoppt den Abbau der Demokratie“ statt. Unter den 52 Gästen aus dem Ausland war auch eine Delegation der größten französischen Gewerkschaft, CGT. Mit Jacques Tregaro, Leiter der Europa-Abteilung der CGT und Mitglied der Sozialistischen Partei, machte unsere Redakteurin Gisela Mayer folgendes Interview:

NACHRICHTEN: Sie haben an der internationalen Konferenz gegen den Abbau der Demokratie und gegen die Berufsverbote teilgenommen. Können Sie uns etwas über die Gründe des Engagements der CGT sagen?

Jacques Tregaro: Wir haben die Arbeiten der Konferenz aufmerksam verfolgt, denn was in der Bundesrepublik vor sich geht, betrifft uns alle. Die CGT hat schon immer für Freiheit und Demokratie gekämpft. Dieser Kampf steht im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten, denn er bedingt jeden sozialen Fortschritt. Ohne Gewerkschaftsrechte, ohne Freiheit kann der Mensch nicht verantwortlich sein und würdig leben.

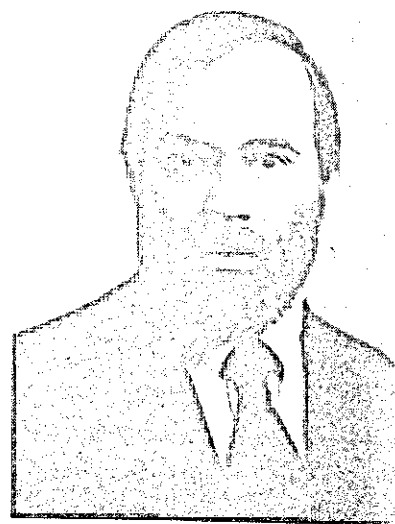
Wir sind also solidarisch mit jenen, die diesen Kampf führen, es ist die Interessengemeinschaft der Arbeiter und intellektuell Tätigen, die uns vereint mit unseren Freunden und Kollegen, die heute gegen die Angriffe auf Demokratie und Freiheit kämpfen. Wir fühlen uns dieser Klasse zugehörig. Die Grenzen, die Unterschiede, die es geben kann, können nicht dazu führen, daß wir uns gegenseitig ignorieren. Im Gegenteil, sie rufen uns auf zu mehr Toleranz, mehr Aufmerksamkeit, zu Respekt und zum Recht auf den Unterschied. Sind das nicht die ersten Voraussetzungen zum Ausdruck von Freiheit und Demokratie?

Doch über diese Solidarität hinaus, weil wir doch Brüder im selben Kampf sind, ist unsere Teilnahme an dieser Konferenz noch durch andere Aspekte gerechtfertigt: Die Geschichte hat uns gelehrt, wenn wir es erlauben, daß solche antidemokratischen Praktiken fortgesetzt werden und sich verbreiten, ohne daß wir handeln, so bedeutet das, zu erlauben, daß sich ein noch breiterer Prozeß entwickelt, der eines Tages dazu führt, daß wir alle zu Opfern werden.

Es ist eine Tatsache, daß in Frankreich die Rechtskräfte ihr Interesse für gewisse Maßnahmen und Praktiken in der BRD nicht verbergen. Übrigens, ein Abgeordneter dieser revanchistischen Rechten, der es nicht dulden will, daß die Linke unser Land regiert, hat an die Regierung das Ansinnen gestellt, in Frankreich doch die Berufsverbote einzuführen. Die Antwort darauf war klar und eindeutig: „Das ist nicht möglich.“

Aber diese Haltung der Kräfte des Kapitals kann uns nicht unberührt lassen. Wachsamkeit ist geboten, die Errungenschaften müssen verteidigt und die neuen Rechte erweitert werden. Unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen, bedeutet deshalb auch, uns selbst zu verteidigen. Mit der Linksinregierung in Frankreich haben wir neue Rechte gewonnen, die die Gesetzgebung verstärken und komplettieren, und die mehr Gewerkschaftsfreiheiten und -rechte für die Lohnabhängigen in den Betrieben bringen. Das ist wichtig. Frankreich hat auch jetzt ein neues allgemeines Statut für die Staatsbeamten und jene der territorialen Einrichtungen. Es garantiert die Meinungsfreiheit, verbietet jedes Disziplinarverfahren gegen seine Beamten aus gewerkschaftlichen oder politischen Gründen. Das Recht auf Meinungs- und Organisationsfreiheit der Beamten ist damit anerkannt, und ihr Streikrecht wird garantiert.

All diese Fortschritte müssen heute noch besser von der Arbeiterschaft in Frankreich genutzt werden. Die CGT gibt dafür Impulse.



Gegen diesen Fortschritt stehen das Unternehmertum und die Rechtskräfte, die einen intensiven ideologischen Kampf führen. Sie versuchen, Unsicherheit zu erzeugen, indem sie vom Totalitarismus der Linken und der Gewerkschaften reden, die einen Angriff auf die Freiheiten führten, weil die Reichen ein bißchen von ihren Privilegien verlieren.

Diese Kampagnen verbreiten Verwirrung, trotz unserer Argumentation und unserer Erklärung. Hinzu kommen die Maßnahmen, die von den Gemeinden ergriffen werden, die bei den letzten Wahlen in die Hände der Rechten gefallen sind. Hier geht es um eine wahre Hexenjagd gegen das Gemeindepersonal, unter dem versteckten Vorwand, daß dieses Personal unter dem vorherigen linken Gemeinderat eingesetzt wurde und somit eine Gefahr für die Verwaltung der Rechten bedeute. Wie Sie sehen, ist die französische Rechte nicht anders, und die Praktiken der BRD machen Schule. Wir müssen also kämpfen. Um zu sagen, wir sind zu dieser Konferenz nicht nur aus simpler Solidarität gekommen, sondern auch, weil wir denselben Kampf für die Freiheit, die Demokratie und den Frieden zu führen haben.

NACHRICHTEN: Wie wird sich die zukünftige Solidarität der CGT mit den Opfern der Berufsverbote in der BRD entwickeln?

Jacques Tregaro: Die CGT hat auf dieser Konferenz öffentlich ihren Willen unterstrichen, ihre Solidarität mit den Opfern der Berufsverbote noch zu erweitern und zu intensivieren. Dieses Engagement halten wir aus denselben Gründen, die uns nach Böblingen geführt haben, für notwendig. Wir müssen noch mehr informieren und diese unerträglichen Angriffe auf die Meinungsfreiheit bekanntmachen. Die Vorwände, die diese Prozesse gegen Kommunisten, Gewerkschafter, Friedenskämpfer, Sozialdemokraten rechtfertigen sollen, würden, wenn sie noch besser bekannt wären, die Empörung der französischen Lohnabhängigen hervorrufen und das wahre Gesicht der Verantwortlichen zeigen, zumal die Maßnahmen an eine noch zu nahe Vergangenheit erinnern.

Bei unserer Informationsarbeit werden wir auch zeigen, daß sich eine breite Bewegung der Lohnabhängigen, der Intellektuellen entwickelt, daß die Solidarität mit den Opfern größer wird und daß es möglich ist, Erfolge zu erzielen.

Diese breite Popularisierung im Zusammenhang mit unserer eigenen Aktivität in Frankreich für die neuen Rechte, wird eine noch größere Solidarität bringen. Und wir können sagen, daß die CGT, ihre Industriegewerkschaften, insbesondere die des öffentlichen Dienstes, die übrigens auf der Konferenz vertreten waren — alles Notwendige tun werden, daß bei Prozessen Protestschreiben, Telegramme, Unterschriften in großer Anzahl den Instanzen der BRD zugehen, um diese Angriffe auf die Freiheiten anzuklagen und die Einstellung aller Verfolgungen sowie die Wiedergutmachung für die Opfer zu fordern.

NACHRICHTEN: Eine Frage zu einem anderen Problem: Die Zusammenarbeit zwischen der CGT und dem DGB ist gleich Null. Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit und in welchen Bereichen sehen Sie?

Jacques Tregaro: Sie berühren hier eine wichtige Frage, die in dem Bereich der Interessen der Werktätigen beider Länder steht. Es stimmt, daß der DGB und die CGT die Organisationen sind, die die Lohnabhängigen in der BRD und in Frankreich am repräsentativsten vertreten. Wir spielen, die eine wie die andere Organisation, eine bedeutende Rolle im Wirtschafts- und Sozialbereich. Wir haben, die eine wie die andere Seite, eine große Kampftradition mit unterschiedlichen Erfahrungen, aber jede unserer Organisationen verfolgt aufmerksam, was bei der anderen geschieht. Also sind wir der Auffassung, daß das Fehlen von Beziehungen zwischen unseren nationalen Gewerkschaftszentralen nachteilig ist für einen fruchtbaren Austausch, für die Lösung von Problemen, die die Arbeiterschaft unserer Länder, aber auch Europas, betrifft.

Gewiß, einige Industriegewerkschaften, Regionalgewerkschaften, selbst einige Betriebe entwickeln sehr bereichernde Kontakte. Wir sind der Auffassung, daß das gut so ist, und wir sind dafür und lassen es unsere Organisationen wissen, daß wir für die Fortführung und die Erweiterung dieser Kontakte sind, nicht um sich in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten einzumischen, sondern um die Realitäten besser kennenzulernen und die Freundschaft zwischen den Werktätigen zu entwickeln, Freundschaft, die ja die Basis selbst ist für eine bessere Zusammenarbeit auf den Gebieten, die uns gemeinsam berühren.

Wenn man die Forderungen unserer beider Gewerkschaften betrachtet, kommt man nicht umhin, festzustellen, daß es auf zahlreichen Gebieten einen Gleichklang gibt. Zur Stunde, da die Internationalisierung der Produktion intensiviert wird und die internationalen Konzerne ihre Strategien durchsetzen wollen, ohne Rücksicht auf die Beschäftigten, da die reaktionären Kräfte versuchen, ihre Schläge gegen die Gewerkschaften und die Demokratie zu lenken, da Europa eine 27-jährige Orientierung zu Gunsten der Monopole kennt, die zur Krise mit all den Risiken einer Weltkonfrontation und zu einer Verschärfung des Rüstungswettlaufs geführt hat, sind wir mehr denn je der Auffassung, daß die Einheit der Gewerkschaften in Europa und in der Welt notwendig ist.

Zu all diesen Themen haben wir eine gemeinsame Einstellung, abgesehen von Nuancen bei der Einschätzung und in bezug auf die Lösungen, um aus den heutigen Schwierigkeiten herauszukommen, die es ohne Zweifel gibt. Aber wir meinen, daß jede Diskriminierung, jede Ablehnung der Auffassungen des anderen in die Sackgasse führen und es nicht erlaubt, eine Gegenkraft herzustellen, die auf der Höhe der Aufgaben steht. Wir müssen zusammenarbeiten, ohne unsere jeweiligen Orientierungen anzugreifen. Die deutschen und französischen Werktätigen haben das Anliegen nach Einheit, nach Solidarität, denn sie wissen, daß der Erfolg ihrer Kämpfe von ihnen abhängt.

Die neue politische Lage in Frankreich bietet noch größere Möglichkeiten für die Gewerkschaftszusammenarbeit. Ich denke dabei insbesondere an die neuen Rechte, die wir in den Betrieben errungen haben, besonders in den nationalisierten Betrieben. Diese haben Filialen in der BRD. Die Frage ergibt sich: Was können wir gemeinsam unternehmen, damit sich diese Gesellschaften nicht wie gewöhnliche Multis verhalten? Die Beschäftigungslage unserer beiden Länder ist eine entscheidende Frage. Aussichten auf Lösungen sehen wir gemeinsam in der 35-Stunden-Woche, einem Wachstum an qualifizierten Arbeitsplätzen, verbunden mit einer Berufsausbildung, die es erlaubt, unter guten Bedingungen neue Technologien anzuwenden. Die Verschärfung der internationalen Spannungen, die Aufstellung der neuen Atomraketen in Europa verstärken die Gefahr für den Frieden. In diesem Bereich hat die Mobilisierung der Lohnabhängigen der BRD unsere volle Unterstützung, und wir glauben an die Einheit der Friedenskräfte, die wir repräsentieren, um zu handeln und die Entspannung, die friedliche Koexistenz, um die gemeinsame und kontrollierbare Abrüstung in Europa zu erreichen.

Über diese und andere Fragen, so meinen wir, könnte eine Gewerkschaftszusammenarbeit zustande kommen. Dies setzt jedoch voraus, daß wir unabhängig von unseren ideologischen Auffassungen nur das Interesse der Werktätigen sehen. Das bedarf — und wir glauben stark daran, daß die Werktätigen, die aktiven Gewerkschafter Frankreichs und der BRD eingreifen — des Abbaus von Engstirnigkeit und Vorurteilen.

NACHRICHTEN: Wie steht es mit der Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten eines Konzerns, der Betriebe in Frankreich bzw. in der BRD hat?

Jacques Tregaro: Ich glaube, ich habe schon zum Teil auf diese Frage geantwortet. Die betrieblichen Organisations- und Repräsentationsstrukturen der Lohnabhängigen sind verschieden von einem Land zum anderen. Hinzu kommt, daß in unserem Land der Gewerkschaftspluralismus eine Tatsache ist, die wir bedauern, denn die Spaltung geht nur zu Gunsten der Kapitalisten. Ausgehend von der Situation von den Interessen der Werktätigen, eine gemeinsame Front gegen die Multis zu schaffen, haben wir die Absicht, alles zu tun für die Entwicklung des Austausches zwischen den Repräsentanten der Beschäftigten einer selben Gruppe.

In diesem Bereich, wie auf allen Ebenen der Gewerkschaftsarbeit, gibt es Möglichkeiten des Zusammenwirkens. Die Wirksamkeit verlangt auch hier einen Austausch und einen breiten Gewerkschaftsdialog. Daher müssen die Interessen der Werktätigen an erster Stelle stehen. Bei der CGT werden wir unsere Anstrengungen nicht vermindern, damit die Konsultierung, die Gewerkschaftszusammenarbeit ein andauernder Bestandteil unserer Aktivität ist, so nahe wie möglich bei den Werktätigen, damit sie selbst die Akteure dieser Einheit sind.

„Doppelverdiener“ – kein neues Wort

Unter der Überschrift „Mit der Verunglimpfung als ‚Doppelverdiener‘ will man die Frauen aus den Betrieben drängen“, veröffentlichte die Zeitung der IG Druck und Papier in ihrer Nr. 3 vom 30. Januar 1984 einen Artikel der Bundesfrauensekretärin Gisela Kessler über die Verunglimpfung der berufstätigen Frauen als Doppelverdiener. Nachfolgend veröffentlichten wir den Teil des Artikels, der anhand von Fakten nachweist, daß der Begriff des Doppelverdieners so neu nicht ist, sondern in Krisenzeiten neu aufpoliert wurde und wird.

Nun endlich liegt er auf dem Tisch: der konkrete Vorschlag zur Bereinigung der Krisenauswirkung auf dem Arbeitsmarkt. Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel, CDU, möchte am liebsten „ab sofort“ verhindern, daß beide Ehepartner im öffentlichen Dienst arbeiten. Da ist sie wieder, die fatale Parole „Doppelverdiener raus“, denn „Frauen nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg“ — „sie arbeiten eh nur für den Luxus“ — „sind schuld am Zerfall der Familie und am Geburtenrückgang“ usw. usf. Eigentlich im Grunde nichts Neues. Die Parole von den angeblichen Doppelverdienern hat eine lange, in Krisenzeiten immer und immer wieder neu aufpolierte Geschichte.

Schon der Reichsarbeitsminister Braun erwartete mit Schreiben vom 18. November 1923 an die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände: „Ich bitte ... in erster Linie jedenfalls bei Neueinstellungen Doppelverdiener tunlichst zu vermeiden. Soweit Doppelverdiener aber bereits beschäftigt sind, bitte ich, sie insoweit durch Erwerbslose zu ersetzen, als sie nach den Betriebsverhältnissen und unter Vermeidung ungerechtfertigter Härten im Einzelfall möglich ist ...“

Und dann in der finstersten Zeit deutscher Geschichte. Als die Nazis in der Zeit von 1933 bis 1938 ihre Herrschaft errichteten, „schufen“ sie Arbeitsplätze dadurch, daß sie unter anderem harte Maßnahmen steuerlicher Art gegen das „Doppelverdienerum“ ergriffen, die die Berufsarbeit für viele Frauen sinnlos werden ließ. Als sie später für die Rüstungsindustrie jede Arbeitskraft brauchten, wurden diese Maßnahmen wieder rückgängig gemacht, und auch das Schimpfwort „Doppelverdiener“ verschwand aus dem Sprachgebrauch, um sodann dem verdächtigen Lob der arbeitenden Frauen — die jetzt Granaten drehen durften — zu weichen.

Nun weiß freilich Herr Rommel, daß sein in die breite Öffentlichkeit

posaunter Vorschlag verfassungswidrig ist. Das gibt er selbst zu. Aber darum geht es auch gar nicht. Es geht darum, das Klima gegen die berufstätigen Frauen zu verschärfen. Sie sollen ihren männlichen Kollegen gegenüber als Konkurrenz um die Arbeitsplätze erscheinen. Sie sollen wieder einmal zurück an den Herd. Ihre Schuldgefühle als doppelt belastete (doch nicht doppelt verdienende – wo denn, bei der anhaltenden Lohndiskriminierung?) berufstätige Ehefrauen und Mütter sollen geschürt werden. Sie sollen kampfflos, ohne jede Gegenwehr, auf ihre Arbeitsplätze und die Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit verzichten. Der Kampf um das Menschenrecht auf Arbeit soll wieder einmal gespalten werden. Der Boden für dieses Klima ist längst vorbereitet.

● Im Siemens-Schaltwerk Frankfurt wird eine Arbeiterin zur Personalabteilung gerufen. „Ihr Mann arbeitet doch auch hier“, bekam sie zu hören, „und der ist doch eigentlich der Ernährer der Familie.“

● Bei den Arbeitsämtern werden Frauen einfach als „dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehend“ aus den Arbeitslosenlisten gestrichen. Weil sie Kinder zu versorgen haben. Oder weil angeblich nur Arbeit da ist, wenn sie wegziehen. Oder weil sie ganz einfach bei ihrem Partner bleiben wollen, der am Ort noch Arbeit hat.

● Wenn in den Betrieben über Entlassungslisten gebrütet wird, dann sind es ganz zuerst die verheirateten Frauen, die zur „Disposition“ stehen.

Betriebsräte werden in die „Sozialauswahl“ gezwungen, gerade ihnen soll diese böse Formel von den „Doppelverdienern“ suggeriert werden.

● In Baden-Württemberg hat der Kultusminister vor einiger Zeit verheiratete Lehrerinnen aufgefordert, doch zugunsten von arbeitslosen Lehrern Verzicht auf ihren Beruf zu üben.

● In Bonn beschwören die Politiker wieder ein Familienbild aus der Mottenkiste, mit der Frau am häuslichen Herd und dem Mann im feindlichen Berufsleben.

Allen voran der heutige Arbeitsminister Blüm mit seinen Thesen von der „sanften Macht der Familie“. Man höre im Originalton: „Aus der Familienwelt können mehr Impulse für die Befreiung der Arbeit ausgehen als von allen gesellschaftlichen Aktivitäten.“ Dem liegt ein Verständnis von Mütterlichkeit zugrunde, das geschickt an positive Werte wie Güte, Zärtlichkeit und Sorge anknüpft – diese aber schnurstracks mit „Idealen“ wie Selbstaufgabe, Verzicht, Sparsamkeit und Aufgeben der Berufsarbeit verbindet.

● Auf der Universität in Dortmund wurde (und wird sicher noch) in Vorlesungen „Abteilung Maschinenbau“ gesagt: „Da die inneren Gesetze der Maschinen und Werkzeuge der Frau grundsätzlich fremd sind und sie an Maschine und Werkzeug mehr als der Mann den Maßstab ihres stärkeren Schönheitsgefühls legt, sind u. a. der Frau die Verantwortung für die Güte der Maschinen abzunehmen...“ Oder „Ihre Ichbezogenheit führt oft zu ungerechtfertigtem Stolz...“ So läßt sich auch der besonders stark ausgeprägte Ehrgeiz mancher Frauen erklären, mit ihren Arbeitskolleginnen konkurrieren zu wollen... Führt dieser Ehrgeiz nicht zum Ziel, dann endet Geltungsstreben in Resignation, die leicht aufbegehren, Trotz und intrigenhafte Rachsucht zur Folge hat...“ und überhaupt: „Die Frau steht Raum und Zeit und überhaupt der Welt anders gegenüber als der Mann. Ihr sachliches Interesse tritt gegenüber dem persönlichen zurück. Die Begleitumstände beeindrucken die Frau mehr als die Arbeit selbst...“

● Als Hebel „zurück an den Herd“ werden gesellschaftliche Einrichtungen zur Versorgung der Kinder, wie Kinderkrippen, Tagesstätten usw., geschlossen oder die Kosten so hochgeschraubt, daß das meist geringere Einkommen der Frauen aus der Berufsarbeit in keinem Verhältnis mehr zu den Kosten steht – die Berufsarbeit also als sinnlos erscheint.

Man mag es drehen und wenden wie man will: Frauen wurden und werden im Kapitalismus als industrielle Reservearmee behandelt.

Werfen wir einen Blick auf die historischen wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen das Bewußtsein der Frauen ständig gebogen und gebrochen wurde, so daß sie kaum noch wissen können, wo denn überhaupt ihr Platz ist. Sie litten am meisten unter dem Teufelskreis von Hochkonjunktur – Krise – Krieg:

● In der Phase der Entfaltung industrieller Produktionsverhältnisse Mitte des 19. Jahrhunderts wurden sie massenweise zum Einsatz in die Fabriken geholt;

● entlassen in der ersten großen Krise, dem Gründerkrach in den siebziger Jahren;

● zurückbefohlen, um den Aufschwung der Wirtschaft Ende des 19. Jahrhunderts voranzutreiben;

● dienstverpflichtet zum Granatendrehen im 1. Weltkrieg und zur Übernahme der Arbeitsplätze der Männer, die an der Front stehen mußten;

● mit der Demobilmachungsverordnung aus den Fabriken verdrängt;

● reingeholt in die Fabriken und Büros in der Phase der relativen Stabilisierung Mitte der 20er Jahre;

● mit Millionen anderen arbeitslos in der Weltwirtschaftskrise, von 1929 bis 1933 zu Elend und Hunger verdammt;

● von den Faschisten als „Doppelverdiener“ beschimpft und mit Mutterverdienstkreuz auf die sogenannten „eigentlichen Funktionen“ der Frauen: Küche, Kirche, Kinder, verwiesen;

● um dann ab Mitte der 30er Jahre wieder „dem Vaterland“ zu dienen; in den Rüstungsbetrieben;

● nach dem Aufräumen der Trümmer dann wieder nach Hause geschickt;

● bis sie in Zeiten des sogenannten Wirtschaftswunders wieder gebraucht wurden;

● um dann – wie heute – in der dritten und vierten Frauengeneration wieder an die erste Stelle der Arbeitslosenstatistik zu rücken...



nachrichten-reihe 16

Gert Hautsch

Ziel: 35 Stunden

In dieser Schrift wird zunächst ein Überblick zur Problematik Arbeitszeitverkürzung in Vergangenheit und Gegenwart gegeben. Der Autor untersucht dann die wichtigsten Argumente für und gegen die gewerkschaftlichen Forderungen und schließt daran Überlegungen zur Durchsetzung und Sicherung weiterer Erfolge im Kampf um Arbeitszeitverkürzung an. Insgesamt: wichtige Anregungen für die kommenden Auseinandersetzungen, grundsätzlicher und aktueller Art. 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 029

Unternehmer auf dem Prüfstand 3

Wir prüfen:

Wie haben sich unsere Arbeits- und Leistungsbedingungen entwickelt?

**Die Unternehmer behaupten:
Nur durch noch mehr Leistung
kann die Krise
überwunden werden.**



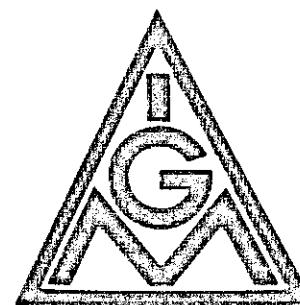
Das wollen die Unternehmer:

- Verjüngte Belegschaft. Steigendes Leistungsniveau.
- Immer weniger Kollegen sollen immer mehr schaffen.

Die Folge: Noch mehr Arbeitsplätze werden vernichtet.

IG Metall - Bezirk Stuttgart

Verantwortlich: Ernst Eisenmann, IG Metall Bezirksleitung, Willi-Bleicher-Straße 20



Tatsache ist:

Steigende Arbeitsbelastungen und immer höhere Leistungsabforderungen führen zu frühzeitigem Gesundheitsverschleiß und erzwungener Frühverrentung. Alte, Schwache und Kranke werden abgeschoben.

Bereits heute haben Arbeitstempo und Leistungsverdichtung ein Ausmaß erreicht, daß

- jeder zweite Arbeitnehmer Frühinvalid wird und mit durchschnittlich 54 Jahren in Rente gehen muß
 - 6 von 10 Arbeiterinnen vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze kaputtgeschafft sind
- Die Folgekosten für Krankheit, Frühinvalidität und Arbeitslosigkeit werden der Allgemeinheit aufgebürdet.

Dieser Teufelskreis muß endlich durchbrochen werden!

Deshalb brauchen wir die 35-Stunden-Woche!**Die Unternehmer behaupten:**

Durch die 35-Stunden-Woche

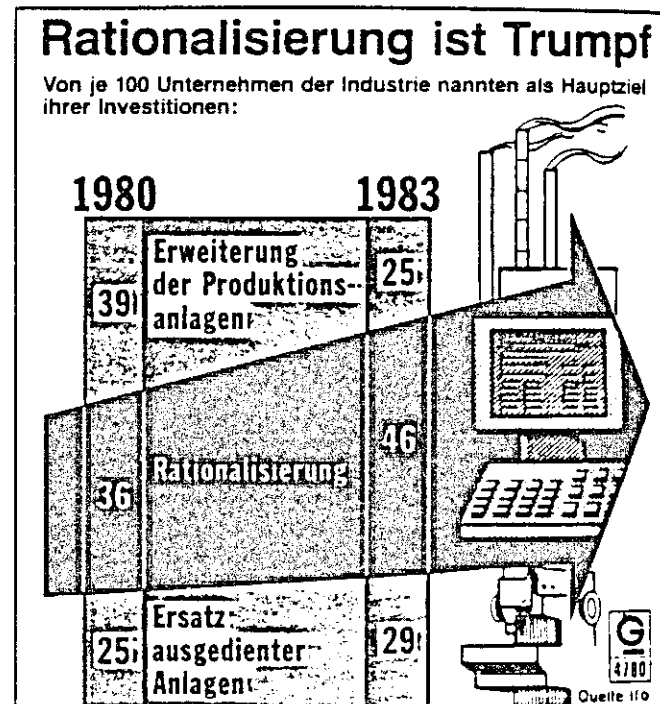
- wird in den Betrieben verstärkt rationalisiert
- der Leistungsdruck würde noch weiter steigen

Tatsache ist:

Nicht die Arbeitszeitverkürzung, sondern das Profitinteresse der Unternehmer ist ausschlaggebend für Rationalisierung und Verschärfung des Leistungsdrucks!

Bei Investitionen sind Arbeitszeit und Lohnhöhe von relativ geringer Bedeutung. Allein entscheidend ist, was dabei für die Unternehmer raus-springt.

Deshalb wird weiter rationalisiert. Deshalb wird in Kapitalanlagen und nicht in Arbeitsplätze investiert.

**Wir prüfen in den Betrieben:**

- Wieviele Arbeitnehmer sind in den vergangenen zwei Jahren wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit aus dem Betrieb ausgeschieden?
- Wievielen Arbeitnehmern wurde aufgrund arbeitsbedingter Erkrankungen in den vergangenen Jahren gekündigt?
- In welchem Maß ist die Leistung in den letzten Jahren gestiegen?
- Wieviele Arbeitsplätze wurden aufgrund der gestiegenen Leistung wegrationalisiert?

**Unternehmer auf dem Prüfstand 4****Wir prüfen:****Die Sache mit dem Lohnausgleich****Die Unternehmer behaupten:**

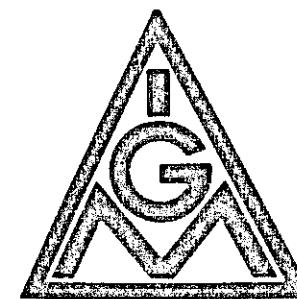
- Die 35-Stunden-Woche ist nicht zu bezahlen
- Wir machen keine Gewinne
- Unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist gefährdet

**Tatsache ist:**

- Enorme Gewinnsteigerungen:
Im 1. Halbjahr 1983 waren es bereits 14 %
- Noch nie war die Stellung der bundesdeutschen Unternehmer auf dem Weltmarkt so stark

IG Metall - Bezirk Stuttgart

Verantwortlich: Ernst Eisenmann, IG Metall Bezirksleitung, Willi-Bleicher-Straße 20

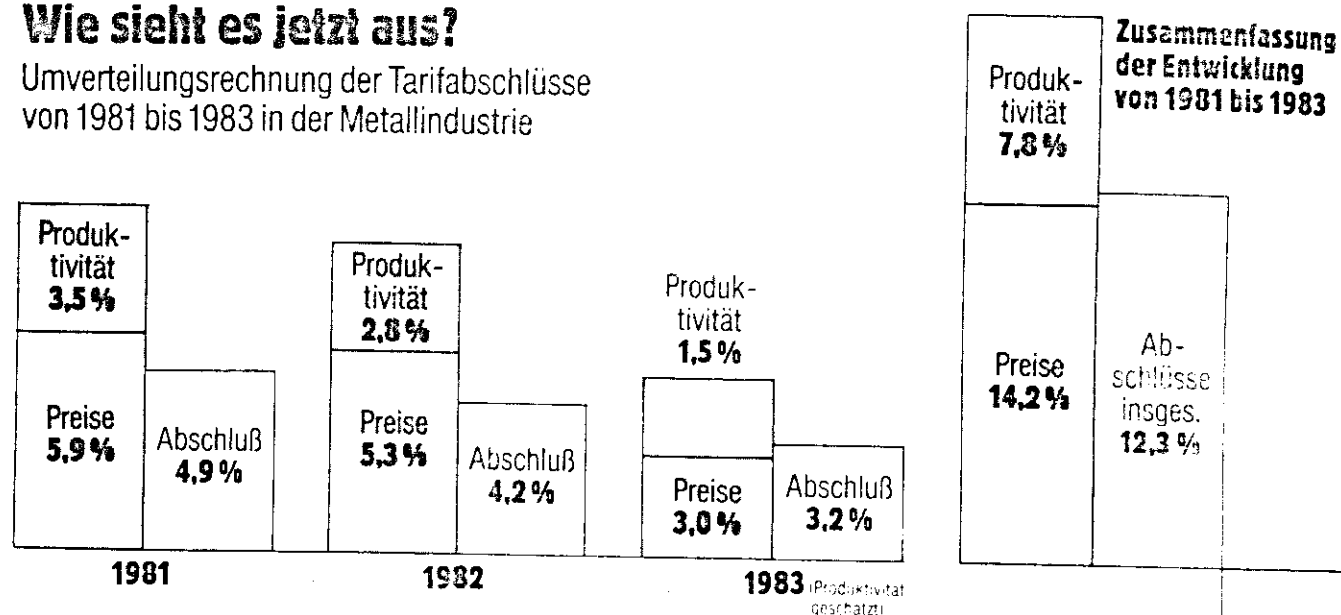


Drastische Umverteilung zugunsten der Unternehmer

In der Tarifpolitik gilt: Wenn Preis- und Produktivitätssteigerung durch die Tarifierhöhung ausgeglichen wird, ist die Verteilung zwischen Unternehmern und Beschäftigten gleichbleibend. Doch die Unternehmer forderten in den letzten 3 Jahren Zusatzprofite!

Wie sieht es jetzt aus?

Umverteilungsrechnung der Tarifabschlüsse von 1981 bis 1983 in der Metallindustrie



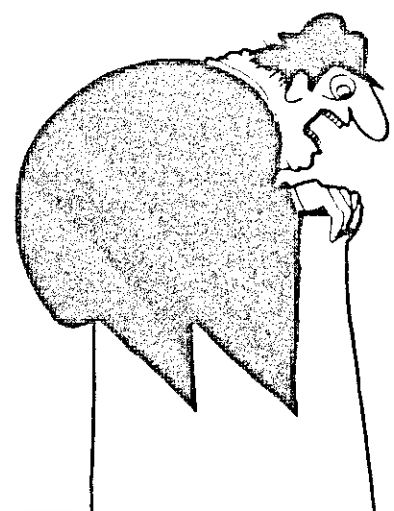
In den vergangenen 3 Jahren mußten die Arbeitnehmer in der Metallindustrie einen „Umverteilungsverlust“ von 9,7 % hinnehmen. Schon seit 1981 hätte damit die 35-Stunden-Woche verteilungsneutral eingeführt werden können!

Die Unternehmer interessiert dies nicht. Unternehmer Stahl in der ersten Verhandlung: „Wir sind groß geworden mit dem Kostenargument“. Richtig, Herr Stahl, groß und reich.

Wir prüfen in den Betrieben:

- Wie entwickelten sich in den vergangenen Jahren der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten am Umsatz und wie der Unternehmergewinn (Jahresüberschuß + Rücklagen)?
- Wurden dem Betrieb Mittel entzogen und in betriebsfremde Kapitalanlagen investiert?

Wo ist in den letzten Jahren das Geld hingeflossen?



Es gibt keine Alternative zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!



15. ÖTV-Bundesjugendkonferenz: „35 Stunden sind genug“

Im Namen von über 125 000 jugendlichen Mitgliedern traten vom 26. bis 29. Februar in der Dortmunder Westfalenhalle 134 Delegierte zur 15. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV zusammen. Bereits das Motto der Konferenz, „35 Stunden sind genug“, kann als Zeichen dafür gelten, daß die Gewerkschaftsjugend in den aktuellen Auseinandersetzungen kämpferische Positionen bezieht. Die intensive und zum Teil kontroverse Diskussion des Geschäftsberichts und die Antragsberatung verliefen im wesentlichen sachlich und von dem Bemühen geprägt, gemeinsame Zielsetzungen zu formulieren. Hier trug offenkundig ein fundierter Einigungsprozeß der vergangenen Jahre Früchte.

In seinem mündlichen Geschäftsbericht skizzierte der überzeugend wiedergewählte Bundesjugendsekretär der ÖTV, Wolfgang Pieper, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den öffentlichen Dienst. Er warf den öffentlichen Unternehmern vor, im Zuge von Stellenabbau, Rationalisierung und Leistungsverdichtung die Jugendvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen einschüchtern zu wollen. Die

Auch auf außerbetriebliche Ausbildungszentren konnte man sich nicht einigen. Wenngleich bei allen Delegierten die Misere des gegenwärtigen Bildungssystems unbestritten war, so fürchtete man doch in der Mehrheit eine Abkoppelung der Auszubildenden von der Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Als Schüler seien sie nicht mehr in die Tarifbewegungen einbezogen. Zudem wolle man die Unternehmer nicht aus der Verantwortung entlasten.

Zusammensetzung der Konferenz

Arbeiter	16,5 Prozent
Angestellte	47,4 Prozent
Beamte	25,6 Prozent
Schüler/Studenten/Arbeitslose	10,5 Prozent
Frauen	30,8 Prozent
Mitgliederstand 1982: 125 456 Mitglieder unter 25 Jahre; das entspricht 10,63 Prozent der Mitglieder insgesamt.	

Behinderung reiche von der Verweigerung der Freistellung bis hin zum Verbot, mit Jugendlichen und Auszubildenden direkt Kontakt aufzunehmen. Sowohl im Geschäftsbericht als auch in der Diskussion wurde immer wieder auf die Notwendigkeit einer aktiven Interessenvertretung hingewiesen. Um hierfür günstige Voraussetzungen zu schaffen, forderte die Konferenz die Umwandlung der Jugendvertretungen in Jugend- und Ausbildungsvertretungen, damit auch die wachsende Zahl der älteren Azubis erfaßt werden könne.

Angeichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit – gegenwärtig sind rund 200 000 Jugendliche unter 20 Jahren betroffen – sprachen sich Delegierte etwa aus dem Bezirk Bayern für eine Neuorientierung der Berufsausbildung durch die Einbeziehung einer berufsorientierten Unterrichtung innerhalb der allgemeinbildenden Schulen aus. Eine derartige Verschulung der Berufsausbildung wurde allerdings mehrheitlich abgelehnt.

Nach langer Diskussion einigte sich die Konferenz auf folgende Forderungen zur Berufsbildungsreform: Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, Ausbildungsplatzabgabe der Unternehmer zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze, Ausbildung nur in Berufen mit breiter Qualifizierung, Ablehnung jeglicher Form von Teilleistung oder teilqualifizierenden Berufen, besondere Fördermaßnahmen für ausländische Jugendliche und Schwerbehinderte, einheitliche Qualifikationsanforderungen an Ausbilder, umfassende Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften. Bei diesem Forderungskatalog war man sich im klaren, daß er nur gegen den entschiedenen Widerstand der Unternehmer durchzusetzen sei. Nicht nur bei diesem Diskussionskomplex wurde sichtbar, daß unter den Delegierten sozialpartnerschaftliche Vorstellungen kaum eine Chance hatten.

Weit auseinander gingen allerdings die Meinungen in der Frage, welche Aufgaben die gewerkschaftliche Jugendarbeit angesichts von Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und schlechteren Durchsetzungsbedingungen für gewerkschaftliche Forderungen zu übernehmen habe. Aus den Bezirken Saar, Bayern und zum Teil auch Hessen wurde die Position des Bundesjugendausschusses, aber auch der überwiegenden Mehrheit der Bundesjugendkonferenz, kritisiert, wonach das Zentrum der gewerkschaftlichen Jugendarbeit der Betrieb bleiben müsse.

Mit Polemiken gegen den „8-Stunden-Gewerkschafter“ forderten Delegierte aus diesen Bezirken eine stärkere Orientierung auf außerbetriebliche Bereiche. Mit

großer Mehrheit wurde schließlich folgende Position verabschiedet: „Gewerkschaftliche Jugendarbeit vollzieht sich schwerpunktmäßig in den Betrieben, Verwaltungen und Krankenhäusern. Die Jugendlichen müssen kollektiv ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern wahrnehmen. Durch gewerkschaftliche Aktionen im Betrieb können die Interessen gegen die Arbeitgeber durchgesetzt werden!“

Wie schon auf den vorausgegangenen Bezirkskonferenzen der ÖTV nahmen auch die Jugendlichen die Tarifpolitik der vergangenen Jahre unter Beschuß. Ziel der Tarifpolitik soll es künftig sein, „den Lebensstandard durch höhere Einkommen und mehr Freizeit, und die Arbeitsbedingungen (Ausbildungsbedingungen) der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Auszubildenden ständig zu verbessern“. Den Azubis soll unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern eine optimale Berufsausbildung ermöglicht werden.

Um diese Ziele, die als gleichrangig eingestuft werden, zu erreichen, wird es als notwendig erachtet, die Kampfkraft der Mitglieder zu entwickeln und zu nutzen. „Dazu muß verdeutlicht werden, daß sich in Tarifaussinandersetzungen entgegengesetzte Interessen gegenüberstehen und die Durchsetzung von Interessen nicht von Argumenten und Einsichten abhängt, sondern eine Frage der Kampfkraft ist.“ Die Forderungsdiskussion müsse daher – so der Leitantrag – transparent und verbindlicher geführt werden. Arbeitskampfpläne seien demnach frühzeitig zu erstellen und eine Koordination mit anderen DGB-Gewerkschaften anzustreben. Die Entwicklung von flexibleren Arbeitskampfmaßnahmen und die entschlossene Abwehr von Unternehmerangriffen ist nach Auffassung der ÖTV-Jugend besonders zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche notwendig.

Nicht ganz widerspruchsfrei fielen die Stellungnahmen der Bundesjugendkonferenz zu Fragen der Abrüstung aus. Während der Leitantrag des Bundesjugendausschusses den „Supermächten“ ein ähnlich gelagertes Interesse am Wettstreit unterstellt, analysiert ein anderer Antrag des Bezirks Nordrhein-Westfalen I deutlicher die amerikanische Militärstrategie. Festzuhalten bleibt, die ÖTV-Jugend stellt sich gegen jedes weitere Wettstreiten, setzt sich für betriebliche und überbetriebliche Friedensgruppen ein und unterstützt die Ostermärsche 1984.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Renate Bastian

IG Chemie probiert neue Methoden ihrer Angestelltenarbeit

Rund 120 000 Angestellte hat die IG Chemie-Papier-Keramik in den von ihr betreuten Branchen organisiert. Das Organisationsverhältnis der Angestellten liegt mit 24,4 Prozent deutlich unter dem der Arbeiter in dieser mit über 600 000 Mitgliedern drittgrößten DGB-Gewerkschaft, obgleich etwa die Hälfte der Beschäftigten Angestellte sind. Das stellte die IG Chemie-Papier-Keramik auf ihrer 11. Bundes-Angestelltenkonferenz vom 8. bis 10. März 1984 in Hannover fest. 85 stimmberechtigte Delegierte berieten und entschieden über 33 Anträge und Entschlüsse.

Gegenstand der Beratungen waren fast ausnahmslos berufsspezifische Themen. Anträge zu allgemein- und gesellschaftspolitischen Fragen gab es – anders als auf der 10. Bundes-Angestelltenkonferenz 1980 – diesmal nicht. Verabschiedet wurde ein Antrag, der auf betrieblicher bzw. örtlicher und regionaler Ebene die Einrichtung von Arbeitsausschüssen fordert. „Vordringliches Ziel dieser Arbeitsausschüsse soll es sein, auf betrieblicher Ebene die konkreten Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien einzuschätzen und den gewerkschaftlichen und betriebsverfassungsrechtlichen Gremien Maßnahmen zur Verhinderung nachteiliger Auswirkungen vorzuschlagen.“

Insbesondere die Einführung der EDV-Technologie habe in den letzten Jahren das Arbeitsleben der Angestellten nachhaltig berührt, sagte der Bundesangestelltensekretär im IG-Chemie-Hauptvorstand, Dieter Hönerhoff. Allgemein sei eine differenzierte Beschäftigungsentwicklung „mit eindeutig negativen Trends für einzelne Berufsgruppen“, ein erhöhter Leistungsdruck, weitere Rationalisierung unter voller Ausnutzung der EDV und die „Einbeziehung der Grundsätze menschlicher Arbeitskraft“ zu verzeichnen gewesen. Die Politik des rigorosen Sozialabbaus durch die Bundesregierung komme hinzu.

Von der Angestelltenarbeit habe man in der Vergangenheit geglaubt, sie sei als sogenannte geistige Arbeit nicht automatisierbar, sagte Egon Schäfer, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie und zuständig für Angestellte. Das habe sich inzwischen grundlegend geändert. Er forderte Kontrolle und Mitbestimmung des Betriebsrats bei jeglicher Verknüpfung von Daten durch EDV-Anlagen. Die Konferenz forderte in einem Antrag die entsprechende Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Um den neuen Problemen und Herausforderungen gerecht zu werden, sei ein Überdenken bisher bewährter Durchsetzungsstrategien der Gewerkschaften notwendig. Dies regte Eberhard Fehrmann vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung Technologie, in einem Referat an. Der Betrieb als strategischer Ausgangs- und

Endpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten erhalte deshalb in Zukunft einen noch zentraleren Stellenwert als in der Vergangenheit. Mangelnde Erfahrung der Angestellten in der kollektiven Interessenaus-einandersetzung komme jetzt den Unternehmensleitungen entgegen.

Die IG Chemie will die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit auf betrieblicher Ebene beleben und zu diesem Zweck auch neue Methoden praktizieren. In seinem Grundsatzreferat „Gewerkschaftliche Angestelltenarbeit im Umbruch“ nannte Egon Schäfer als Ansatzpunkte dafür die Tarifpolitik, neue Technologien, berufliche Weiterbildung, betriebliche Sozialpolitik, Unternehmerstrategien und Sozialtechniken sowie Werbung, insbesondere auch jugendlicher

Betriebsrätekonferenz der IGBSE übt Kritik an Minister Blüm

Zur 10. Bundestagung für Betriebsräte der IG Bau — Steine — Erden (BSE) anlässlich der Betriebsratswahlen 1984 waren 1300 Vertreter des Baugewerbes, des Bauausbaugewerbes, der Baustoffindustrie, der Wohnungswirtschaft sowie deren Architektur- und Ingenieurbüros nach Frankfurt gekommen. Zahlreiche Transparente wurden, vor allem von jungen Gewerkschaftern, in die Kongreßhalle getragen. Zu lesen war: „Hände weg von der Stufenausbildung“, „Schluß mit dem Sozialabbau — die Reichen sollen zahlen“, „Die Wende — für viele das Ende“.

Mit viel Beifall wurde die Songgruppe der IG Metall aus Wetzlar begrüßt, die u. a. mit dem „Einheitsfrontlied“ und „Avanti popolo“ für einen kämpferischen Auftakt sorgte. Auch die zum Nachdenken anregende Rezitation von Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ wurde mit viel Sympathie aufgenommen. Der im Bundesvorstand der IG BSE für den Bereich Betriebsräte und Mitbestimmung zuständige Kurt Herforth stellte eine Verbindung zwischen der heutigen Politik mit der der faschistischen Machtheber vor 50 Jahren und auch der Haltung der Unternehmer-

Angestellter. Wie das gemeint ist, erläuterte er am Beispiel des Themas neue Technologie.

Wo neue Technologie eingeführt werde, müßten die Betroffenen selbst mobilisiert werden. Schäfer: „Sie müssen sich äußern, wie sie die Arbeit mit Hilfe von EDV organisiert und gestaltet haben möchten. Das kann in zielgruppenorientierten Arbeitsgruppen, die sich z. B. auf Abteilungs- oder Betriebsebene bilden könnten, geschehen. Diese zielgruppenorientierten Arbeitsgruppen sind nicht als ein neues gewerkschaftliches Gremium zu verstehen, sondern sie sollen Vertrauensleuten und Betriebsräten inhaltlich zuarbeiten.“ Gerade das Problem neue Technologien zeige deutlich, daß eine Phase der Interessenvertretung und der Gewerkschaftsarbeit erreicht sei, „wo wir auf den Sachverstand der Betroffenen nicht mehr verzichten können“.

Die Gewerkschaft will spezielle Informationsmaterialien zur Verfügung stellen und Funktionäre bzw. Fachleute auf allen Ebenen für diese Arbeit qualifizieren. Wenn dies mit dem Ziel getan wird, den Betroffenen vor Ort bei einer erforderlichenfalls auch kämpferischen Vertretung ihrer Belange zu helfen, mag sich ein nützliches gewerkschaftspolitisches Instrumentarium daraus entwickeln. Zu übersehen ist aber auch nicht der sozialpartnerschaftliche Ansatz. Die relativ unpolitische Durchführung der 11. Bundes-Angestelltenkonferenz mit ihrer berufs- und tarifspezifischen Einengung hat diesen Aspekt eigentlich noch verdeutlicht. Gerd Siebert

verbände mit der in der Weltwirtschaftskrise her. „Wenn wir das heutige Verhalten vieler Unternehmer in der Bundesrepublik nüchtern sehen“, meinte Herforth, „fallen uns eine Reihe von Parallelen zu den damaligen Forderungen“ auf.

Scharfe Kritik übte Herforth an den Plänen von Bundesarbeitsminister Blüm, befristete Arbeitsverträge ohne Einschränkungen generell zuzulassen. Dadurch würde der gesamte Kündigungsschutz gefährdet. Angesichts der insgesamt festzustellenden Bedrohung von Arbeiterinteressen

Schriftstellerkonferenz unter Druck Solidarisch für 35-Stunden-Woche

Die Wende nach rechts widerspiegelte sich auf der am 31. März und 1. April in Saarbrücken stattgefundenen Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier in Form eines verstärkten Antikommunismus. Jedoch ist es weder dem Kapital noch den bürgerlichen Massenmedien gelungen, den VS zu spalten und den Prozeß der Herausbildung einer einheitlichen Mediengewerkschaft ernsthaft zu beeinträchtigen. Es besteht eine reale Chance, daß die bisherige Politik des VS, insbesondere in der Friedensfrage, fortgesetzt wird.

Die turnusmäßig zwischen den VS-Kongressen stattfindende Bundesdelegiertenkonferenz war um einige Monate vorgezogen worden und hatte zusätzlich die Aufgabe, einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Der alte war nach acht Monaten Amtszeit im Ergebnis einer beispiellosen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse und auf Drängen des Westberliner VS-Vorstandes zurückgetreten. Vorgeschobener Grund war, daß der bisherige Bundesvorstand unter Bernt Engemann nicht die Wiederzulassung „des“, sondern „eines“ polnischen Schriftstellerverbandes gefordert hatte. In Wirklichkeit wollten die Kritiker von Engemann und des bisherigen Bundesvorstandes das gemeinsame Friedensengagement der Schriftstellerverbände aus Ost und West gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen treffen. Offen verlangten die „Welt“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und andere großbürgerliche Blätter, der VS solle sich von der „linkslastigen“ IG Druck und Papier abkoppeln.

In Saarbrücken fühlte sich ein Großteil der Delegierten in die Zeit des kalten Krieges zurückversetzt. Die gewerkschaftlich or-

ganisierten Autoren waren von den antikommunistischen Tiraden der Westberliner Delegierten Günter Grass, Hannes Schwenger, Hans-Christoph Buch und ei-

Wahlergebnisse

Zahl der Delegierten	48
Ja-Stimmen	
VS-Vorsitzender:	
Hans Peter Bleuel	19
(im 2. Wahlgang)	
stell. Vorsitzende:	
Gert von Paczensky	31
Erich Loest	28
(im 2. Wahlgang)	
Beisitzer:	
Jochen Kelter	30
Martin Buchhorn	26
Karin Hempel-Soos	26
Renate Chotjewitz-Häfner	36
(im 2. Wahlgang)	

niger ihrer Claqueure, wie dem früheren Juso-Vorsitzenden Strasser, entsetzt. Auch Heinrich Böll und Siegfried Lenz se-

müsse die IG BSE daher die Betriebsratswahlen '84 zu einem deutlich sichtbaren Signal dafür machen, daß die Beschäftigten der Bauwirtschaft nicht bereit seien, alles kampflos zu schlucken. Er bezeichnete es als wichtig, in betriebsratslosen Betrieben Fuß zu fassen, um die Organisationsbasis zu verbreitern. Die Bauwirtschaft hat nach Herforths Angaben im letzten Jahrzehnt eine ungeheure Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Die Beschäftigtenzahl ging von mehr als 1,6 Millionen auf derzeit eine Million zurück.

Der Bundesvorsitzende der IG BSE, Konrad Carl, betonte, daß seine Gewerkschaft an der Bewältigung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise durch konstruktive Vorschläge mitwirken wolle. Notwendig sei eine Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch ein mittelfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Mrd. DM, die Verkürzung der Arbeitszeit und die soziale Beherrschung der technologischen

Entwicklung bzw. des Produktivitätsanstiegs. Die Gewerkschaft sei aber nicht bereit, sang- und klanglos hinzunehmen, wenn die wirtschaftlichen Probleme durch eine Sozialdemontage bewältigt werden sollten.

Die IG Bau — Steine — Erden wolle im Bauhauptgewerbe die Vorruhestandsregelung, wende sich aber gegen die von den Gegnern der Gewerkschaft vorgeschlagene Aufteilung in „brave und aggressive“ Gewerkschaften. Carl: „Wir nehmen auch die heutige Kundgebung zum Anlaß, insbesondere unseren Kollegen der IG Metall unsere ganz besondere Solidarität in ihrem schweren Kampf zu bekunden.“

Während noch auf dieser Konferenz der Vorsitzende Carl der IG Metall „unsere ganz besondere Solidarität in ihrem schweren Kampf“ bekundete, folgte wenige Wochen später ein Tarifabschluß, der mit Solidarität nichts zu tun hat. (siehe Meldung S. 7) Heinz Schäfer

gelten in dem gleichen Fahrwasser. Alle, die nicht bereit waren, ihre Polen-Position – sie enthält Beleidigungen an die Adresse des bisherigen VS-Vorstandes – bedingungslos zu unterstützen, wurden als Anhänger oder Sympathisanten der DKP verurteilt.

Unter diesem Trommelfeuer von Diffamierungen fand dann der Polen-Antrag aus Westberlin eine äußerst knappe Mehrheit. Von den 48 Delegierten waren 23 dafür, 22 dagegen, und drei enthielten sich der Stimme. Bei der Entscheidung über die Polen-Resolution kam hinzu, daß die Westberliner Delegierten mehr oder weniger offen damit drohten, sie würden im Falle der Ablehnung ihres Antrages den VS verlassen.

Die Anfeindungen der Delegierten aus Westberlin richteten sich nicht nur gegen Bernt Engemann, sondern auch gegen den Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, und seinen Vorgänger Leonhard Mahlein. Ferlemann wurde angegriffen, weil er in einem Interview mit der Kulturzeitschrift „kürbiskern“ das Kesseltreiben gegen den bisherigen VS-Vorstand verurteilt hatte. Und Mahlein mußte sich Beschimpfungen gefallen lassen, weil er sich in Saarbrücken kritisch zur Solidarnoczek geäußert hatte.

Zahlreiche Delegierte, wie beispielsweise Dieter Lattmann, Gert v. Paczensky, Max von der Grün, Wolfgang Bittner und auch VS-Mitglieder wie Knut Becker und Erasmus Schöfer, verwahrten sich gegen den Rückfall in den kalten Krieg.

Im Vorfeld der Konferenz war die Westberliner Autorin Ingeborg Drewitz als neue VS-Vorsitzende im Gespräch. Bei der Wahl erhielt sie einen Gegenkandidaten, offenbar darum, weil sie im Verlaufe der Konferenz zu erkennen gab, daß sie mit der VS-Führung aus Westberlin fragwürdige Kompromisse einzugehen bereit sei. Wie die nebenstehende Übersicht zeigt, wählten die Delegierten den bisherigen langjährigen bayerischen VS-Vorsitzenden Hans-Peter Bleuel zum neuen Bundesvorsitzenden. Seine Wahl erfolgte im zweiten Wahlgang. Im ersten Wahlgang hatten Drewitz und Bleuel jeweils 19 Stimmen.

Der neue VS-Vorsitzende versprach, die bisherige Politik des VS fortzusetzen. Auch Gert von Paczensky und die Mehrheit der Beisitzer wollen in diesem Sinne ihre Mandate wahrnehmen. Andere Vorstellungen verkündete Erich Loest, der früher in der DDR gelebt hatte. Er äußerte sich im Sinne der antikommunistischen Position der Westberliner VS-Führung.

Die Mehrheit der angenommenen Beschlüsse – ein Teil mußte aus Zeitgründen an den neuen Vorstand überwiesen werden – hat eine Fortsetzung der bisherigen Politik zum Inhalt. Das gilt sowohl für das Friedensengagement und für das aktive Eintreten für eine Mediengewerkschaft als auch für die Vertretung der berufspolitischen Interessen. Hervorzuheben ist ein einstimmiger Beschluß, der sich solidarisch mit der Forderung der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausspricht. W. Petschick

Personalabbau – Folgen für die Ausländer

Eine Tagung zum Thema „Personalabbau und die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in den Betrieben“ veranstalteten die Evangelische Akademie Rheinland (Mülheim) und die Sozialakademie Dortmund vom 25. bis 27. Mai. Der Tagung, die sich u. a. auch an ausländische und deutsche Gewerkschafter wendet, stehen als Referenten Dr. Knut Dohse und Dr. Ninon Colneric sowie Sekretäre des DGB, der IGM, IG ChPK, IG BSE, IGBE als Gesprächspartner zur Verfügung.

CDU-Mitglieder für 35-Stunden-Woche

„Christliche Demokraten, die in der Einheitsgewerkschaft Verantwortung tragen, lassen sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht durch parteipolitische oder regierungsamtliche Festlegungen gegen ihre Gewerkschaften ausspielen.“ Dies erklärte Klaus-Dieter Zemlin, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft und selbst CDU-Mitglied, Mitte März auf einer Veranstaltung des DGB-Kreises Frankfurt. Weiter warnte Zemlin CDU-Führung und Bundesregierung, die einseitig Unternehmerargumente angenommen hätten: „Sollte der im Mai stattfindende CDU-Bundesparteitag einem Vorschlag des Parteipräsidiums folgen und die 35-Stunden-Woche ablehnen, können sich viele christlich-demokratische DGB-Gewerkschafter in einem solchen Beschluß nicht wiederfinden und werden sich von ihm ausdrücklich distanzieren.“

Bevollmächtigtenwahl wird wiederholt

Der bisherige 1. Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Bremen, Arno Weinkauff, der kürzlich bei der Bevollmächtigtenwahl seinem Gegenkandidaten Hans Ziegenfuß mit fünf Stimmen unterlag, wird als Sekretär für Entlohnungsfragen weiterhin hauptamtlich für seine Gewerkschaft tätig sein. Ziegenfuß wird seine Funktion nicht wahrnehmen und ebenso wie Weinkauff nicht erneut für dieses Amt kandidieren. Darauf einigten sich die Gewerkschafter nach einem Gespräch mit dem 2. Vorsitzenden der IGM, Franz Steinkühler, um der „Gefahr der Polarisierung“ in der Verwaltungsstelle entgegenzutreten. Für die jetzt notwendige Neuwahl wurde der bisherige Sekretär der Verwaltungsstelle Bremen, Heinz Meinking, vorgeschlagen. Auch einer künftigen hauptamtlichen Tätigkeit von Hans Ziegenfuß stehe nun nichts mehr im Wege, hieß es in

einer Erklärung, nachdem angebliche Unstimmigkeiten bei der Abführung von Aufsichtsratsantien an die Hans-Böckler-Stiftung in den 70er Jahren geklärt worden seien.

„Der Bayernstreik 1954“ Eine Dokumentation

Auf Initiative der Ortsverwaltung Ingolstadt der IG Metall erscheint im Juni in der Reihe „Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland“ der Band „Der Bayernstreik 1954...“ Der Band mit rund 200 Seiten, 57 Dokumenten, zahlreichen Abbildungen und Fotos, Zeittafel und Register, ist bis 15. Mai zum Sonderpreis von 14 DM zu beziehen über die IG Metall, Verwaltungsstelle Ingolstadt, Paradeplatz 9, 8070 Ingolstadt/Donaue.

Spitzenergebnisse bei DPG und GdED

Ihre bisher besten Ergebnisse erzielten die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) bei den Jugendvertreterwahlen im März. Von den 1124 Jugendvertretern bei der Post gehören genau 1100 der DPG an. Von 913 örtlichen stellt sie 891, von 196 bezirklichen 195 und von den 15 Hauptjugendvertretern 14. Die GdED gewann alle 15 Sitze der Hauptjugendvertretung beim Bundesbahnvorstand und 105 von 106 Bezirks- sowie 400 von 404 Ortsjugendvertretern. In beiden Bereichen war die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch: 93,8 Prozent bei der Post und rund 95 Prozent bei der Bahn.

Gegen Versetzung von Karin Roth

Kurz nach dem Internationalen Frauentag sollte die in der Abteilung Frauen beim Vorstand der IG Metall als Sachbearbeiterin beschäftigte Karin Roth zum Bezirk Hannover versetzt werden. Karin Roth, die dies ablehnte – sie hatte 24 Stunden Bedenkzeit erhalten –, war auf dem IGM-Gewerkschaftskongreß im Oktober letzten Jahres bei den Wahlen zum Vorstand ihrer Gegenkandidatin Gudrun Hamacher mit nur 17 Stimmen unterlegen. Nach Bekanntwerden des Vorgangs erreichten den IGM-Vorstand zahlreiche Proteste, auch aus anderen Organisationen. In einem Schreiben des DGB-Kreisfrauenausschusses Frankfurt heißt es: „Uns ist es unverständlich, daß ohne Angabe von Gründen hier eine folgenschwere personelle Maßnahme getroffen wird, die nicht ohne Auswirkungen für die Frauenarbeit bleiben kann.“

PERSONALIEN

Hermann Gaßmann, 56, Bildungssekretär der IG Metall Hamburg, zur Zeit in Haft wegen angeblicher Agententätigkeit für die DDR, wird am 12. Mai aus dem Gefängnis entlassen. Der Gewerkschafter wurde jetzt auf Intervention des früheren Justizministers Jürgen Schmude begnadigt. Seine Verurteilung stieß auf Proteste der IG Metall. Gaßmann schrieb uns, daß er für Ostern Sonderurlaub bewilligt bekommen habe, so daß er am Ostermarsch, der in Neuengamme, am Gefängnisstandort, beginnen teilnehmen könne. Er wünschte NACHRICHTEN abschließend viel Erfolg bei der weiteren Gestaltung der Zeitschrift im Interesse der abhängig Beschäftigten.

Dieter Hildebrandt, Schauspieler, Kabarettist u. a., wechselte zum 1. März von der Bundesfachgruppe Bühne, Film, Fernsehen in der DAG zur Rundfunk-Fernseh-Film-Union in der Gewerkschaft Kunst im DGB. Seine Begründung: „Ich war die ganze Zeit in der Gewerkschaft. Ich war nur in der falschen. Ich habe mir da ein paar Jahre angehört, was die Funktionäre über Raketen und Streik gesagt haben, dann habe ich denen einen Brief geschrieben, daß ich jetzt in die richtige Gewerkschaft muß: in die, die auf der direkten Schiene zur Mediengewerkschaft ist.“

Franz Holländer, 57, im geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV zuständig für Bildung und Jugend, ist vom Hauptvorstand Mitte März für die Wahl zu einem der beiden stellvertretenden Vorsitzenden auf dem Gewerkschaftstag im Juni in München vorgeschlagen worden. Sein Vorgänger, **Siegfried Merten**, 55, hatte Anfang Oktober vergangenen Jahres den Vorstandsvorsitz des gewerkschaftseigenen Automobilclubs Europa übernommen. Neu in den geschäftsführenden Hauptvorstand sollen **Eike Eulen**, 47, und **Wolfgang Warburg**, 42, kommen. **Karl-Heinz Werner**, 60, scheidet aus Altersgründen aus.

Udo Lindenberg, Rocksänger, bekundete seine Solidarität mit dem vom Berufsverbot bedrohten Postbeamten **Hans Meister**, indem er Mitte März bei einem Treffen mit dem Postbeamten während eines Konzerts in Stuttgart spontan eine Patenschaft mit dem Gesinnungsverfolgten einging. Lindenberg werde bei Pressegesprächen und ähnlichen Gelegenheiten den Fall ansprechen. Der engagierte Rocksänger hatte im Januar bei einer Solidaritätsveranstaltung auch die Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unterstützt. Hans Meister hat seinen nächsten Prozeß am 8. und 9. Mai in Westberlin.

Nikolaus Simon, 32, zuletzt Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Wiesbaden, wurde neuer Leiter des Hauses der DGB-Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Sein Vorgänger, **Hinrich Oetjen**, war Ende 1983 Leiter der DGB-Bundesschule Hattungen geworden.

Memorandum widerlegt Gerede vom „blauen Montag“ und „Freitag“

Mit Unterstützung von den Unternehmerverbänden sowie ärztlichen Ständevertretern plant die Bundesregierung neben dem bereits erfolgten Sozialabbau im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Sicherung bei Arbeitsunfähigkeit (wie z. B. die faktischen Krankengeldkürzungen von nahezu 12 Prozent) weitere Sozialabbaumaßnahmen. Im Gespräch ist die Einführung einer Teilarbeitsunfähigkeit. Und auch die Absicht, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuschränken, ist noch nicht vom Tisch. Begründet werden solche Maßnahmen mit Argumenten, der Arbeitnehmer „feiere“ zu häufig krank, mißbrauche das soziale Netz und belaste die Betriebe und die Volkswirtschaft.

Alle diese Unternehmerargumente widerlegt ein Memorandum der Hans-Böckler-Stiftung zum Krankenstand, das am 8. März in Düsseldorf vom stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr vorgestellt wurde. In dem von einer Wissenschaftlergruppe unter Federführung von Prof. Rainer Müller (vom Fach Arbeitsmedizin an der Universität Bremen) erarbeiteten Material wird nachgewiesen, daß die Krankmeldungen enorm zurückgegangen sind. Aus Angst um den Arbeitsplatz werden Krankheiten verschleppt, der Arzt oft gar nicht oder zu spät aufgesucht und von ihm angeratene „Krankschreibungen“ ausgeschlagen.

Mit 4,4 Prozent wurde von den Krankenkassen für 1983 der niedrigste Krankenstand nach dem zweiten Weltkrieg gemeldet. Daß dieser Tiefstand der Arbeitsunfähigkeitsmeldungen nicht auf eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Arbeiter und Angestellten zurückzuführen ist, beweist der gleichzeitig hohe Stand der Frühinvalidität. Mehr als die Hälfte aller Neuzugänge an Versichertenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sind Renten wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit. 1973 waren 36,7 Prozent der Renten neuzugänge gesundheitlich bedingt.

Der Rückgang der Arbeitsunfähigkeitsmeldungen ist natürlich auch mit dadurch verursacht, daß die Unternehmer die anhaltende Massenarbeitslosigkeit rücksichtslos ausnutzen, um durch Entlassung und Nichteinstellung von Arbeitern und Angestellten mit Gesundheitsschäden und Behinderungen zu „olympiareifen“ Belegschaften zu kommen. Die (noch) in Arbeit Stehenden aber halten sich angesichts dieser Situation nicht nur bei Inanspruchnahme von Kuren, sondern ebenso bei der Inanspruchnahme der bei Arbeitsunfähigkeit notwendigen Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit zurück. Krankheiten werden verdrängt. In dem Memorandum der Hans-Böckler-Stiftung wird deshalb von einem „verdeckten“ Krankenstand gesprochen. Zum Beweis dafür wird auf die Ergebnisse einer Untersuchung der hessischen Betriebskrankenkassen verwiesen. Danach haben 70 Prozent der Arbeiter und Angestellten, die sich selbst für gesund hielten, einen „ärztlich behand-

lungsbedürftigen Befund“ ausgewiesen, 1,5 Prozent mußten sofort in ein Krankenhaus eingewiesen werden.

Die Angst um den Arbeitsplatz „ist nicht Folge bloßer Einbildung, sondern sie hat reale Hintergründe“, stellte Kollege Muhr dazu fest. „Zu den betrieblichen Druckmitteln gehören sogenannte Sozialgespräche, Kündigungs- und Versetzungsdrohungen gegenüber kranken Arbeitnehmern ebenso wie Anwesenheitsprämien und Gewinnbeteiligungen für Nichtarbeitsunfähige.“

Das Memorandum der Hans-Böckler-Stiftung widerlegt auch von den Unternehmern immer wieder propagierte Vorurteile: erstens die Unternehmerbehauptung, durch die Lohnfortzahlung für Arbeiter werde der Krankenstand in die Höhe getrieben. Nachdem er seit 1970 um 5,5 Prozent herum pendelte, ist er jetzt völlig in

den Keller gerutscht. Zweitens, daß die kurzfristigen, eine Woche dauernden Krankheiten den Krankenstand wesentlich bestimmen. Durch diese Kurzkrankheiten sind nur 7 Prozent aller „Arbeitsunfähigkeitstage“ verursacht; aber 40 Prozent durch Krankheiten, die länger als sechs Wochen dauern. Bestätigt wird dagegen mit dem Memorandum der Einfluß unterschiedlicher Gesundheitsbelastungen in der Arbeitswelt auf den Krankenstand: Schlosser sind zum Beispiel doppelt so häufig arbeitsunfähig wie Bankangestellte. Etwa drei Viertel aller Krankheitstage entfallen auf die ungelernten Arbeiter. Bei Akkordarbeit steigt das Krankheitsrisiko um 25 Prozent.

Mit den Ergebnissen der Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung stimmen die Erfahrungen der praktizierenden Ärzte überein. Auch der Verband der niedergelassenen Ärzte (NAV) hat Ende des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes Krankheiten verschleppen und erst zu spät den Arzt aufsuchen, und der niedrige Krankenstand „auf keinen Fall den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer“ widerspiegelt.

Jeder weiß: Verschleppte Krankheiten bedeuten später schwere sowie chronische und damit auch „kostspieligere“ Krankheiten. Abgesehen von der sozialen Hauptaufgabe unserer Zeit – Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit – bestätigt das Memorandum der Hans-Böckler-Stiftung die alte gewerkschaftliche Forderung nach grundlegender Verbesserung des vorbeugenden Gesundheitsschutzes, vor allem am Arbeitsplatz. Arthur Böppe

Braunschweiger Treffen bewies: Arbeitslose sind solidarisch

Die Diskussion über die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, die stärkere Orientierung von Arbeitslosen und ihren Initiativen auf die Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen ist auch in der Arbeitslosenbewegung in Gang gekommen. Viele Arbeitsloseninitiativen solidarisieren sich mit den um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche kämpfenden Arbeitern und Angestellten. So auch in Braunschweig, wo auf Einladung des Arbeitskreises Arbeitslosigkeit im DGB Braunschweig/Wolfenbüttel am 17. und 18. März rund 90 Vertreter aus nahezu 40 Arbeitsloseninitiativen bundesweit vorrangig über verschiedene Aspekte der 35-Stunden-Woche diskutierten.

Das Ergebnis der Veranstaltung ist ein eindeutiger und unmißverständlicher Aufruf an alle Arbeitslosen und Initiativen, sich aktiv für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche einzusetzen. Die Arbeitslosen sehen in der „konsequenten Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei

vollem Lohn- und Personalausgleich ein wirksames Mittel zur Bekämpfung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit“, wie es dazu im Aufruf heißt. Und: „Die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche würde uns helfen, weitere Maßnahmen, z. B. die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die

Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm durchzusetzen."

Weiter wird festgestellt: „Unternehmer und Regierung wollen sich gegen die arbeitenden Menschen durchsetzen, wollen zeigen, daß die ‚da oben‘ stärker sind als wir, die Millionen ‚unten‘, um danach, wie sie glauben, ungehindert ihre ganzen sozialreaktionären Kürzungspläne durchzusetzen zu können: von der weiteren Kürzung der Reallöhne über die Einführung von Karenztagen bis zur weiteren Kürzung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Dieser konzentrierte Angriff der Unternehmer und ihrer Politiker muß gestoppt werden. Unsere kämpfenden Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben müssen Erfolg haben im Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.“

Vor allem die Diskussion in den Arbeitsgruppen des Braunschweiger Treffens, die sich mit gemeinsamen Aktionen von Arbeitslosen und Beschäftigten zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche beschäftigten, machte sichtbar, daß bei fast allen der dort vertretenen Arbeitslosen Klarheit darüber herrschte, daß ihre Interessen nur gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften durchzusetzen sind. Was nicht bedeutet, daß sie darauf verzichten wollen, ihre eigenen besonderen Probleme und Forderungen als Arbeitslose in die Aktionen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit einzubringen. Das gilt vor allem dann, wenn die Initiativen mit eigenem Informationsmaterial ihre Unterstützung für die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche begründen werden.

Die Vertreter von 18 Arbeitsloseninitiativen haben den Aufruf sofort in Braunschweig unterzeichnet. Die anderen werden ihn in ihren Initiativen diskutieren. Darüber hinaus soll der Aufruf an möglichst viele weitere Initiativen zur Diskussion und zur Unterzeichnung geschickt werden.

Obwohl die Vertreter der Arbeitsloseninitiativen auch in Braunschweig nicht mit Kritik an dem oft recht unfreundlichen Verhalten mancher Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber Arbeitslosen zurückhielten, wurden die von einer Handvoll sogenannter „autonomer“ Teilnehmer vertretenen direkt gewerkschaftsfeindlichen Positionen eindeutig zurückgewiesen.

Ein weiteres, im Verlauf der Tagung diskutiertes Problem war die Zwangsarbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Die von vielen Städten geübte Praxis, Sozialhilfeempfänger unter Druck zur Verrichtung von irgendwelchen Arbeiten gegen einen „Lohn“ von 1,50 DM bis 2,00 DM zu zwingen, wird von den Teilnehmern der Veranstaltung eindeutig abgelehnt und als Versuch, die Tarifautonomie auszuhöhlen, bezeichnet. An Stelle von Zwangsarbeit wird die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen verlangt.

Jochen Mandel

Von Wirtschaftswachstum war wenig, von Sozialabbau aber viel die Rede

„Wachstum, neue Technik und Arbeit“ sollten die Schwerpunktthemen des Europafachkongresses der CDU am 27. Februar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus sein. Über neue Technik, technologischen Fortschritt und Technologiepolitik war hingegen viel, von Wachstum bedeutend weniger und von Arbeit kaum die Rede. Vom Präsidium der CDU war nur Heiner Geißler anwesend. Er verabschiedete sich nach seiner Rede, um zusammen mit den anderen Präsidiumsmitgliedern den Entwurf des Stuttgarter Leitantes zu beraten, der vom Parteitag im Mai verabschiedet werden soll.

Geißler äußerte Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des westeuropäischen Kapitalismus. Wie gebannt starrte das Kaninchen Westeuropa auf die Schlange der Finanzierungsprobleme des westeuropäischen Agrarhaushalts und nehme nicht zur Kenntnis, daß hinter ihm bereits der Wolf des internationalen Wettbewerbs stehe, der es aufzufressen drohe. Im Jahre 2000 würden die Bürger der EG-Staaten noch nicht einmal 5 Prozent der Menschheit ausmachen. Es gäbe auch keine Garantie, daß Westeuropa eine führende Wirtschaftsmacht bleibe.

Den Ausweg, um sich der Konkurrenz der Schwellen- und Entwicklungsländer auf der einen, Japans und der USA auf der anderen Seite zu erwehren, sieht Geißler in einer stärkeren Konzentration oder — wie er wörtlich sagte — der „Zusammenlegung von Industrieanlagen zu großen leistungsfähigen Wirtschaftseinheiten auf europäischer Ebene“. Über sie soll die Forschung und Entwicklung vorangebracht werden.

Als internationalen Experten hatte sich die CDU aus den USA Harold L. Ergott jr. geholt. Er war Manager bei IBM und ist jetzt Präsident der Mostek Corporation, einer Tochter von United Technologies (UT). Er ist auch Präsident des Mikroelektronik-Centers von UT. Aus Japan kam Prof. Tōnau Osatake, Lehrstuhlinhaber für Elektronik und Senator der Kōgakui-Universität, Berater des Forschungs- und Entwicklungsbüros der Nippon Telegraph & Telephone Public Corporation und Mitglied des Beratungskomitees „Neue Technologien der nächsten Generation“ beim Minister für internationalen Handel und Industrie.

Ergott und Osatake zeichneten ein Bild künftiger technologischer Entwicklungen. Nach Ergott werden 1990 80 Prozent der US-Bürger einen persönlichen Computer haben. Der technologische Wechsel werde sich noch beschleunigen. Da die Kosten hierfür zu hoch seien, könnte er allerdings nur von „großen Unternehmen“ bewältigt werden.

Osatake widmete sich vorwiegend den Perspektiven des Industrierobotereinsatzes. Die Effizienz und die Qualität der Ro-

boter seien der menschlichen Arbeit überlegen. Sie arbeiteten auch in der Nacht und ohne Beleuchtung. Die Arbeiter müßten sich bereit erklären, mit den Robotern zusammenzuarbeiten.

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Entwicklung, sieht in der Verwirklichung der 35-Stunden-Woche eine Gefahr für die Zukunft der Industrialisation Bundesrepublik. Er wandte sich gegen eine hier „vorgeprägte Rigidität“ und sprach sich für solche Arbeitszeitformen wie Job-sharing und Teilzeitarbeit aus. Wachstum, so Riesenhuber und auch alle anderen führenden CDU-Politiker, ergebe sich zwangsläufig aus dem konsequenten Durchsetzen der Prinzipien der „sozialen Marktwirtschaft“. Aus Wachstum ergebe sich dann die Sicherung der Arbeitsplätze. So einfach ist dies alles.

In den Kurzbeiträgen von eingeladenen Wissenschaftlern wurde dann einem rigiden Sozialabbau das Wort geredet. Prof. Dr. Norbert Walter vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel und Prof. Dr. Gerhard Fels vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln übernahmen hier den Hauptpart. Walter sprach sich gegen eine „Arbeitszeitverkürzung in all ihren Facetten“ aus. In der Sozialpolitik, der Krankenversicherung und der Alterssicherung müsse der Staat aus seiner Verantwortung herausgelöst und die Lasten „auf den Bürger wieder zurückübertragen“ werden. In der Lohnpolitik müßten die Unternehmer härter werden. In dieselbe Kerbe hieb Fels.

Wer nun erwartet hatte, daß Dr. Heinz Markmann, Direktor des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf, diesen Scharfmachern die gebührende Antwort geben würde, sah sich enttäuscht. Markmann sprach zwar viel von „Europa“ und wandte sich auch dagegen, die Lasten einseitig auf den Rücken der großen Masse zu wälzen. Er verlor aber kein Wort über die Arbeitszeitverkürzung und insbesondere zur 35-Stunden-Woche, sondern appellierte, das Potential an good will seitens der Gewerkschaften zu nutzen. Nützlich sei, eine Art „konzertierte Aktion auf europäischer Ebene“ zu praktizieren.

Heinz Schäfer

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Friedensaktivitäten im Betrieb

Betriebliche Friedensaktivitäten der letzten Jahre haben inzwischen auch einige juristische „Nachspiele“ gehabt: Über ein DGB-Plakat und eine politische Erklärung zum Antikriegstag 1981, die ein Personalchef eigenmächtig abgehängt hatte, entschied das Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Düsseldorf. Die Gerichte gaben dem Personalchef recht, das Landesarbeitsgericht Düsseldorf (Urteil vom 3. 11. 1981 – Sa 1087/81) stellte jedoch folgende Grundsätze auf:

• „Friedenspropaganda“ hat grundsätzlich keinen parteipolitischen, sondern allgemeinpölitischen Charakter.

• Die Gewerkschaft bewegt sich grundsätzlich im Rahmen der ihr durch Art. 9 Abs. 3 GG eingeräumten Handlungsmöglichkeiten, wenn sie sich des Friedenssthemas annimmt. Politische Fragen ließen sich nicht aus dem Geschehen des Arbeitslebens ausklammern.

• Die Grenze des Erlaubten ist jedoch überschritten, wenn die Aussagen geeignet sind, zu einer Polarisierung im Betrieb zu führen. Das DGB-Plakat zum Antikriegstag 1981 verletzte diese Grenze nicht.

Zurückgewiesen hat das Arbeitsgericht Essen in einem Beschluß vom 4. 10. 1983 (5 BV Ga 11/83) den Antrag eines Unternehmers auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung. Dieser verlangte die Entfernung des DGB-Plakates „5 Mahnminuten für den Frieden“ vom Schwarzen Brett, das der Betriebsrat dort aufgehängt hatte. Das

Arbeitsgericht sah in dem Plakat weder eine parteipolitische Betätigung, noch eine Störung des Betriebsfriedens. Der ausgehängte Aufruf betreffe weder ein tagespolitisches noch ein parteipolitisches Problem, sondern eine zumindest für die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik existentielle Frage, die von dieser überwiegend mit dem Wunsch nach Frieden beantwortet werde. Daraus ergebe sich, daß eine Gefährdung des Betriebsfriedens nicht zu befürchten sei.

Ein Betriebsratsmitglied hatte in einem offenen Brief an die Beschäftigten um Unterstützung der Friedensbewegung gebeten und geschrieben: „Die Bundesregierung ist geschwilt, die Raketenstationierung gegen den Willen der großen Mehrheit unserer Bevölkerung durchzusetzen. Weil das so ist, darf der Bundesregierung die Entscheidung nicht allein überlassen werden. Wir müssen die Sache des Friedens in unsere eigenen Hände nehmen.“ Der Unternehmer strengte ein Beschlußverfahren gegen das freigestellte Betriebsratsmitglied, den gesamten Betriebsrat und die zuständige Geschäftsstelle der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen an. Das Arbeitsgericht Kleve riet ihm dringend, die Klage zurückzunehmen, da das Verbot der parteipolitischen Betätigung nicht verletzt und der offene Brief durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt sei.

Eine betriebliche Friedensinitiative hatte im Juli 1983 in München vor Beginn der

betrieblichen Arbeitszeit vor dem Betrieb ein Flugblatt über die Bildung der Friedensinitiative verteilt und die Kollegen zu einer Veranstaltung eingeladen. In den Flugblättern, in denen sich die Friedensinitiative zum Krefelder Appell bekannte, wurde auch der Name des Unternehmens (Beschäftigte der Fa. X ... X-Friedensinitiative) erwähnt. Die Firmenleitung mahnte die Beschäftigten wegen „parteipolitischer Betätigung im Betrieb“ und „Mißbrauchs ihres Firmennamens für parteipolitische Zwecke“ ab und drohte mit der außerordentlichen Kündigung.

Die Mitglieder der Friedensinitiative klagten gegen die Abmahnung und gewannen den Prozeß vor dem Arbeitsgericht in München. In den Gründen (Urteil vom 29. 11. 1983 – 15 Ca 10770/83) heißt es:

„Entgegen der Auffassung der Beklagten stellt die namentliche Unterstützung und Verteilung eines Aufrufes einer bei der Beklagten durch Teile der Mitarbeiter gebildeten Friedensinitiative durch die Kläger keine unzulässige parteipolitische Betätigung im Betrieb dar. Die Aktion der Kläger hatte keinen konkreten Bezug zum Arbeitsverhältnis und stellt keinen arbeitsrechtlichen Pflichtverstoß dar.“

Bei den von den Klägern mitunterzeichneten Aufrufen an die Betriebskollegen handelt es sich entgegen der Auffassung der Beklagten nicht um eine parteipolitische, sondern lediglich um eine allgemeinpölitische Aktivität. Der Aufruf wendet sich unter Bezugnahme auf den sog. Krefelder Appell gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf dem Gebiet der Bundesrepublik und bezieht sich somit inhaltlich auf eines der Hauptanliegen der vielfältigen Friedensbewegungen in der Bundesrepublik. Die Anliegen der Friedensbewegung können jedoch nicht dem Begriff der Parteipolitik zugeordnet werden. Denn zum einen wird die existentielle Frage zu Friedenserlangung und -sicherung und damit der Friedensbewegung von Repräsentanten und Mitgliedern aller bedeutender politischer Parteien in der Bundesrepublik – wenngleich auch mit verschiedener Intensität und Quantität – formuliert und vertreten, so daß keine einheitliche parteipolitische Zuordnung möglich ist; hinzu tritt, daß auch parteipolitisch unabhängige bedeutsame gesellschaftspolitische Gruppierungen wie die Kirchen als auch die Arbeitnehmerorganisationen zu den von der Friedensbewegung aufgegriffenen Themenkreisen Stellung bezogen haben, zum anderen die Friedensbewegung auch nicht – wie die politischen Parteien – einen Führungsanspruch innerhalb des Staates erhebt. Dies erhält auch die Tatsache, daß sich die Friedensbewegung nicht aus den verschiedenen oder einer bestimmten politischen Partei heraus entwickelt hat, sondern vielmehr die politischen Parteien teilweise Ziele und Anliegen der Friedensbewegung nach ihrem Entstehen mitübernommen haben.

Die Beklagte kann sich auch nicht darauf berufen, daß entsprechend allgemeinen

Betriebsräte als Gegenmacht

In der Zeit vom 1. März bis 31. Mai finden die gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsratswahlen statt. Jetzt ist gewissermaßen Halbzeit. Der im geschäftsführenden IG-Metall-Vorstand für die Betriebsratsarbeit Verantwortliche Horst Klaus ist der Auffassung, daß angesichts der schon seit Jahren anhaltenden Beschäftigungs- und Ausbildungsnot, des rasanten technischen Wandels und zunehmenden Sozialabbaus an die betrieblichen Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten hohe Anforderungen gestellt würden. Die Betriebsräte könnten ihre Aufgabe nur im Schutz und mit Unterstützung einer starken Einheitsgewerkschaft erfüllen.

Klaus äußerte Anfang März die Erwartung, daß die Beschäftigten auch in diesem Jahr der IG Metall in überzeugender Weise ihr Vertrauen aussprechen werden. Nach seiner Auffassung bringen die veränderten

wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen neue und zusätzliche Schwierigkeiten für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf betrieblicher Ebene mit sich. Mit dem Rückgang der Beschäftigtenzahl verringere sich auch die Zahl der zu wählenden und allen für diese Tätigkeit freizustellenden Betriebsratsmitglieder, obwohl deren Aufgaben umfangreicher und schwerer werden.

Von den im Amt bestätigten und neugewählten Betriebsratsmitgliedern erwartet die IG Metall eine offensive, gewerkschaftlich orientierte Betriebsratsarbeit. Ihr Handeln, so meinte Klaus, dürfe nicht vom Rollenverständnis eines „Konfliktpuffers“ zwischen Unternehmer- und Arbeiter- sowie Angestellteninteressen geleitet sein, sondern müsse sich an dem Grundsatz der Gegenmacht gegen die unternehmerischen Herrschaftsansprüche ausrichten.

arbeitsrechtlichen Grundsätzen, insbesondere der aus Treu und Glauben hergeleiteten Treuepflicht des Arbeitnehmers, die Kläger gehalten gewesen wären, den Aufruf der Friedensinitiative nicht zu unterzeichnen bzw. nicht zu verteilen. Vielmehr können sich die Kläger hinsichtlich der von ihnen unterschrieben und durch Verteilung getragenen Flugblattaktion der betrieblichen Friedensinitiative auf das jedermann und damit auch einzelnen Arbeitnehmern grundsätzlich zukommende Grundrecht der freien Meinungsäußerung gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz berufen.

... Des weiteren ist die Auffassung der Beklagten unzutreffend, daß schon Aktionen, die irgendwie geeignet sein können, den Betriebsfrieden zu stören, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung im Betrieb überschreiten würden. Denn damit würde das Grundrecht der freien Meinungsäußerung bereits durch eine bestimmte, latente und letztlich nur von seiten des Arbeitgebers bestimmte und noch nicht aktualisierte Gefährdung des Betriebsfriedens eingeschränkt, was in voller Konsequenz in den Betrieben dazu führen müßte, daß über wünschenswerten Betriebsfrieden hinaus eine absolute Friedhofsruhe eintreten müßte. Dabei wären die latenten, den Betriebsfrieden möglicherweise störenden Themen nicht auf allgemeinpolitische Aspekte beschränkt, denkt man z. B. daran, daß aktuelle Fußballergebnisse auf Grund ihrer Diskussionsfähigkeit den von der Beklagten falsch verstandenen Begriff des Betriebsfriedens sogar mehr tangieren könnten als allgemeinpolitische Themenkreise.

Da jedoch ein großer Teil der Bevölkerung einen sehr erheblichen Teil des Tages am Arbeitsplatz verbringt, entspricht es schon den allgemeinen aus Artikel 1 und 2 Grundgesetz abzuleitenden allgemeinen Menschenrechten, daß der Arbeitnehmer sich auch am Arbeitsplatz insoweit als Mensch verwirklichen kann und darf, als er damit nicht unzumutbar in die Rechtsposition Dritter, hier besonders des Arbeitgebers, eingreift. So hat das Bundesverfassungsgericht in dem Beschluß vom 28. 4. 1976 hierzu wörtlich ausgeführt: „Mit der elementaren Bedeutung des Grundrechts aus Artikel 5 GG wäre es unvereinbar, wollte der Gesetzgeber die Freiheit der politischen Meinungsäußerung dem Bereich der betrieblichen Arbeitswelt, die die Lebensgestaltung zahlreicher Staatsbürger wesentlich bestimmt, schlechthin fernhalten.“

Aus den arbeitsvertraglichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ergibt sich daher für den Arbeitgeber nicht per se die Berechtigung, seinen Betrieb als politisch sterilen Ort zu erklären und Verstöße hiergegen arbeitsrechtlich zu sanktionieren. Derartige Sanktionen können somit dem Arbeitgeber allenfalls nur dann zustehen, wenn das Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit so extensiv in Anspruch genommen wird, daß damit konkret das Arbeitsverhältnis so schwerwiegend beeinträchtigt wird, daß in

Konflikthintergrund in England: Gewerkschaftsfeindlichkeit der Tories

Die britischen Konservativen (Tories), die das Kabinett der Margaret Thatcher stellen, haben als besonderen Bestandteil ihrer Wendepolitik die Demütigung, Lähmung und Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zum Ziel. Daraus erklären sich die vielfältigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften auf der einen und Regierung und Unternehmern auf der anderen Seite. Waren es am Jahresbeginn die Drucker, so mußten sich im Februar die Beschäftigten einer Geheimdienstzentrale und im März die Bergarbeiter rigorosen Repressionen widersetzen.

Um in Großbritannien die absolute Priorität der Macht des Großkapitals zu behaupten, ist die Regierung angetreten, die Kraft des Gewerkschaftsdachverbandes TUC mit seinen rund 10 Millionen Mitgliedern zu brechen. Die britischen Gewerkschaften hatten sich in der Vergangenheit eine starke Position in Wirtschaft und Gesellschaft sichern können, die auch in solchen Rechten wie dem des Solidaritätsstreiks innerhalb der Branche und über die Branchen hinaus, dem Recht zum Streik ohne Urabstimmung, des Einsatzes von mobilen Massenstreikposten usw. zum Ausdruck kam.

Hier setzte die Thatcher-Regierung mit einer Serie von Gesetzen an, die genau diese traditionell gewachsenen Rechte eingengten oder ganz beseitigten. Als im Januar die Druckergewerkschaft mit Solidaritätsstreiks einen Unternehmer zwingen wollte, die Gewerkschaftsmitgliedschaft aller Beteiligten (closed shop) anzuerkennen, belegte ein Gericht die Ge-

werkschaft mit Geldstrafen in Millionenhöhe und mit Beschlagnahme des Organisationsvermögens, so daß sie aufgeben mußte. Im Februar sollte ein Schlag von noch grundsätzlicherer Bedeutung gegen die Gewerkschaften geführt werden, der jedoch mißlang.

Die Premierministerin ordnete an, daß für die 7500 Beschäftigten der Geheimdienst-Abhörzentrale in Cheltenham ab 1. März die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verboten sei. Wer bis dahin nicht ausgetreten sei, müsse mit seiner Entlassung rechnen. Das empörte die Gewerkschafter derart, daß es am 28. Februar auf Initiative des TUC zu einem landesweiten Streik im öffentlichen Dienst und auch in anderen Branchen kam, an dem sich in Mißachtung der einschlägigen Gewerkschaftsgesetze Hunderttausende beteiligten. Ausdrücklich kündigte der TUC den Generalstreik für den Fall an, daß auch nur ein einziger in Cheltenham wegen seiner Gewerkschaftszugehörigkeit entlassen werde. Das hat die Regierung bislang zwar nicht gewagt, aber viele Beschäftigte sollen die von der Regierung gebotene Austrittsprämie von 1000 Pfund (ca. 4000 DM) angenommen und die Gewerkschaft verlassen haben.

Bei dem Streik in den britischen Steinkohlenrevieren im März ging es vordergründig um Protest gegen die geplante Stilllegung weiterer Zechen mit 20000 Arbeitern. Jedoch die Regierung bot 7000 Polizisten auf, um Streikbrechern den Zutritt zu den Gruben zu verschaffen, und die Streikposten an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu hindern. Dennoch konnten zeitweilig die meisten Gruben bestreikt werden.

Der Dachverband TUC hielt sich sowohl beim Drucker- als auch beim Bergarbeiterstreik – anders als bei den Geheimdienstleuten – mit Solidarität zurück. Einmal sind der TUC-Spitze die Drucker und Bergarbeiter ohnehin zu „links“, und zum andern steht sie einer „Neuordnung“ des Gewerkschaftsrechts nicht so sehr fern, zumal schon unter der letzten Labour-Regierung ähnliche Gesetze mit TUC-Tolerierung auf den Weg gebracht worden waren. Insofern gibt es im TUC keine einmütige Gegenwehr, was letztlich den Absichten der Tories entgegenkommt. G. S.

der Rechtsgüterabwägung das Grundrecht der freien Meinungsäußerung zurückstehen muß, darunter kann auch eine ernsthafte Störung des Betriebsfriedens fallen. Eine solche konkrete und schwerwiegende Störung vermochte jedoch die Beklagte nicht darzulegen, insbesondere hat sie keinerlei negative Auswirkung auf den Betriebsablauf darstellen können.

Letztendlich vermag auch die Berufung der Beklagten auf das ihr zukommende Namensrecht und den diesbezüglich behaupteten Verstoß der Kläger hiergegen nicht die erteilten Abmahnungen zu rechtfertigen. Man wird den einzelnen Arbeitnehmern aus dem vereinbarten Arbeitsverhältnis heraus das Recht zubilligen müssen, soweit nicht geheimhaltungsbedürftige Einzelumstände vorliegen, daß sie sich Dritten gegenüber einer Identifikation als Arbeitnehmer einer bestimmten Firma bedienen. Nichts anderes ist bei den von den Klägern verteilten bzw. unterstützten Flugblättern mit der Namensnennung der Beklagten geschehen. Denn einmal wird von den Beschäftigten der Firma X, ein anderes Mal von den X-Kollegen gesprochen. ...“ Florett

Chiles Gewerkschaftsbewegung bereitet nationalen Streik vor

Von Carlos Morales

Nach zehn Jahren faschistischer Diktatur in Chile und Repressionen gegen die Arbeiterbewegung zeigte das Jahr 1983 einen starken Aufschwung der Opposition. Der Aufruf zu einem ersten nationalen Protesttag gegen Pinochet im Mai 1983, der von allen Oppositionskräften befolgt wurde, war von der „Konföderation der Kupferminenarbeiter“ (CTC) initiiert worden. Die nachfolgenden Protesttage und das immer offensivere Auftreten der Pinochet-Gegner demonstrierten eine Kraft, die das Regime ernsthaft schwächte.

Allerdings konnte ein grundlegendes Problem der politischen Opposition noch nicht überwunden werden: ihr Auftreten in zwei verschiedenen Bündnisformationen und die Illusion des von der Christdemokratie geführten Teils, eine Demokratisierung des Landes durch den Dialog mit dem Regime zu erreichen – eine Politik, die vor allem unter den Mittelschichten demobilisierend wirkt.

Nach der bisher unentschiedenen Konfrontation in Chile, den Erfahrungen der Protesttage und intensiven Diskussionen in vielen Gewerkschaftssektoren hat für die nächste Etappe der Gedanken eines „nationalen Streiks“ als Orientierungs-

punkt Gestalt angenommen. Die Möglichkeit eines solchen Streiks, dessen Hauptträger notwendigerweise eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse sein muß, war zum ersten Mal im Dezember 1983 von mehreren Führern verschiedener Einzelgewerkschaften erwogen worden.

Während Teile der von den Christdemokraten geführten „Demokratischen Allianz“ sich noch ablehnend verhalten, hat die „Demokratische Volksbewegung“ (MDP) auf ihrem ersten nationalen Treffen vom 3. bis 5. Februar 1984 mit der Losung „Chile streikt für Chile“ ihre Unterstützung für diese Orientierung bekräftigt. Inzwischen haben auch andere soziale Gruppen wie die Fuhrunternehmer, die Taxifahrer, der Ärzterverband und die Einzelhändler ihre Bereitschaft erklärt, an einem „Generalstreik für die Demokratie“ teilzunehmen. Dieser Vorschlag aus der Gewerkschaftsbewegung ist somit zum Zentrum der aktuellen politischen Debatte geworden. Auch wenn ein Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist, wird immer deutlicher, daß vom Verlauf dieses nationalen Streiks im großen Maße der Sturz oder weitere Verbleib der Diktatur abhängen wird.

Zugleich werden bei der Vorbereitung des Streiks die Schwachpunkte der Gewerkschaftsbewegung sichtbar, die vor allem in der mangelnden politischen und organisatorischen Einheit liegen. Nach der Zerschlagung der alten Gewerkschaftsstrukturen durch das faschistische Regime war die Situation durch eine große Zersplitterung in politisch und weltanschaulich unterschiedliche Verbände, in regionale und lokale Organisationen und in unterschiedliche Fachverbände gekennzeichnet, viele ohne Verankerung an der Basis.

Seit 1983 wurden mit der Intensivierung des Widerstandes große Schritte der gewerkschaftlichen Vereinheitlichung erreicht. Im Mai 1983 gründeten sechs nationale Gewerkschaftsorganisationen das „Nationale Kommando der Werktätigen“ CNT, darunter die CNS, die bekannte Kupferarbeitergewerkschaft CTC und auch verschiedene christdemokratisch orientierte Verbände, um ihre Kämpfe zu koordinieren.

Zur Überwindung der Zersplitterung und zur Verankerung an der Basis wurde im

Dezember 1983 von 304 Gewerkschaftsfunktionären der Region Metropolitana (Hauptstadt Santiago und Vororte, in der 60 Prozent der Arbeiter Chiles konzentriert sind) das „Comando Metropolitana de Trabajadores“ CMT gebildet, in dem alle relevanten gewerkschaftlichen Kräfte dieser Region vereinigt sind. Der Präsident der CMT, Humberto Arcos, erklärte die Ziele folgendermaßen: „Das CMT hat die Aufgabe, die Führungslücke zwischen dem Vorstand des ‚Nationalen Kommandos‘ CNT und der Gewerkschaftsbasis in der Region zu schließen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterkämpfe an der Basis diskutiert und vorbereitet werden müssen. Vor allem jetzt darf ein nationaler Streik nicht einfach dekretiert werden. Er muß in jedem Betrieb, bei jeder Versammlung diskutiert und vorbereitet werden. Nur so können wir das Land lahmlegen.“ Bis Ende Januar 1984 hatte die CMT 340 Streikbeschlüsse in den Betrieben erreicht. Bis zum März sollten alle Betriebe der Region einen solchen Beschluß gefaßt haben.

Im Rahmen der CNT trafen sich am 3. Februar 1984 aus ganz Chile 315 Gewerkschaftsfunktionäre und beschlossen die nächsten Schritte des Widerstandes. Es wurde aufgerufen, am 27. März den ersten Protesttag des Jahres 1984 durchzuführen. Am 14. April soll dann eine Versammlung aller Gewerkschafter des Landes stattfinden, die eine politische Bilanz zieht und den Zeitpunkt für den „nationalen Streik“ festlegt.

Alles spricht dafür, daß sich 1984 die Konfrontation mit dem Pinochet-Regime zuspitzen wird. Die Gewerkschafter Chiles werden dabei eine ausschlaggebende Rolle spielen und handeln in immer stärkerem Maße einheitlich. Dies wird sich auf die Kraft der gesamten politischen Opposition auswirken.

IBFG: Mord und Terror auf Grenada

Eine Delegation des Karibischen Gewerkschaftsbundes, der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angehört, besuchte vor einigen Wochen unter Beteiligung von Vertretern des IBFG-Vorstandes Grenada. Wie die Internationalen Gewerkschafts-Nachrichten des IBFG am 5. März mitteilten, führte die Abordnung auf Grenada, das im Oktober 1983 von den USA überfallen wurde und seitdem besetzt ist, viele Gespräche. „Diese Kontakte haben es ermöglicht“, schreibt der IBFG, „den Terror festzustellen, in dem die Bevölkerung seit den Ereignissen im vergangenen Oktober, nämlich die Ermordung von führenden Politikern und Gewerkschaftern des Landes, lebt“. Die Bevölkerung wünsche den Abzug der ausländischen Truppen.

(Aus: druck und papier, Nr. 5/84)

27. März 1984

Der Aufruf der Gewerkschaften zum Nationalen Protesttag in Chile, dem achten seit Mai letzten Jahres, war ein Erfolg des Widerstandes. Zum ersten Mal nahm der Protesttag den Charakter eines Streiks an. In allen Baubetrieben wurde die Arbeit niedergelegt; in den Fabriken führten die Arbeiter Versammlungen durch, auf denen über den geplanten nationalen Streik diskutiert wurde. Die Geschäfte blieben geschlossen, die öffentlichen Verkehrsmittel stellten nachmittags den Betrieb ein. Trotz des von Pinochet verhängten Ausnahmezustandes, der nächtlichen Ausgangssperre und einem Aufgebot von Tausenden Soldaten und Polizisten auf den Straßen kam es in Santiago und in anderen Städten zu Hunderten von Demonstrationen, Kundgebungen und zur Errichtung von Barrikaden. Bei den Auseinandersetzungen wurden fünf Chilenen, darunter zwei Kinder, durch Schüsse von der Polizei ermordet. Über 400 Personen wurden festgenommen. Von den chilenischen Gewerkschaften wird der Protesttag als ein Erfolg und ein weiterer Schritt auf dem Weg zum nationalen Streik gewertet.

Arbeitslosigkeit und Armut zum Lohndrücken genutzt

Die „Frankfurter Allgemeine“ (24. Februar 1984) geriet geradezu ins Schwärmen. Die amerikanische Wirtschaft habe, so schrieb sie, ein wahres Beschäftigungswunder vollbracht und in den letzten 13 Jahren rund 25 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit sei von 10,7 Prozent auf 8 Prozent gesunken. Aber schon in demselben Artikel wird der stellvertretende Direktor des Münchener Ifo-Instituts zitiert, der zugeben muß, daß der Beschäftigungszuwachs gerade in den Bereichen am größten war, „in denen die Teilzeitbeschäftigung am stärksten zugenommen hat“, vor allem dort, wo der Anteil der Frauen besonders hoch ist.

Aber typisch für die amerikanische Wirtschaft ist vom Standpunkt der Arbeiter und Angestellten nicht ein „Beschäftigungswunder“, bei dem ein Vollarbeitsplatz in mehrere Teilzeitarbeitsplätze aufgegliedert wird, sondern die wachsende Armut. Niemand kann mehr ernsthaft bestreiten, daß es in dem reichsten Land der Welt massenweise Hunger gibt, daß 35 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben, daß über 23 Millionen auf Nahrungsmittelbeihilfen angewiesen sind. Es gibt zwischen 2 und 3 Millionen Obdachlose. Dieselbe Carola Kaps, die nun vom Beschäftigungswunder schwärmt, hatte noch am 21. Januar 1984 in der „FAZ“ geschrieben: „Rezession und Arbeitslosigkeit sind sicherlich die Hauptgründe, warum die Armut in den Vereinigten Staaten seit 1979 stetig zugenommen und 1982 den seit 17 Jahren höchsten Stand von 15 Prozent erreicht hat... Daß es heute aber wieder hungrige Menschen, vor allem hungrige Kinder, in den Vereinigten Staaten gibt, ist unbestritten.“

Wenn die Beschäftigungslage so phantastisch wäre, wie uns die „Frankfurter Allgemeine“ weiszumachen versucht, dann ist es unerklärlich, wieso es amerikanischen Unternehmern so leicht gelang, die Gewerkschaften zu knebeln und nicht nur das Reallohniveau drastisch zu senken, sondern sogar die nominellen Löhne und Gehälter zu vermindern. So mußten Beschäftigte der Ford-Stahlwerke eine Lohnkürzung von 14,8 Prozent hinnehmen. In der Lebensmittelindustrie gelang es den Konzernen, die Löhne um 25 Prozent herabzusetzen. Die Wilson Foods in Oklaho-

ma senkte die Stundenlöhne ihrer 6000 Beschäftigten von 10,69 auf 6,50 Dollar, also um 39 Prozent. Die Piloten und Stewardessen der Continental Airlines müssen heute für das halbe Gehalt arbeiten. Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Der mehrwöchige Streik der 12 700 organisierten Busfahrer und anderer Beschäf-

Ein Leben aus dem Müll

Ende März haben einige Hundert Arme durch massive Proteste in der Stadt St. Louis, gelegen im US-Bundesstaat Missouri, erreicht, daß sie auch weiter tagsüber die städtischen Mülltonnen nach verwertbaren Gegenständen durchsuchen können. Durch eine Verordnung sollte das Durchstöbern der Abfalltonnen nur in der Nacht erlaubt und damit dem Licht der Öffentlichkeit entzogen sein. Die Armen sammeln nicht nur Flaschen, sondern ernähren und kleiden sich zum Teil aus den Abfällen der Mülltonnen.

tigter des Busunternehmens „Greyhound“ konnte die einseitig von dem Unternehmer verfügte Kürzung der Gehälter um 7,8 Prozent und weiterer Zulagen nicht verhindern. Dem Management gelang es, die Streikenden kurzfristig durch Arbeitslose zu ersetzen.

Aus dem Arbeitslosenfonds können die Arbeitslosen in der Regel nur sechs Monate unterstützt werden. Allenfalls kann unter besonderen Umständen eine Verlängerung um drei Monate erfolgen. Das Arbeitslosengeld beträgt rund 50 Prozent des vorherigen Einkommens. Nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes stehen die Menschen ohne Einkünfte da. Sie sind dann gezwungen, sich entweder dem Diktat der Unternehmer zu beugen oder sich in die Reihen der Obdachlosen zu begeben. Und ihre Zahl steigt an.

Etwa 30 Prozent der Obdachlosen sind, wie Carola Kaps am 21. Januar schrieb,

Opfer der tiefen und langen Rezession der letzten drei Jahre. Es sind Langzeitarbeitslose, die mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes endgültig aus dem Arbeitsprozeß herausfielen. Ihr Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ist erschöpft. Ihr Hab und Gut ist verloren, und nun müssen sie, schreibt Frau Kaps, „angesichts der Aussichtslosigkeit ihrer Lage „ihr Glück auf der Straße“ suchen. In der „Frankfurter Rundschau“ (16. Februar 1984) berichtet Fritz Krusche, daß die Obdachlosen von den Suppenküchen in den Wärmestuben der Kirchen ziehen, „immer nur im Bestreben, diesen einen Tag zu überstehen und die totale Ungewißheit des Morgen vor Augen“. Dazu kommt noch, daß

Neue Anschrift

ab sofort:
Nachrichten-Verlags-GmbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90
Tel. (06 11) 77 80 79

die Gewerkschaften durch das Konkursrecht regelrecht geknebelt werden. Insolvenzgefährdete Unternehmen dürfen Löhne und Sonderleistungen trotz Tarifverträge kürzen. Ob aber eine Existenzgefährdung vorliegt, bestimmt allein die Unternehmensführung.

Die amerikanischen Unternehmer und die Reagan-Administration können gegenwärtig so erfolgreich gegen die amerikanischen Gewerkschaften vorgehen, weil diese gesellschaftspolitisch über keine Alternativen verfügen. „Von einer ‚Politisierung‘“, schrieb die FAZ (11. Oktober 1983), „ist bislang so gut wie nichts zu spüren... Auch von einer ‚Radikalisierung‘ der Gewerkschaften kann bisher nicht die Rede sein.“

Es ist unschwer zu erkennen, daß das amerikanische Big Business in den Unternehmern unseres Landes gelehrte Schüler hat. Systematisch werden Rechte abgebaut, werden — das Beispiel ARBED zeigt es — Tarifverträge unterlaufen, wird die hohe Arbeitslosigkeit rücksichtslos genutzt, um das Lohnniveau zu senken, die Gewerkschaften zu demütigen und nach Möglichkeit zu entmachten.

Heinz Schäfer

Massenprotest in Italien

Rund eine Million Gewerkschafter und Arbeitslose aus allen Landesteilen Italiens demonstrierten am 24. März in Rom gegen die „Sparpolitik“ der sozialistisch geführten Regierung Bettino Craxi. Besonders richtet sich die Empörung gegen die Abschaffung der automatischen Einkommensanpassung an die Inflationsrate. — NACHRICHTEN bringen in der Maiausgabe ein Interview mit einem italienischen Gewerkschaftsfunktionär zu den Ursachen der sozialen Auseinandersetzungen in Italien.

Mängelverwaltung im Vordergrund

Hermann Hummel-Liljegren, Meine Rechte und Pflichten als Arbeitsloser, Beck-Rechtsberater im dtv, München 1982, 232 Seiten, 8,80 DM

Der Titel bekundet schon, was der Verfasser vorhat: Er will „ausgewogen“ über Rechte und Pflichten von Arbeitslosen informieren. Der Band ist ein interessanter Versuch, von mehr konservativer Sicht aus sich den Problemen zu nähern und Arbeitslosen eine Hilfestellung im täglichen Kampf mit der Arbeitsverwaltung zu bieten.

Die Zielsetzung des Bandes bringt fast zwangsläufig eine Beschränkung auf die Rechtsstellung des Arbeitslosen mit sich, die aber meines Erachtens zu weit getrieben worden ist. Wichtige Regelungen — wie die etwa der Fortbildung, Umschulung und Förderung der Arbeitsaufnahme — sind zur randständig angedeutet worden. Insoweit wird nur die „Mängelverwaltung“ erörtert. Doch sprengt der zu besprechende Band auch herkömmliche Ansätze. So bezieht er unter Einschuß von Mustern die verfahrensrechtlichen Möglichkeiten zur Gegenwehr bei den Arbeitsämtern und den Sozialgerichten in seine Darstellung mit ein und erörtert die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Sozialhilfe für Betroffene.

Zentral werden vom Verfasser die Probleme der „zumutbaren Arbeit“ im Arbeitslosenrecht (S. 33 ff) und in der Sozialhilfe (S. 202 ff) behandelt, die mit ausgewählten Gerichtsentscheidungen angereichert worden sind. Leider widmet er seinen Auffassungen mit guten Gründen widersprechenden Ansichten in Rechtsprechung und Literatur nicht genügend Aufmerksamkeit, sondern referiert „herrschende Meinungen“ insbesondere der „höchstrichterlichen“ Rechtsprechung, die dadurch nicht überzeugender werden.

Der Band ist gleichwohl — mit den ange deuteten Einschränkungen — insbesondere wegen der detaillierten Behandlung

des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe recht empfehlenswert, wenn auch zahlreiche Aussagen durch die „Operation ‘84“ zwischenzeitlich überholt sind. Insoweit teilt er das Schicksal jeder Veröffentlichung in diesem Bereich. Doch wird es sicherlich entsprechend der Üblichkeit dieser Reihe bald eine aktualisierte Neuauflage geben, die man zum jetzigen Zeitpunkt noch abwarten sollte. Bernd Klees

Bucheingang

Rolf D. Haug, Herbert Küster (Hrsg.): Wie sicher ist ein Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland? Erfahrungen und Materialien zur Aufenthaltsberechtigung. Express Edition, Westberlin 1983, 181 Seiten, 9,80 DM.

Dieses Buch will einen Beitrag leisten zur besseren Absicherung von ausländischen Arbeitsimmigranten vor allem aus Nicht-EG-Ländern, denen nach dem geltenden Ausländerrecht so gut wie keine Rechtsansprüche zustehen und die oft genug der Behördenwillkür ausgeliefert sind. Sowohl in der Auseinandersetzung mit Fällen aus der Praxis als auch mit der juristischen Materie, mit dem Sammelsurium an Begriffen, werden dem Leser Möglichkeiten aufgezeigt, wie er Immigranten behilflich sein kann bei der Erlangung oder Verlängerung der Aufenthaltsberechtigung als einen ersten, wichtigen Schritt zu dessen sozialer Integration. Der nützliche Ratgeber mit zahlreichen Formular- und Briefmustern wendet sich hauptsächlich an Sozialarbeiter, Lehrer usw., sollte aber auch beim Gewerkschaftssekretär und Betriebsrat nicht fehlen. B. K.

VERLAGSINTERNES

Für einige hatte es den Anschein, als ob der Nachrichten-Verlag einschließlich der Redaktion unserer Zeitschrift für einige Zeit spurlos verschwunden seien. Da gab es Witzbolde, die meinten, wir hätten uns mal für ein paar Tage, so in einer Art kollektiver Betriebsferien, an die Costa Brava verzogen. Schön wär's gewesen. Tatsächlich waren wir für einige Tage sowohl für Kollegen wie für Kunden des Verlages telefonisch nicht zu erreichen. Es lag einfach daran, daß es bei der Post offensichtlich nicht gar so einfach ist, im Falle eines Umzuges beim alten Telefonanschluß ein Band zu schalten, das den Anrufer darauf hinweist, doch bitte die Auskunft anzurufen. Statt dessen hörte der Anrufer einige Tage lang ein Freizeichen, obwohl — sinnigerweise — in den ehemaligen Verlags- und Redaktionsräumen längst kein Telefon mehr stand.

Sei's drum. Mittlerweile haben die meisten mitbekommen, daß wir jetzt in der Kurfürstenstraße 18, in 6000 Frankfurt 90 sind, brieflich auch zu erreichen mit der Postfachnummer 900749 und telefonisch unter der Nummer (06 11) 77 80 79. Übrigens ging der Umzug erstaunlich glatt über die Bühne — weitaus besser als von uns allen erwartet. Schon am zweiten Tag danach war das meiste wieder an seinem rechten Platz, so daß die Arbeit ungehindert fortgesetzt werden konnte. Wir hatten die Umzugsvorbereitungen allerdings auch dazu benutzt, uns einmal von manchem, in langen Jahren angesammelten, „Ballast“ und auch lieb gewonnenen Materialien zu trennen.

Kein Ballast — aber wir trennen uns doch auch recht schnell davon — ist die nachrichten-reihe 28/29, „Das Recht auf Arbeit. Bestandsaufnahme — Kritik — Perspektive“, deren Autor, der bekannte Arbeits- und Sozialrechtler Prof. Dr. Bernd Klees, Mitte März zum gleichen Thema eine Vortragsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Internationalen Buchhandlung Hamburg bestritt. Ein weiterer Vortrag unseres Autors fand kurz nach Redaktionsschluß in Münster statt.

Obwohl noch nicht erschienen, zeigt sich jetzt ebenfalls schon ein sehr großes Interesse an der zweiten, umfangreicheren Publikation von Bernd Klees in unserem Verlag. Für „Arbeitslosigkeit und Recht. Ein Handbuch zur Gegenwehr“, für das wir bis 30. Juni einen Subskriptionspreis von 20 DM einräumen, liegen jetzt bereits mehrere hundert Vorbestellungen vor. Für alle diejenigen, die in irgendeiner Form mit dieser Problematik zu tun haben, sei es als Gewerkschafter, Betriebsrat, von Arbeitslosigkeit Betroffenen oder Bedrohtem, als Sozialarbeiter, Jurist oder wissenschaftlich Tätigem, empfiehlt sich eine baldige Vorbestellung, um in den Genuß der 8-DM-Vergünstigung zu kommen. Den Termin sollte man keinesfalls versäumen. jaco

Stephan Schalajew beim DGB-Bundesvorstand

Zu einem Kurzbesuch wollte am 14. März der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR, Stepan Schalajew, beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf. Wie der DGB mitteilte, erfolgte der Besuch auf Einladung des DGB. Schalajew wurde vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit zu einem Meinungsaustausch empfangen.

Bestellschein

4/84

Hiermit bestelle ich

☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

☐ Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft.

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

- **28. bis 29. April**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Leverkusen
- **30. April**
Vorabendveranstaltung des DGB-Bundesvorstands zum 1. Mai in Fellbach bei Stuttgart
- **1. Mai bis 24. Juni**
Ruhrfestspiele in Recklinghausen
- **1. Mai bis 30. Juni**
Jugendvertreterwahlen
- **12. bis 17. Mai**
5. ordentlicher Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Mailand
- **17. bis 19. Mai**
17. Jugendtag der IG Bergbau und Energie in Gelsenkirchen
- **14. bis 19. Mai**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg
- **18. bis 22. Mai**
Ordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), in Essen
- **31. Mai bis 1. Juni**
Zentrale Tagung für Frauen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten in Darmstadt
- **31. Mai bis 3. Juni**
Bundesjugendtreffen der IG Bau-Steine-Erden in Walsrode (Lüneburger Heide)
- **13. bis 15. Juni**
Angestelltentag der IG Bergbau und Energie in Saarbrücken
- **17. bis 23. Juni**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München
- **26. bis 29. Juni**
Arbeitstagung des DGB-Bundesvorstands zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Hattingen
- **28. und 29. Juni**
Wissenschaftliches Forum des DGB-Bundesvorstands in Bonn zum Thema „Konservatives Beamtenrecht kontra uneingeschränkte Koalitionsfreiheit“
- **2. bis 8. September**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Westberlin
- **4. bis 9. November**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Mannheim
- **26. bis 30. November**
13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund.

D 3476

Postvertriebsst
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 1
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/

0603650 N1 84.004 0039
FREIE UNIVERSITÄT B.
VCRM.OTTO-SUHR-INSTITUT
INNESTR. 21

830803
14

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Druckerlied

Von Arno Enzmann
und Doris Hannemann

*Ob wir einen Blauen tragen
oder ob im weißen Kragen,
Arbeitsmäntel, schwere Schuh;
ob wir an Maschinen schwitzen
oder ob am Schreibtisch sitzen,
das tut, das tut nichts dazu!*

*Ob als Drucker oder Setzer,
als Montierer oder Ätzer
müssen schaffen immerzu;
ob Buchstraßen wir bedienen
oder putzen die Kantinen,
das tut, das tut nichts dazu!*

*Daß wir Männer und wir Frauen
stets auf unsere Kraft vertrauen,
was auch jeder von uns tut;
daß die Jungen und die Alten
lieber kämpfen statt verwalten,
das tut, das tut was dazu!*

*Oder daß wir kritisch denken,
unsre Rechte nicht verschenken
und den Bossen setzen zu,
daß wir nicht alleine stehen,
sondern stets gemeinsam gehen,
das tut, das tut was dazu!*

*Wenn wir streiken vor den Toren
geb'n wir nicht den Kampf verloren,
was auch immer stößt uns zu;
wenn die Bosse uns aussperren
werden wir uns weiter wehren,
das tut, das tut was dazu!*

*Drum Kollegin, drum Kollege,
sei auch du auf uns'rem Wege,
denn kein Boß schenkt uns 'ne Mark;
täglich werden wir geschunden,
kämpft für 35 Stunden!
Nur gemeinsam sind wir stark!*

(Nach der Melodie „Bürgerlied“, 1848)

Television

*Arbeit am Bildschirm ist ganz genauso wie
Fernsehen, hatte der Chef gesagt. Aber
als Franz vom Programm genug hatte, ab-
schaltete und sich gemütlich ein Bier ein-
schenkte, schmiß er ihn trotzdem raus.*

Knut Becker

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 900749, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, Telefon (0611) 778079, Konto-Nr. 1615612900 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postscheckkonto: Frankfurt/Main 305040-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 2. April 1984.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main